



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Vormerken!
18. März
2015

Frauen führen Kommunen

Studie der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern

Zwischen 40 und 50 Jahren, kommunalpolitisch aktiv, vor Ort verwurzelt, verheiratet, mit kleinen Kindern – und männlich: So lautet das gängige Profil des deutschen Bürgermeisters. Nur 9 % aller Amtsinhaber sind Frauen. Damit liegt der Anteil noch unter dem von Top-Managerinnen in der Wirtschaft. Auf dieses Ungleichgewicht weist die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) in ihrer aktuellen Studie „Frauen führen Kommunen“ hin. Dabei handelt es sich um die bisher umfangreichste qualitative Untersuchung über Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Ost- und Westdeutschland.

60 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus Ost- und Westdeutschland beantworteten Fragen zu Karrierewegen, Hindernissen und Unterstützungsbedarfen von Frauen in der Kommunalpolitik. Die Untersuchung präsentiert die Ergebnisse der Befragung und stellt sie in den Kontext aktueller Forschungsergebnisse.

Wie die Umfrage ergab, gibt es im Osten deutlich mehr Frauen in

kommunalpolitischen Führungspositionen. Während der Anteil der Bürgermeisterinnen in den großen Städten im Westen bei knapp 12 % liegt, kommen die neuen Bundesländer auf 27 %. Auch beim Anteil der Landrätinnen liegt der Osten vorn. Insgesamt sind die Frauen in Städten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern mit knapp 18 % am präsentesten, in kleinen Gemeinden un-

ter 10.000 Einwohnern gibt es hingegen nur 7,7 % Rathauschefinnen.

Unterstützung durch den Partner

Für Bürgermeisterinnen ist die Unterstützung ihres Partners bzw. der Familie ein entscheidender Erfolgsfaktor. Ein sehr hoher Anteil der befragten Bürgermeisterinnen ist verheiratet und hat Kinder. Eine Familie bzw. Kinder zu haben, ist für Frauen kein prinzipielles Hindernis für eine kommunalpolitische Führungsposition – wenn die private Konstellation stimmt. Das heißt in der Regel: Die Kinder sind bereits

größer oder erwachsen und es ist eine praktische und moralische sowie oft auch finanzielle Unterstützung des Partners vorhanden.

Bemerkenswert ist, dass die wenigen Beispiele von Frauen, die bereits mit kleineren Kindern in die Politik gingen, vorwiegend in den neuen Ländern zu finden sind. Hochinteressant in Bezug auf die Lebenssituation ist, dass etwa ein Viertel der Männer geschieden ist, während es bei den Frauen nur sehr wenige sind.

Nadelöhr Nominierung

Ein weiteres Resultat der Untersuchung ist, dass der parteiinterne Nominierungsprozess für Frauen ein echtes Nadelöhr darstellt. Nach wie vor unterscheiden sich die Umstände der Nominierung und der Kandidatur: Denn deutlich mehr Frauen wurden in einer Konstellation nominiert, in der der Wahlsieg als eher unwahrscheinlich galt, weil die Partei lange in der Opposition war oder man sich aufgrund anderer Umstände schlechtere Chancen ausrechnete. Über die Hälfte der Männer sah ihre Wahl als ziem-

Landesversammlung des Bayernbundes in München:

Mahner und Beispielgeber

„Viele tiefgreifende Entwicklungen und veränderte Werthaltungen bestimmen das Handeln in unserer Zeit. Auch im zurückliegenden Jahr haben wir wieder deutliche Akzente gesetzt. Es war für den Bayernbund ein erfolgreiches Jahr“, berichtete Landesvorsitzender MdL a. D. Adolf Dingreiter im Rahmen der Landesversammlung des Bayernbundes in München.

So habe der Bayernbund vor gut zwei Jahren im Landtag eine Auftaktveranstaltung zum Thema „Heimat Bayern“ durchgeführt. In einigen Kreisverbänden sei diese wichtige Thematik zusammen mit Kommunalpolitikern, Kirchen und Verbandsvertretern bereits erfolgreich umgesetzt worden.

Keine Heimattümelei

Wie Dingreiter feststellte, „geht es uns dabei nicht um Heimattümelei. Wir tun das, weil wir wissen, je weiter die Welt wird, je mehr sich der Handlungsraum und der Horizont der Menschen erweitert, umso wichtiger wird wieder das Nahe, das Nächstliegende, der Raum der Vertrautheit

über die Ausgestaltung zu erzielen war. „Nach einigen personellen Veränderungen in der Staatsregierung sind wir jetzt wieder in guten Verhandlungen, weswegen ich davon ausgehe, dass wir unser Vorhaben bald realisieren können.“

Freude an der Mundart

Eine Initiative, die der Pflege der Kultur und der Sprache aller bayerischen Stämme dient, sei das Projekt „Freude an der Mundart wecken und verstärken“, das vom Kreisverband Rosenheim entwickelt und in den vergangenen zwei Jahren zusammen mit dem Kreisverband Traunstein in einem größeren Rahmen erfolgreich weitergeführt wurde.

Darüber hinaus konnte im Wertebündnis Bayern 2013 ein Beschluss herbeigeführt werden, dass dieses Projekt des Bayernbundes mit Unterstützung des Trachtenverbandes, der Lehrerverbände und von Elternvereinigungen bayernweit umgesetzt wird. Inzwischen wurde mit der Staatskanzlei und befreundeten Verbänden das dafür notwendige Konzept ausgearbeitet und in der Folge der Startschuss für dieses (Fortsetzung auf Seite 4)

Die Persönlichkeit entscheidet

Sehr deutlich wird, dass Frauen von dem Umstand profitieren, dass die Wahlen in das Bürgermeisteramt stärker auf die Persönlichkeit zugeschnitten sind, und dass sie aufgrund ihrer Ausstrahlung und ihrer Kompetenz die Wählerinnen und Wähler überzeugen können und, oft überraschend für sich selbst und für ihre Partei, die Wahl gewinnen. Zudem sind die Bürgermeisterinnen, einmal im Amt, durchaus erfolgreich und werden, vielfach mit besseren Ergebnissen als in der Erstwahl, wiedergewählt.

„Ungeachtet der positiven Beifolge (Fortsetzung auf Seite 4)

LKC-Gruppe kürt die „Bürgermeister des Jahres“

Besondere Verantwortung der Rathauschefs gegenüber nachfolgenden Generationen steht im Vordergrund

Die bayerische Kanzleigruppe LKC will in diesem Jahr erneut nachhaltiges Engagement im Bereich der Kommunalpolitik auszeichnen. Darum verleiht sie den begehrten Preis „Bürgermeister des Jahres 2015“. Die Auszeichnung wird insbesondere in den Kategorien „Innovative Energiepolitik“, „Neue Finanzierungsmodelle/EU-Beihilferecht“ sowie „Besteuerung der öffentlichen Hand“ vergeben. Neben Nominierungen durch Bürger, Stadt- und Gemeinderäte sowie Mitarbeiter können auch Eigenbewerbungen eingereicht werden. Die LKC-Gruppe gehört zu den führenden Wirtschaftsprüfungs-, Steuerberatungs- und Rechtsanwaltsfirmen in Bayern und ist insbesondere auch auf Kommunalwirtschaft spezialisiert.

„Durch diese Ausschreibung sollen Engagement, Kreativität und Verantwortung der Bürgermeister gegenüber den nachfolgenden Generationen ausgezeichnet werden“, erklärt Dr. Stefan Detig, Altbürgermeister und Rechtsanwalt der LKC-Gruppe.

Nominierungen und Eigenbewerbungen können bis 13.02.2015 unter Beifügung einer kurzen schriftlichen Beschreibung von etwa zwei Seiten eingereicht werden an: LKC Rechtsanwalts-Gesellschaft mbH, Dr. Stefan Detig, Possartstraße 21, 81679 München, E-Mail: stefan.detig@lkc.de

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Innenstädte unter Druck

Rückgang der Besucherfrequenzen / Immer mehr Geschäftsaufgaben

In Bayern haben immer mehr Kommunen mit den Folgen tiefgreifender Veränderungen zu kämpfen. Insbesondere der innerstädtische Einzelhandel bekommt die massiven Folgen des Verdrängungswettbewerbs, des Online-Handels und des anhaltenden Trends zur Großflächigkeit zu spüren.

Wie der Präsident des Handelsverbands Bayern (HBE), Ernst Läger, auf dem Neujahrsempfang des Verbands sagte, verändere sich das Gesicht der Städte. Auslöser dafür seien neue Trends im Kaufverhalten der Kunden, der demografische Wandel und der boomende Online-Handel. Läger: „Viele Innenstädte liegen auf der Intensivstation.“

Für den Einzelhandel zählt neben den Auswirkungen des Online-Handels der Attraktivitätsver-

lust der Innenstädte und Ortskerne zu den drängendsten Problemen. Immer mehr Geschäfte klagten über einen Rückgang der Besucherfrequenzen. Läger: „Besorgniserregend ist, dass immer mehr kleine, inhabergeführte Geschäfte verschwinden.“ Gerade das Sterben dieser Geschäfte gefährde den Branchenmix. „Dabei wissen wir alle, dass ein konkurrenzfähiges und vielfältiges Warenangebot zu den Grundvoraussetzungen einer lebendigen und

attraktiven Innenstadt zählt.“

Um die Verödung von Ortskernen zu stoppen, forderte Läger Unterstützung von der Politik. Es sollte das gemeinsame Ziel von Handel und Stadt sein, die Attraktivität und Erreichbarkeit der Innenstädte zu erhalten. Über 400 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Justiz, Kultur und Medien waren der Einladung zum traditionellen Neujahrsempfang des bayerischen Einzelhandels in den „Bayerischen Hof“ nach München gefolgt. Als Gastredner konnte HBE-Präsident Läger diesmal den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann begrüßen.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion	2
Prominente Unterstützung für die kommunale Bildungsarbeit	2
GZ-Kolumne Alois Rainer: Finanzielle Entlastung der Kommunen	3
Resolution für Frieden und Toleranz	3
Fachforum Sozialraumorientierung	3
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5 - 9
Kommunaler Bau	9 - 11
Wasser · Abwasser · Kanalisation	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Klausurtagung der CSU-Landratsfraktion in Wildbad Kreuth:

Zukunftsfähiges staatliches Handeln

Im Mittelpunkt der traditionellen Winterklausur der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth stand die Frage nach der künftigen Gestaltung des staatlichen Handelns. Mit Gästen wie Friedrich Merz, ehemaliger Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Prof. Udo di Fabio, Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D. und Bundesminister Peter Altmaier wurde diskutiert, wie staatliches Handeln verbessert und zukunftsfähig gestaltet werden kann.

Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer betonte: „Unser Staat steht vor zahlreichen Herausforderungen: der rasche technologische Fortschritt, die Internationalisierung und Globalisierung sind nur einige Entwicklungen, auf die wir reagieren müssen. Wir wollen gemeinsam mit den Bürgern und der Verwaltung schauen, wo wir den Staat verbessern können. Ziel der CSU-Fraktion ist es, Bayern als modernen, verlässlichen, bürgernahen, leistungsfähigen und innovativen Staat in die Zukunft zu führen.“

Hohe Zustimmungswerte

CSU-Vorsitzender Horst Seehofer lobte die erfolgreiche Arbeit der CSU im letzten Jahr und zeigte sich erfreut über die hohen Zustimmungswerte für die CSU in der Bevölkerung, die aus dieser guten Arbeit resultieren. „Gerade diese hervorragenden Umfrageergebnisse sind Motivation und Auftrag, sich mit grundlegenden Fragen zu beschäftigen, damit Bayern in eine gute Zukunft geht“, so Seehofer.

Dazu CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer: „Nach aktuellen Umfragen sind 69 Prozent der bayerischen Bürger mit der Regierungsarbeit der CSU zufrieden, und sogar 71 Prozent mit der Arbeit von Ministerpräsident Horst Seehofer. Keine andere Regierung in Deutschland hat so hohe Zustimmungswerte. Das ist Bestätigung und Rückenwind für die Politik der CSU. Diese Zustimmung bedeutet für uns, mit unserer bewährten Politik weiterzumachen, aber auch Lösungen für neue Herausforderungen zu finden.“

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Rödel
95180 Berg
am 7.2.

Bürgermeister Walter Ziegler
97500 Ebelbach
am 8.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Kubek
91239 Henfenfeld
am 1.2.

Bürgermeister Johann Graßl
92542 Dieterskirchen
am 3.2.

Bürgermeister Dr. Paul Kruck
97753 Karlstadt
am 5.2.

Bürgermeister Hans Urbauer
83361 Kienberg
am 7.2.

Bürgermeister Gerd Zimmer
91353 Hausen
am 8.2.

Bürgermeister Herbert Häußl
83329 Waging am See
am 11.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Claus Pichler
83324 Ruppolding
am 30.1.

Bürgermeister Johann Schild
83413 Fridolfing
am 31.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Feigl
86343 Königsbrunn
am 4.2.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Mit seiner Grundsatzrede stimmte der CSU-Vorsitzende die Landtagsabgeordneten auf das wichtigste Jahr der Legislaturperiode ein: „2015 ist politisch-inhaltlich das bedeutendste Jahr auf dem Weg zu den Wahlen ab 2017. Wir müssen jetzt unser inhaltliches Fundament festigen und unsere Position als die Partei der Mitte-Rechts klar vertreten.“

Eckpunkte der Flüchtlingspolitik

Eines der wichtigsten politischen Themen werde auch 2015 die Zuwanderung sein. Seehofer bekräftigte die Säulen der CSU-Flüchtlingspolitik: Humanität bei der Aufnahme der Flüchtlinge, Schutz der Rechtsstaatlichkeit durch Verhinderung von Asylmissbrauch, schnellere Verfahren und Abschiebung illegaler Zuwanderer insbesondere aus sicheren Drittstaaten sowie Hilfe zum Verbleib in den Heimatländern. Es bleibe auch bei den klaren Grundsätzen der CSU bei der Integration. Dabei stehe das Erlernen der deutschen Sprache an erster Stelle.

Interessen Bayerns vertreten

Zum Thema Energiewende unterstrich Seehofer, dass die CSU bei den anstehenden Entscheidungen die Interessen Bayerns vertreten müsse. Es bleibe beim vereinbarten Zeitplan. Nach Ende des Energiedialogs in Bayern werde die Staatsregierung ihre Position für die Verhandlungen mit dem Bund festlegen.

Als dritte große Herausforderung sprach Seehofer den Themenbereich Finanzen und Steuern an. Für Bayern stehe dabei eine spürbare Entlastung beim Länderfinanzausgleich an erster Stelle. Hier werde Bayern nur zustimmen, wenn eine deutliche Reduzierung der Gesamtsumme er-

reicht und die Dynamik aus dem Prozess herausgenommen werde. „Ich werde nichts unterschreiben, wenn diese Kernanliegen Bayerns nicht berücksichtigt werden“, kündigte Seehofer an.

Entlastung der Bürger

Ein wichtiges Anliegen ist dem CSU-Chef auch die Entlastung der Bürger bei der kalten Progression sowie das Worthalten in folgenden Bereichen:

- Mit der CSU wird es keine Steuererhöhungen geben, auch nicht durch die Hintertür.
- Der Handwerkerbonus steht für die CSU nicht zur Diskussion. Die Energetische Gebäudesanierung kann nicht mit dem Handwerkerbonus gegenverhandelt werden.
- Die Frage der Erbschaftsteuer muss mittelstandsfreundlich gelöst werden.

Währungsstabilität

Eindeutig positionierte sich Seehofer zum Anleihenkauf der Europäischen Zentralbank: „Mit Art und Umfang der Anleihenkäufe der Europäischen Zentralbank ist die CSU nicht einverstanden. Hier stehen wir klar auf der Seite der Währungsstabilität, auf der Seite der kleinen Leute, Sparer und Rentner.“

Dialogprozess „moderner Staat“

Die CSU-Landtagsfraktion beschäftigte sich bei Ihrer Klausurtagung schwerpunktmäßig mit dem Thema „Moderner Staat“. In den kommenden Monaten wird sie dazu einen breiten Dialogprozess mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, der Verwaltung sowie mit Experten aus Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft führen.

Innere Sicherheit

Darüber hinaus hat sich die Landtagsfraktion ausführlich mit der aktuellen Lage der Inneren Sicherheit in Bayern auseinandergesetzt. Sie fordert unter anderem eine personelle und rechtliche

Kampf den Rasern auf Bayerns Straßen

Hermann präsentiert Verkehrssicherheitsprogramm

Die Verkehrsunfälle auf Bayerns Straßen sollen bis 2020 deutlich reduziert und die Zahl der Verkehrstoten auf unter 550 gesenkt werden. Dies soll mit dem bayerischen Verkehrssicherheitsprogramm 2020 „Bayern mobil – sicher ans Ziel“ erreicht werden. In diesem Zusammenhang hat Innen- und Verkehrsminister Joachim Hermann in Bad Tölz ein neues Projekt gestartet, das sich vor allem gegen Raser und Verkehrsrowdies richtet.

Neben der Polizei sind in Bayern auch die Gemeinden für die Verkehrsüberwachung zuständig, die in gemeinsamer Abstimmung u. a. Geschwindigkeitsmessungen an Orten durchführen, die sonst nur unzureichend überwacht würden. Der Minister betonte die Vorteile der Arbeitsteilung zwischen Polizei und kommunaler Verkehrsüberwachung als fester Bestandteil des Verkehrssicherheitsprogramms.

Hauptursache schwerer Verkehrsunfälle sei zu hohe Geschwindigkeit. Von Januar bis November 2014 starben auf Bayerns Straßen 173 Menschen; 8.323 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Zur Bewusstseinsklärung des erhöhten Unfallrisikos bei überhöhter Geschwindigkeit wolle man mit konsequenten Geschwindigkeitskontrollen beitragen.

In Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium Oberbayern Süd in Rosenheim soll der „Zweck-

verband Kommunale Verkehrssicherheit Oberland“ ein Pilotprojekt erarbeiten, bei dem polizeiliche Unfallstatistiken mit Verkehrsüberwachungsdaten verknüpft werden. Dies helfe bei der genauen Festlegung von Gefahrenpunkten. Dabei komme ein neues Analysesystem des Zweckverbands zum Einsatz, erläuterte Herrmann. Er sei zuversichtlich, dass sich das Projekt positiv auf die Verkehrssicherheit und auch auf die Akzeptanz der Verkehrsüberwachung auswirken werde.

Zusammenarbeit von Polizei und Zweckverband

Vor dem geplanten Start des Pilotprojekts im Sommer dieses Jahres soll zunächst ein Konzept zur Zusammenarbeit von Polizei und Zweckverband und zu den jeweiligen Verkehrskontrollpunkten erarbeitet werden. Darüber hinaus sollen Messdaten aus speziellen Verkehrserfassungsgeräten miteinbezogen werden. **rm**

Stärkung von Polizei und Verfassungsschutz, den Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit für Dschihad-Kämpfer, eine engere Zusammenarbeit mit dem Ausland bei der Überwachung von Dschihadisten, die Verschärfung der strafrechtlichen Instrumente, eine Distanzierung islamischer Verbände und Vereinigungen von islamistischem Terror sowie eine weitere Stärkung der Präventionsmaßnahmen zur Extremismusbekämpfung.

Bayerische Standards wahren

Ebenfalls intensiv diskutiert wurde über das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP). Hier zeigte die CSU-Landtagsfraktion die Chancen auf, die das Abkommen für die bayerische Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze mit sich bringt. Zugleich wurde klargestellt, dass die bayerischen Standards z. B. bei der kommunalen Trinkwasserversorgung oder im Lebensmittelbereich durch das Abkommen nicht berührt werden dürfen.

Zu allen drei Themenbereichen wurden Positionspapiere beschlossen:

- Freistaat Bayern: bürgernah – verlässlich – innovativ
- Verteidigung von Sicherheit und Freiheit – Maßnahmen gegen islamistischen Terror effizient verstärken
- Wachstum durch Freihandel – mit klaren Leitplanken für TTIP.

Genossenschaftsidee wird für UNESCO-Liste vorgeschlagen:

Immaterielles Kulturerbe

Als erster von bundesweit 27 Beiträgen wurde die Genossenschaftsidee für die Aufnahme in die internationale „Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes“ bei der UNESCO nominiert.

Der Nominierungsvorschlag wurde von den Bundesländern Sachsen und Rheinland-Pfalz eingereicht. Die Vorlage dazu lieferten die Schulze-Delitzsch-Gesellschaft in Delitzsch und die Raiffeisen-Gesellschaft in Hachenburg.

Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, begrüßte die Nominierung. „Dass eine solche zivilgesellschaftliche Selbstorganisation wie die Genossenschaftsidee mit ihrer über 100-jährigen Tradition für die UNESCO-Liste nominiert wurde, unterstreicht, wie wichtig ihre Prinzipien damals wie heute sind.“ Genossenschaften fördern als lokal verwurzelte Unternehmen die Wirtschaftskreisläufe vor Ort. Bei ihnen werden die unternehmerischen Entscheidungen nicht unter Renditevorgaben, sondern zum Wohle ihrer Mitglieder getroffen. Durch ihre nachhaltige Wirtschaftsweise erzielen die Genossenschaften positive Effekte für die Gesellschaft. Sie haben sich gerade in den letzten Jahren als äußerst krisen- und insolvenzfest erwiesen und sind ein Vorbild für viele Wirtschaftsbereiche.

In Deutschland sind die Genossenschaften weit verbreitet. 1.138 Volksbanken und Raiffeisenbanken, etwa 2.000 Wohnungsgenossenschaften, 2.604 landwirtschaftliche und 1.622 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie 219 Konsumgenossenschaften sind eine treibende Kraft in Wirtschaft und Gesellschaft. „Die ‚Genossenschaftsidee‘ von Dr. Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen hat sich über Deutschland hinaus weltweit bewährt und beweist ihre ungebrochene Kraft. Ein sichtbarer Beweis sind die über 900.000 Genossenschaften in mehr als 100 Ländern mit über 800 Millionen Mitgliedern. Das sind mehr Mitglieder als beim Weltfußballverband FIFA, der mit 207 Mitgliedsverbänden ‚nur‘ 265 Millionen Mitglieder hat“, betonte auch Dr. Axel Viehweger, Vorstand der Deutschen Hermann-Schulze-Delitzsch-Gesellschaft. **□**

Prominente Unterstützung für die Bildungsarbeit der Kommunen

Auftakt der Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement

Die Bildungsarbeit in den Kommunen bekommt Unterstützung. In einer Auftaktveranstaltung stellte die Transferagentur Bayern in Nürnberg ihr Programm für Kommunen vor. Sie steht Landkreisen und kreisfreien Städten bei der Entwicklung eines kommunalen Bildungsmanagements tatkräftig zur Seite.

Kommunen, die ihre Bildungslandschaft weiterentwickeln möchten, können sich künftig von der neuen Initiative beraten lassen. Die Transferagentur greift dabei auf die Erfahrungen anderer Städte und Landkreise zurück. Dazu gehören beispielgebende Strukturen, Ideen und Produkte, die einige Kommunen fünf Jahre lang dank einer Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Programm „Lernen vor Ort“ entwickelt haben. Das heißt: Kommunen helfen Kommunen. Die Besonderheit der Beratung: Sie ist kostenlos und flexibel.

Bildung ist Gemeinschaftsaufgabe

In seiner Eröffnungsrede verwies Stefan Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im BMBF, auf die wegweisenden Erfolge

von „Lernen vor Ort“. Er betonte aber auch die zukünftigen Herausforderungen: „Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Bund, Land, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen als Verantwortungsgemeinschaft weiter zusammenarbeiten: um das gemeinsame Ziel – eine gerechten Bildung für alle, in allen Lebensphasen, unabhängig von sozialer Herkunft – dauerhaft zu ermöglichen.“

In Bayern wird die Transferinitiative Kommunen bei ihrer Bildungsarbeit beraten. „Das Team der Transferagentur Bayern arbeitet direkt mit den Bildungsverantwortlichen vor Ort zusammen“, sagte der Vorsitzende der Europäischen Metropolregion Nürnberg, Landrat Armin Kroder in seiner Begrüßungsrede. „Die Bildungsregionen Bayerns erhalten tatkräftige Unterstützung dabei, langfristig einen hohen Bil-

dingsstandard zu sichern.“

Die Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement agiert als Verbund aus dem Deutschen Jugendinstitut e. V. in München und der Europäischen Metropolregion Nürnberg e. V. Sie ist Teil der bundesweiten Transferinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und eine von neun Transferagenturen in Deutschland.

Starke Partnerschaft

Für den Direktor des Deutschen Jugendinstituts, Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, ist das ein sehr wichtiges Kooperationsprojekt: „Mit dem Verbund aus dem Deutschen Jugendinstitut und der Europäischen Metropolregion haben wir eine starke Partnerschaft gebildet, die sich für das wichtige Thema Bildung vor Ort einsetzt. Auch die Tatsache, dass der Agenturbeirat fachlich prominent besetzt wurde, bekräftigt die Bedeutung der Transferagentur für die Entwicklung der kommunalen Bildungslandschaften.“

Der Agenturbeirat der bayerischen Transferagentur für Kommunales Bildungsmanagement traf sich vor der Auftaktveranstaltung zu seiner konstituierenden Sitzung in Nürnberg. Die Mitglieder des Gremiums werden sich für die Bildungsarbeit in den Kommunen stark machen und die Arbeit der Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement bei ihren Aufgaben unterstützen.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags und Mitglied im Agenturbeirat der Transferagentur, Dr. Ulrich Maly, kennt als Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg die Herausforderungen bei der Gestaltung der Bildungslandschaft in der Kommune und ist überzeugt: „Kommunen können von der professionellen Beratung und Unterstützung beim Aufbau und der Optimierung des lokalen Bildungsmanagements durch die Transferagentur sehr profitieren. Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Landkreise und Städte von dieser Chance Gebrauch machen.“ **□**



Der Agenturbeirat (v. l.): Claudia Lehnerer (Leitung Büro Nürnberg), Landrat Herbert Eckstein (Zweiter Vizepräsident Bayerischer Landkreistag), Bürgermeisterin Marianne Zollner (Bayerischer Gemeindegast), OB Dr. Ulrich Maly (Vorsitzender Bayerischer Städtetag), Mdgtn. Elfriede Ohrnberger (Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst), Landrat Armin Kroder (Ratsvorsitzender der Europäischen Metropolregion Nürnberg), Dr. Karin E. Oechslein (Leiterin Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München), Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (Direktor Deutsches Jugendinstitut e. V.), Sabine Süß (Leiterin Stiftungsverbund Lernen vor Ort) und Tobias Schmidt (Leitung Büro München und Gesamtkoordination). **□**

Fachforum in Nürnberg zur „Sozialraumorientierung“:

Weil hier Heimat und Zuhause ist

Positive finanzielle und gesellschaftliche Effekte für Kommunen durch die sogenannte Sozialraumorientierung zeigte ein Fachforum in Nürnberg mit dem Titel „Weil hier Heimat und Zuhause ist“ auf. Unter der Schirmherrschaft von Bambergers Erzbischof Dr. Ludwig Schick hatten der Caritasverband für die Erzdiözese Bamberg e. V. und das kirchliche Wohnungsunternehmen Joseph-Stiftung insbesondere Bürgermeister und Landräte, Senioren- und Behindertenbeauftragte sowie Wohnungs- und Sozialwirtschaftler eingeladen.

Erzbischof Dr. Ludwig Schick als Schirmherr der Veranstaltung wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass das Recht auf Wohnen zu den Menschenrechten zählt. Es gebe genügend Gründe, dass Kirche sich in den kirchlichen Wohnungsbaugesellschaften und der Caritas für das Recht auf Wohnen und für adäquaten Wohnraum einsetzen. Schick zufolge geht es u. a. darum, „dass wir so miteinander wohnen, dass möglichst viel Gemeinschaft zwischen Jung und Alt sowie allen sozialen Schichten entsteht“.

Konzeptionelle Ausrichtung

Wie Michael Groß, bezirkspolitischer Sprecher der mittelfränkischen Caritasverbände, darlegte, bezeichnet einer der „Päpste“ der Sozialraumorientierung, Wolfgang Budde, diesen Begriff wie folgt: „Sozialraumorientierung ist die Bezeichnung für eine konzeptionelle Ausrichtung Sozialer Arbeit, bei der es nicht (wie traditionell) darum geht, Einzelpersonen mit pädagogischen Maßnahmen zu verändern, sondern Lebenswelten so zu gestalten und Verhältnisse zu schaffen, die es Menschen ermöglichen, besser in schwierigen Lebenslagen zu rechtzukommen.“ Der Sozialraumorientierung lägen die fünf Prinzipien „Orientierung am Willen der Menschen, Unterstützung von Eigeninitiative und Selbsthilfe, Konzentration auf die Ressourcen (des Menschen und des Sozialraumes), zielgruppen- und bereichsübergreifende Sichtweise sowie Kooperation und Koordination“ zugrunde.

Sozialraumorientierung bedeute also, dass eine alte, pflegebedürftige, alleinstehende Frau, die knapp über dem Sozialhilfeniveau lebt, sich nicht für einen Platz im Altenheim entscheidet, sondern bereit ist, sich auf ein Wohnprojekt, wie z. B. das von Caritas und Joseph-Stiftung seit

2007 erfolgreich durchgeführte Modell „In der Heimat wohnen“ einzulassen. Gelingen könne dies freilich nur, wenn alle Beteiligten bereit sind, umzudenken und ungewöhnliche Wege zu gehen.

Positive Effekte

Gelinge dies, so gebe es eine Menge positiver Effekte:

1. berüht gewordene Untersuchung der Bundesarbeitsgemeinschaft überörtlicher Sozialhilfeträger zeigen, dass in 90 % der Fälle eine ambulante Versorgung deutlich günstiger ist als eine stationäre.

2. Von sozialraumorientierten Projekten geht ein erheblicher gesellschaftlicher Nutzen aus. Im Unterschied zu der Verschiebung von Menschen mit Beeinträchtigungen in Sondereinrichtungen, die dann für die Gesellschaft „weg“ sind, gelingt durch die Versorgung im normalen Alltag ein positiver gesellschaftlicher Effekt: Menschen mit Beeinträchtigungen geben der Gesellschaft etwas zurück, was dieser sonst fehlen würde.

3. Wenn ihr Wille nach Selbstbestimmung positiv unterstützt wird, erfahren Menschen mit Beeinträchtigungen Selbstbewusstsein, spüren, dass sie angenommen werden und sind bereit, sich für ihre Situation persönlich zu engagieren und anzustrengen.

Drei Hindernisse

Diesen positiven Effekten stellte Groß drei Hindernisse gegenüber, die der Sozialraumorientierung entgegenstehen. Zum einen sei bis heute das Denken in Deutschland davon geprägt, dass jemand, der hilfebedürftig ist, in eine wie auch immer geartete Sondereinrichtung gehört. Der Gedanke, dass eine Versorgung auch innerhalb der Normalität möglich ist, sei der Vielzahl der

Menschen hierzulande nicht vertraut.

Ein weiteres großes Hindernis seien die nebeneinander existierenden Kostenträger, besonders der örtliche Sozialhilfeträger neben dem überörtlichen Sozialhilfeträger, neben der Krankenkasse, neben der Pflegekasse und neben weiteren Sozialkassen. Jeder dieser Kostenträger sei daran interessiert, seine eigenen Kosten möglichst gering zu halten. Daher nehme niemand eine übergeordnete volkswirtschaftliche Perspektive ein, bei der „sehr schnell einleuchten würde, dass eine sozialraumorientierte Versorgung volkswirtschaftlich Geld spart“.

Das dritte Hindernis, so Groß, könnte bei den Betroffenen selbst liegen: „Selbstbestimmt in Normalität zu leben ist nämlich dann, wenn man es erst einmal unternommen hat, nicht leicht: Es macht Arbeit, selber einzukaufen, es macht Arbeit, selber zu kochen, zu putzen, sich um seinen Alltag zu kümmern. Andererseits: nur wer diese Arbeit auf sich nimmt, kann auch entsprechende Erfolgserlebnisse haben. Menschen, die es schaffen, selbstbestimmt in Normalität zu leben, sind selbstbewusster, stärker, letzten Endes auch glücklicher.“

Miteinander der Akteure

Daher lohne es sich, „dass wir alles dafür tun, dass sozialraumorientierte Projekte vorangebracht werden. Dies geht nur in einem Miteinander der Akteure, seien es nun die Betroffenen selbst, der Bezirk, Krankenkassen, vor allem aber die Kommunen, in deren Zuständigkeit es an allererster Stelle steht, Bürgerinitiativen und den Wunsch von einzelnen Menschen nach einem Leben in Normalität aufzugreifen“, meinte Groß abschließend.

Hierzu gibt es schon eine Fülle gut funktionierender Ansätze. Ein beispielhaftes Konzept legte Lothar Flemming vor. Er ist Fachbereichsleiter im Dezernat Soziales und Integration des Landesverbandes Rheinland, sowie Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger.

Gute Nachbarschaft

Ein Podiumsgespräch unter der Leitung von Elke Pilkenroth, Pressesprecherin der Stadtkirche Nürnberg und Bernhard Schneider, Abteilungsleiter für Unternehmenskommunikation bei der Joseph-Stiftung, legte das Augenmerk insbesondere auf die Themen barrierefreies Wohnen, lückenlose Versorgung und gute Nachbarschaft. Teilnehmer waren Barbara Klug, Geschäftsführerin der Caritas-Sozialstation und Tagespflege Nürnberg-Nord, Karin Larsen-Lion, Rechtsanwältin, Leiterin der Nachbarschaftshilfe Pyrbau und Projektmanagerin des gemeinnützigen Unternehmens „Regina“ in Neumarkt, Hugo Pohl, Hauptschullehrer i. R. aus Röthenbach a. d. Pegnitz, Jürgen Timpel, Vorstand der Baugenossenschaft des Landkreises Erlangen-Höchstadt eG sowie Reiner Grimm, Altbürgermeister des Marktes Lehrberg. Letzterer war nach 18 Jahren im Amt bei der Kommunalwahl am 16. März 2014 nicht mehr angetreten. Zuvor hat er noch wesentlich dazu beigetragen, dass unmittelbar neben Rathaus und Schule ein Wohnmodell für ein sicheres und selbstbestimmtes Leben (bis zuletzt) in vertrauter Umgebung verwirklicht werden konnte.

Barbara Klug wiederum ist als Geschäftsführerin des verhältnismäßig kleinen e. V. namens Caritas-Sozialstation und -Tagespflege Nürnberg-Nord im besten Sinne stadtbekannt. Sie beschreitet

GZ

Kolumne
Alois Rainer

Liebe Leserinnen und Leser!

Unter dem Stichwort „Handlungsfähigkeit im Bund, in Ländern und Kommunen“ wurde im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode bekräftigt, dass das föderale System eine Stärke der Demokratie und ein wichtiger Grund für Leistungsfähigkeit Deutschlands ist. Dazu gehört auch, dass jede Ebene – Bund, Länder und Kommunen – ihren Aufgaben mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung nachkommen kann. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat der Bund Länder und Kommunen umfassend entlastet.



und Hochschulen besser bewältigen können. Davon entfallen 750 Mio. Euro auf den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige in den Jahren 2016 bis 2018. Auf diese Weise unterstützt die Bundesregierung die Länder und Kommunen so stark, wie keine andere Regierung zuvor.

Gerade in der aufkommenden Debatte zum Länderfinanzausgleich ist das keine Selbstverständlichkeit.

Im vergangenen Jahr ist der Finanzausgleich zwischen den Bundesländern auf ein Rekordvolumen von mehr als neun Milliarden Euro angestiegen. Zum Jahr 2013 ist das ein Plus von 600 Millionen Euro. Der Freistaat Bayern finanzierte mit 4,85 Milliarden Euro mehr als die Hälfte des Länderfinanzausgleichs.

Bund und Länder beraten derzeit über die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen. Vor dem Hintergrund des Auslaufens des geltenden Solidarpakts II für die Aufbauhilfen in Ostdeutschland, müssen bis spätestens Ende 2019 die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geordnet sein. Insbesondere gehört dazu, den Länderfinanzausgleich neu zu regeln. Die Länder werden ab diesem Zeitpunkt keine strukturellen Defizite mehr haben. Bei den anstehenden Beratungen bis zum Auslaufen der jetzigen Regelungen, sollte ein faires System für die Zukunft gefunden werden, indem Länder zu gleichen Teilen ihren Beitrag leisten.

Ihr Alois Rainer, MdB
Stv. Landesvorsitzender der KPV

Finanzielle Entlastung der Kommunen

Mit der Abstimmung am 19. Dezember 2014 wurde im Bundesrat ein Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen beschlossen. Damit werden die Kommunen in den Jahren 2015 – 2017 mit einer Summe in Höhe von einer Milliarde Euro jährlich entlastet. Und ab 2018 soll die Entlastung der Kommunen auf 5 Mrd. Euro jährlich ansteigen.

Darüber hinaus werden die Länder in der laufenden Legislaturperiode um insgesamt 6 Milliarden Euro entlastet, damit Länder und Kommunen ihre Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen

mit hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neue Wege in der ambulanten Pflege. Die erste ambulant betreute Wohngemeinschaft in Nürnberg für Menschen mit Demenz ist nur eines der von Erfolg gekrönten Projekte. Dieses einzubetten in das Konzept „In der Heimat wohnen“ und im Stadtteil „St. Johannes“ umzusetzen, war nach Klugs Darstellung eine große Herausforderung.

Berufen zu sozialem Engagement

Karin Larsen-Lion führt seit 20 Jahren eine eigene Rechtsanwaltskanzlei. Das, so betonte sie, sei ihr Beruf; ihre Berufung sei die soziale Arbeit. Nach 15 Jahren des intensiven ehrenamtlichen Einsatzes hat der Landkreis Neumarkt eine entsprechende Stelle in seiner ebenso lange bestehenden gemeinnützigen REGINA-GmbH geschaffen. „Diese hat mich aufgenommen bzw. wesentlich dazu beigetragen, dass es meine Abteilung BENidO, Koordinationszentrum für Bürgergesellschaftliches Engagement mit Schwerpunkt Senioren- und Generationsübergreifende Projekte, im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. gibt“, so Larsen-Lion.

Hugo Pohl verunglückte als ehrenamtlicher Leiter einer Jugendfreizeit der Landeskirchlichen Gemeinschaft so schwer, dass er querschnittsgelähmt ist. Sein Leben musste er komplett umstellen. Er ist ständig auf Hilfe angewiesen, konnte auf diese Weise erst kürzlich dem Tod entinnen. Die Caritas im Landkreis Nürnberger Land hat es einrichten können, dass er daheim bei seiner Frau sein kann. Eine Heimunterbringung ist für ihn keine Option.

Bayerns Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, MdB Joachim Herrmann, nahm im Anschluss die Anregungen aus der Veranstaltung dankbar auf und versprach seine Unterstützung bei innovativen Wohn- und Betreuungsmodellen. Damit Schwierigkeiten bei der Finanzierung neuer Projekte überwunden werden können, nannte Andreas Ellmaier, Leiter des Referates für Pflegewirtschaft, Pflegeforschung und Wohnen im Alter im Bayerischen Sozialministerium, zum Abschluss schließlich wichtige Ansprechpartner. DK

Resolution für Bayern und seine Bürger:

Für Frieden und Toleranz

Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, MdB traf sich bereits nach den Anschlägen auf die Redaktion von Charlie Hebdo im Jahr 2012 mit Vertretern der islamischen und alevitischen Gemeinden für die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution für innersozialgesellschaftlichen Frieden, Toleranz und das Miteinander in Vielfalt.

Um politischen und religiösen Randgruppen präventiv den Nährboden für das Aufkeimen von Konflikten zu entziehen, haben die damals Anwesenden gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten der Staatsregierung eine „Resolution für Bayern und seine Bürger“ verabschiedet, in der sie sich zum Grundgesetz und zur bayerischen Gesellschaft bekennen. „Diese Resolution gilt nach wie vor und zeigt, dass der gesellschaftliche Konsens zwischen allen Bevölkerungsgruppen des Freistaates weiterhin Bestand hat“, so Neumeyer nach den aktuellen Geschehnissen.

In der Resolution bekannten

Familienministerin Müller zu Kindertageseinrichtungen:

Klare Zeichen für Qualität

Mit Beginn des neuen Jahres ist der landesweite Modellversuch der Pädagogischen Qualitätsbegleitung in Kindertageseinrichtungen gestartet.

„Nach dem Ausbau eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebots, setzen wir nun unseren Fokus verstärkt auf Qualitätsverbesserungen in den bayerischen Einrichtungen. Wir haben dazu die Betriebskostenförderung erhöht und stellen zusätzlich bis zu 63 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Gleichzeitig werden wir mit bis zu 60 Qualitätsbegleiterinnen und Qualitätsbegleitern die Kindertageseinrichtungen in den kommenden vier Jahren systematisch beraten und unterstützen“, so Bayerns Familienministerin Emilia Müller und weiter: „Das freiwillige und zusätzliche Dienstleistungsangebot steht ergänzend zur Fachbera-

sich alle Beteiligten seinerzeit zu folgenden Punkten:

- Unser Lebensmittelpunkt ist hier in Bayern und der bayerischen Gesellschaft.
- Wir bekennen uns zur Grundsatz der freien Lebensentfaltung jedes Einzelnen.
- Den Rahmen unseres Lebens und Handelns stellt das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung dar, zu denen wir uns bekennen.
- Wir respektieren das Recht jedes Gläubigen auf freie Ausübung der eigenen Religion.
- Wir setzen uns aktiv für eine geeinte Gesellschaft ein – in unserem eigenen sozialen wie gesellschaftlichen Umfeld.
- Wir stellen uns gemeinsam gegen jede Form des religiösen, wie politischen Extremismus, sowohl im In-, wie auch im Ausland.
- Wir bekennen uns unwiderruflich zum säkularen Charakter unseres Staatswesens.
- Wir lehnen jede Form der Gewaltanwendung als Mittel des politischen, gesellschaftlichen und familiären Umgangs miteinander ab.



Kommunale Zusammenarbeit immer wichtiger

Die interkommunale Zusammenarbeit wird zur Entwicklung der Kommunen im ländlichen Raum künftig immer wichtiger. Das haben Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (r.) und Gemeindetags-Präsident Dr. Uwe Brandl bei einem Gedankenaustausch in München betont. „Viele Aufgaben von Gemeinden können nur im Verbund mit den Nachbarkommunen effektiv gelöst werden“, erklärten Brunner und Brandl. Das sei auch bei den von den Ämtern für Ländliche Entwicklung durchgeführten Regionalkonferenzen deutlich geworden. Aktuelles Beispiel für die zielgerichtete Zusammenarbeit der Gemeinden sind nach Aussage des Ministers die Konzepte zur Schaffung ländlicher Kernwegenetze, die mittlerweile in rund 30 kommunalen Allianzen erarbeitet werden. Insgesamt fördern und begleiten die Ämter für Ländliche Entwicklung bayernweit über 90 Gemeindeallianzen, in denen über 600 Kommunen zusammenarbeiten.

Unverzichtbares Instrument zur Entwicklung der ländlichen Gemeinden bleibt nach Überzeugung Brunners und Brandls auch künftig die Dorfentwicklung. Um diese noch besser den neuen Herausforderungen und veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, wurden die Richtlinien jetzt überarbeitet. Künftig wird es laut Brunner auch eine eigene Richtlinie zur gezielten und raschen Unterstützung bei ausgewählten Einzelprojekten geben. □

tung zur Verfügung. So etablieren wir ein System zur Qualitätssicherung und -entwicklung in den Kindertageseinrichtungen. Das entspricht auch dem Wunsch der pädagogischen Fachkräfte in Bayern nach mehr Begleitung und Unterstützung.“

Träger der Kindertageseinrichtungen können ab sofort die Förderung einer pädagogischen Qualitätsbegleitung beim Bayerischen Familienministerium beantragen. Gefördert werden Personal- und Sachausgaben in Höhe von bis zu 55.000 Euro jährlich je Vollzeitstelle. Die Auswahl erfolgt regional ausgewogen. Weitere Kriterien sind Trägerproporz, trägerübergreifende Zusammenarbeit und Netzwerkarbeit. Insgesamt sind hierfür jährlich bis zu vier Millionen Euro eingeplant. Der Modellversuch wird wissenschaftlich begleitet. □

Kommunen stärken, Klima schützen

Bundesumweltministerium und kommunale Spitzenverbände veröffentlichen gemeinsame Erklärung

Das Bundesumweltministerium und die kommunalen Spitzenverbände wollen die Kommunen in ihrem Engagement für den Klimaschutz unterstützen. Hierfür sollen bestehende Informations- und Beratungsangebote weiterentwickelt und der Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen gestärkt werden. Bund und Kommunen veröffentlichten hierzu heute eine gemeinsame Erklärung.

Bei der Umsetzung des Ziels, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent zu senken, sind die Kommunen entscheidend: Sie entwickeln Klimaschutzprogramme und -kon-

zepte und setzen diese gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort um. Im Mittelpunkt stehen dabei die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau erneuerbarer Energien.

Über 6.000 Projekte

Über 6.000 Klimaschutzprojekte in rund 3.000 Städten, Landkreisen und Gemeinden wurden seit 2008 im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums gefördert. Mehr als 350 kommunale Klimaschutzmanager und -managerinnen sorgen dafür, dass Klimaschutzkonzepte durch konkre-

Mahner und Beispiel...

(Fortsetzung von Seite 1)

bayernweite Projekt gegeben. Ein erstes Pilotprojekt umfasst die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und die Oberpfalz.

Ein weiteres großes Projekt befasst sich mit dem Thema: Bayern, Deutschland und Europa – was ist aus der Eigenstaatlichkeit geworden? Dinglreiter zufolge „wird das urdemokratische Prinzip der Subsidiarität, auf dem unser Föderalismus fußt, heute leider oft übersehen oder gar bewusst ausgehöhlt. Wir sehen mit Sorge, dass der Bund und die EU immer wieder Aufgaben an sich ziehen wollen, die wir im eignen Land besser und auch bürger-näher erledigen können.“

Kein gesunder Wettbewerbsföderalismus

Viele finanzschwache Länder in Deutschland und in Europa unterstützen diese Entwicklung zum Zentralismus sogar, weil es ihnen kurzfristig Vorteile bringt. Dies sei aber kein gesunder Wettbewerbsföderalismus, der ein Land weiterbringt. „Dieser Tendenz zum Zentralismus in Richtung Berlin oder Brüssel begegnen wir deshalb mit deutlicher Ablehnung. Auf dieser Grundlage wollen wir mithelfen, das aus seiner langen Tradition gewach-

sene bayerische Staatsbewusstsein lebendig zu erhalten und konstruktiv weiter zu entwickeln.“ Mit einer Reihe von Initiativen habe der Bayernbund dies in den vergangenen Jahren immer wieder getan.

Ein Stein des Anstoßes ist für den Bayernbund auch das ständige Bemühen des Bundes, zunehmenden Einfluss auf die Kulturpolitik zu gewinnen. Der Bildungs-föderalismus soll deutlich verändert d. h. eingeschränkt werden. „Wir aber fragen: Zählt Bildungsvereinheitlichung mehr als die Qualität der Bildung?“, so der Vorsitzende. Im Übrigen mache auch die EU trotz des Maastrichter Subsidiaritätsbeschlusses immer wieder Sorgen, fuhr der Vorsitzende fort. Als Stichworte führte er die kommunale Wasserversorgung und das sog. Einheimischenmodell an.

Dinglreiter: Wenn wir den großen Herausforderungen der Zukunft gerecht werden wollen, müssen wir noch stärker das Gemeinsame suchen, um so gegenüber Politik und Gesellschaft eine starke, dynamische und dauerhaft prägende Wirkung entfalten zu können. Wir brauchen auch noch mehr Kreisverbände. Unser intensives Bemühen gilt deshalb dem weiteren Ausbau der Organisation.“ **DK**

te Maßnahmen umgesetzt werden. Etwa jede vierte Kommune in Deutschland nutzt bereits die Förderangebote der Kommunalrichtlinie für Klimaschutzmaßnahmen vor Ort. Bundesumweltministerium und kommunale Spitzenverbände wollen diesen erfolgreichen Weg mit gemeinsamen Aktivitäten fortsetzen. Auch in 2015 unterstützt das BMUB kommunale Klimaschutzprojekte in erheblichem Umfang. Bis zum 31. März können Kommunen beispielsweise Fördermittel für die Erstellung von Klimaschutzkonzepten, für die Einstellung von Klimaschutzmanagern und für den Einsatz von Stromspartechnologien beantragen.

Darüber hinaus wollen Bundesumweltministerium und kommunale Spitzenverbände bestehende Informations- und Beratungsangebote weiterentwickeln. Ein Beispiel ist das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK), das als zentrale Anlaufstelle für die Kommunen bei Fragen rund um das Thema Klimaschutz dient. Darüber hinaus sollen verstärkt Anpassungsaspekte in die kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozesse integriert werden. Bei allen Anstrengungen soll kleinen und/oder finanzschwachen Kommunen besondere Aufmerksamkeit zuteil werden. **DK**

(Fortsetzung von Seite 1)

sie lassen sich die Parteien aber zu häufig von überkommenen Rollenmustern und eingefahrenen, die männlichen Bewerber begünstigenden Strukturen leiten“, kritisiert die Studie.

Die Parteien spielen bei der Besetzung der Führungspositionen in der Kommunalpolitik heute zwar noch eine Schlüsselrolle. Doch stellt sich laut EAF die Frage, ob dies in diesem Ausmaß auch künftig der Fall sein wird. Der Anteil der parteiunabhängigen Kandidaten war bereits vor einigen Jahren mit 26 Prozent vergleichsweise hoch, und es sprechen einige Indizien dafür, dass der Anteil eher noch zunehmen wird.

In den neuen Ländern wird die Bedeutung und Rolle der Parteien, wie die Befragung zeigt, ohnehin niedriger eingeschätzt. Zudem haben in Ost wie West auch die parteigebundenen Bürgermei-

Kompromiss trotz Meinungsverschiedenheiten:

Planungssicherheit für 2015

Krankenhäuser und Krankenkassen einigen sich

Die Bayerische Krankenkassen-Gesellschaft (BKG) und die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern (ARGE) haben sich über die Vergütung 2015 geeinigt: Der landesweite Basisfallwert steigt 2015 von bislang 3.188 auf 3.255,50 Euro. Nach dem Basisfallwert rechnen in Bayern rund 330 Kliniken ab.

Damit stehen für die stationäre Behandlung von rund drei Millionen Patienten in den Kliniken Bayerns knapp zehn Milliarden Euro zur Verfügung. BKG und ARGE hoben die sachliche Verhandlungsatmosphäre hervor und bezeichneten die Einigung als einen Kompromiss, der für beide Seiten problematisch, aber annehmbar sei. Dass trotz unterschiedlicher Interessenlage sowie komplexer und oft strittiger Regelungen eine Einigung erzielt werden konnte, werten die Verhandlungspartner als Beleg für eine gut funktionierende Selbstverwaltung im Krankenhausbereich in Bayern.

Die Kliniken müssen nun mit den Krankenkassen vor Ort vereinbaren, welche und wie viele

stationäre Behandlungen sie im kommenden Jahr voraussichtlich erbringen und mit dem landesweiten Basisfallwert abrechnen werden.

Der landesweite Basisfallwert ist die Stellschraube für den größten Ausgabeposten der Krankenkassen. Auf Klinikseite entscheidet er über den weitaus größten Teil der Erlöse. Im DRG-Vergütungssystem bestimmt er den Preis für eine Krankenhausbehandlung mit durchschnittlichem Aufwand. Je nach Schwierigkeitsgrad der Behandlung wird der Wert mit einem Faktor multipliziert, der dann den Rechnungsbetrag ergibt.

So beträgt zum Beispiel der Faktor für die komplikationslose Entbindung rund 0,5. Für einen schwerstverletzten Patienten mit wochenlanger Intensivbehandlung und Beatmung kann dieser Wert bis zu 60 betragen.

Die Bayerische Krankenkassen-Gesellschaft ist der Zusammenschluss von über 340 Krankenhäusern in Bayern mit insgesamt knapp 75.000 Betten. Rund 2,8 Millionen Patienten werden jährlich in den bayerischen Kranken-

häusern umfassend stationär behandelt. Die bayerischen Krankenhäuser erbringen hierfür das gesamte Leistungsspektrum der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Die Einrichtungen sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Bayerns. Über 160.000 Menschen der verschiedensten Berufe beziehen ihr Einkommen von den in der BKG zusammengeschlossenen Krankenhäusern. **DK**

Arbeitsministerin Müller:

Bayern auf dem Weg zur Vollbeschäftigung

Die aktuell veröffentlichten Zahlen belegen: Bayerns Arbeitsmarktbilanz für das Jahr 2014 ist ausgezeichnet. In keinem anderen Bundesland gibt es eine bessere Arbeitsmarktsituation. „Bayerns Arbeitsmarkt steht unangefochten an der Spitze. Bereits in 29 bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten hatten wir 2014 mit einer Arbeitslosenquote von unter 3,0 Prozent Vollbeschäftigung. Damit liegen bundesweit dreiviertel aller Regionen, die per Definition Vollbeschäftigung haben, in Bayern“, erklärte Bayerns Arbeitsministerin Emilia Müller anlässlich der Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen für das Jahr 2014.

Im vergangenen Jahr waren in Bayern 264.603 Menschen arbeitslos gemeldet. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent.

„Unser Ziel ist Vollbeschäftigung bis 2018 in ganz Bayern. Dafür müssen wir den Fokus besonders auf die Integration von Langzeitarbeitslosen legen. Sie müssen die bestmögliche Unterstützung für eine reelle Chance zur Teilhabe am Arbeitsmarkt erhalten. Das gelingt nur mit ausreichend qualifiziertem Personal in den Jobcentern.“ **DK**

Frauen führen ...

sterinnen und Bürgermeister ein vor allem funktionales Verhältnis zu ihrer Partei, die sie vorrangig als Kontakt- und/oder Karrierenetzwerk nutzen. Im Grundsatz kann diese Entwicklung Frauen durchaus zugutekommen, weil es sie unabhängiger macht. Sie haben die Chance, sich mit ihrer Verankerung in der Kommune und mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Netzwerke einen Namen zu machen und ihre Chancen bei der Wählerschaft auch jenseits der Parteien zu nutzen.

Netzwerkkompetenz

Auffallend ist auch, dass Frauen in punkto Netzwerkkompetenz aufgeholt haben. Bürgermeisterinnen sind sich heute der Bedeutung von Netzwerken sehr bewusst und ähnlich vielfältig vernetzt wie die Männer. Dennoch gilt es nach wie vor, die Bedeutung von Netzwerken für die politische Karriere zu verdeutlichen und die Netzwerk-Fähigkeit von Frauen vor allem zu einem frühen Zeitpunkt der Karriere zu fördern. Im Rückblick betonen zahlreiche Bürgermeisterinnen, dass sie heute ihre Karriere strategischer angehen würden, wozu auch der Aufbau und Umgang mit Netzwerken gehört.

Netzwerke unter Frauen in der Kommunalpolitik und zwischen Frauen in kommunalpolitischen Spitzenpositionen werden von den Bürgermeisterinnen zwar prinzipiell positiv eingeschätzt. Dies gilt vor allem für die Frauen aus den alten Bundesländern, die sich ihres Sonderstatus oft noch sehr bewusst sind. Deutlich wird, dass es nicht um lockere Frauentreffen gehen kann, da Zeit eine kostbare Ressource bildet.

Frage der Zukunftsfähigkeit

Abschließend lässt sich der Untersuchung zufolge feststellen, dass es auch eine Gruppe von Bürgermeisterinnen in Ost wie West gibt, die das Frau-Mann-Thema und die Frage der Unterrepräsentanz insgesamt stärker zu einer Frage der Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit von Kommunalpolitik machen. In dieser Argumentation spielt der Aspekt der Nachwuchssicherung eine zentrale Rolle. Wie kann das Amt für Frauen wie für Männer attraktiv bleiben und dies in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft?

Mehr Gelassenheit in den neuen Bundesländern

Generell gehen in den neuen Bundesländern die Bürgermeister und deren Kolleginnen eher gelassen mit der Geschlechterfrage um. Betont werden mehr die Gemeinsamkeiten als die Unterschiede zwischen Frauen und Männern und es wird durchgehend mit einem gewissen Stolz die größere Selbstverständlichkeit bezüglich der Gleichberechtigung von Frauen und Männern hervorgehoben. Es gibt deutlich mehr Frauen in kommunalen Führungspositionen (auch wenn ihr Anteil auch dort nicht reprä-

sentativ im Sinne des weiblichen Bevölkerungsanteils ist). Vielfach ist bei den Bürgermeisterinnen aus dem Westen eine gewisse Bewunderung oder Anerkennung für die Kolleginnen im Osten zu spüren, die als souveräner und selbstbewusster wahrgenommen werden.

Erhitzte Gemüter im Westen

In den alten Bundesländern erhitzt die Geschlechterfrage die Gemüter mehr, es werden in der Tendenz stärker die Unterschiede zwischen den Geschlechtern betont, zum Teil in stereotyper oder klischeehafter Form. Auffällig ist, dass in Ost wie West die Frauen für sich selbst deutlich mehr positive Eigenschaften reklamieren und sich – ob zu Recht oder zu Unrecht – für die besseren Cheffinnen halten.

Insgesamt wird der Handlungsdruck im Westen stärker als im Osten der Republik wahrgenommen, angefangen vom Generalthema der Kinderbetreuung, das die Kommunalpolitik in den alten Bundesländern in jeder Beziehung stark beschäftigt bis hin zum Netzwerk-Thema, das für die Bürgermeisterinnen im Westen eine verhältnismäßig große Bedeutung hat. Die ostdeutschen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wünschen sich dagegen stärker als ihre Kollegen im Westen mehr prominente Unterstützung und öffentliche Anerkennung ihrer Arbeit.

Frage der Zukunftsfähigkeit

Abschließend lässt sich der Untersuchung zufolge feststellen, dass es auch eine Gruppe von Bürgermeisterinnen in Ost wie West gibt, die das Frau-Mann-Thema und die Frage der Unterrepräsentanz insgesamt stärker zu einer Frage der Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit von Kommunalpolitik machen. In dieser Argumentation spielt der Aspekt der Nachwuchssicherung eine zentrale Rolle. Wie kann das Amt für Frauen wie für Männer attraktiv bleiben und dies in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft?

Vergleichbar zur Diskussion in der Wirtschaft zu Chancengleichheit und Diversity wird sich auch die Diskussion in der Kommunalpolitik in diese Richtung weiter entwickeln müssen. Wie auch die

„Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ betont, gilt es, Frauen und Männer in ihrer Vielfalt für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Es geht um Formen des Talent Managements, der Karriereentwicklung und der Führungskultur, die in erster Linie den Frauen, aber eben nicht nur, sondern auch vielen (jüngeren) Männer und anderen Bevölkerungsgruppen zu Gute kommen würde, weil sie eingefahrene Muster aufbricht, mehr Inklusion ermöglicht und Vielfalt stärker fördert und wertschätzt.

Gesetzliche Rahmenbedingungen

Wo also kann angesetzt werden, um den Anteil von Frauen in den kommunalen Spitzenpositionen zu erhöhen? Hierzu hat die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Kommunalpolitik entwickelt. Neben der gezielten Nachwuchsgewinnung, neuen Formen der Karriereförderung und der Führung in neuen Zeitmodellen plädiert die EAF für mehr Netzwerke für Frauen sowie mehr Austausch zwischen Ost und West.

Darüber hinaus benötige Kommunalpolitik gesetzliche Rahmenbedingungen für mehr Frauen in Führungspositionen. Wünschenswert sei zudem eine größere öffentliche Anerkennung. Laut EAF könnte es hier „für die kommunalen Spitzenverbände eine durchaus lohnende Aufgabe sein, zum Beispiel eine Kampagne ‚Beruf Bürgermeisterin‘ bzw. ‚Beruf Bürgermeister‘ zu entwickeln, in der weibliche und männliche Rollenbilder über ihre Erfahrungen sprechen und für ihren ‚Beruf‘ werben.“ **DK**

Leserbrief an die GZ

„Plädoyer für mehr Qualität“

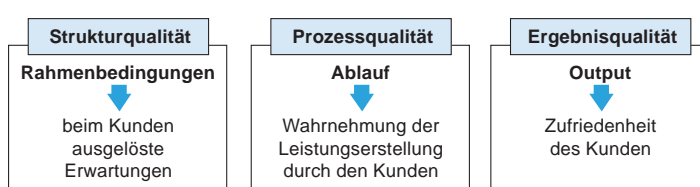
Zu unserem Bericht über die BKG-Jahresversammlung in der Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 1/2 erreichte uns folgender Leserbrief:

... als Herausgeber einer Reihe von Büchern zum Thema Qualitätsmanagement erlaube ich mir, einige Hinweise zum Thema Qualität. Der Begriff Qualität ist derart vielschichtig, dass es bisher noch keine eindeutige Definition dazu gibt. Das Gabler Wirtschaftslexikon definiert Qualität als Übereinstimmung von Leistungen mit Ansprüchen. Auch die internationalen Normen, z. B. ISO 9001 wünden sich um eine umfassende Definition.

Andre Schmutte zeigt dazu im Buch „Praxis Qualitätsmanagement für Arztpraxen“ aus dem Berliner Wissenschafts-Verlag von Claus Nowak (setzen sie dabei für Arztpraxis Klinik ein) noch am Klarsten die Vielschichtigkeit des Begriffes Qualität.

„Und die Leistung einer Arztpraxis beurteilen diese zentralen Kundengruppen nicht nur anhand des medizinischen Behandlungsergebnisses, sondern differenzierter anhand der Qualitätsdimensionen Struktur, Prozess und Ergebnis. Struktur beschreibt die verhältnismäßig dauerhaften Merkmale der Leistungsanbieter, der

Methoden und der Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen, sowie der physischen und organisatorischen Umgebung, in der sie arbeiten. Die Strukturqualität bestimmt damit das Leistungspotenzial einer Praxis, indem sie die Wahrscheinlichkeit eines guten Behandlungsergebnisses erhöht oder vermindert. Der Prozess ist als Folge von Aktivitäten zwischen dem Personal und den Patienten oder anderen beteiligten Einrichtungen aufzufassen. Das Ergebnis schließlich kennzeichnet aus medizinischer Sicht das Gesundheitszustand eines Patienten sowie die subjektive Zufriedenheit der Zielgruppen mit der betrachteten Leistung.



Mit Blick auf diese drei Dimensionen Struktur, Prozess und Ergebnis spielt für den Patienten „... nicht nur die Qualität der technischen Durchführung eine Rolle [...], sondern auch die Qualität der Rollenfunktion [...]. Dienstleister

[...] müssen darauf achten, dass sich ihre Leistung nicht nur durch technische Durchführungsqualität (High-Tech), sondern auch durch mit der Dienstleistung verbundene Empfindungsgehalte (High-Touch) auszeichnet, die im Wesentlichen interaktiv im Kontakt mit dem Kunden geformt werden“ (Kotler/Keller/Bliemel, Marketing-Management: Strategien für wertschaffendes Handeln. München, (2007), S. 555).

Fassen wir bereits hier zusammen dann kommen wir zu dem Ergebnis, dass es im Artikel „Plädoyer für mehr Qualität“ ausschließlich um Ergebnisqualität geht, alle anderen Aspekte der Qualität sowie beispielsweise auch das Qualitätsmanagement

nach ISO 9001:2008/15 werden außer Acht gelassen. Eigentlich aber ist ein gutes Qualitätsmanagement die einzig richtige Voraussetzung für eine gute Ergebnis-Qualität.

Prof. Dr. K. Jamin, München

Bayerns Volksbanken und Raiffeisenbanken:

Warnung vor eingeschränkter Kreditvergabe

Dem deutschen Mittelstand drohen bei einer schärferen Regulierung von Zinsänderungsrisiken womöglich erhebliche Finanzierungsgpässe. Wie aus einer Simulationsrechnung der Technischen Hochschule Nürnberg für den Genossenschaftsverband Bayern (GVB) hervorgeht, würde die Kreditvergabefähigkeit der Banken durch erhöhte Eigenkapitalanforderungen stark eingeschränkt. Die Regulierungs- und Aufsichtsbehörden prüfen derzeit strengere Vorschriften. Nach Einschätzung der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken würde dadurch die ohnehin zurückhaltende Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland weiter verringert.

„Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: Das pauschale Vorhalten von Eigenkapital für Zinsänderungsrisiken geht auf Kosten der Kreditvergabe an die Realwirtschaft“, sagt GVB-Präsident Stephan Götzl. Der Genossenschaftsverband Bayern schätzt die daraus resultierende Verminderung des Kreditvergabepotenzials allein bei den 281 bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken auf bis zu 47,6 Mrd. Euro. Zudem wird mit einer Verschlechterung der Finanzierungskonditionen gerechnet, da die Banken entweder verstärkt kurzfristige oder variabel verzinsten Kredite ausreichen. Götzl: „Am Ende werden die Unternehmen für die fehlgesteuerte Regulierung bezahlen müssen.“

Das Kompetenzzentrum Finanzen der Technischen Hochschule Nürnberg hat nun erstmals untersucht, welche Folgen eine Eigenkapitalhinterlegungspflicht auf die Kernkapital- und Eigenmittelquoten von Banken hätte. Dazu haben die Wissenschaftler Daten von 756 Volksbanken und Raiffeisenban-

ken aufbereitet und drei Szenarien mit unterschiedlich strengen Annahmen durchgerechnet. Das Ergebnis: Die Quoten sinken bei allen Instituten teils deutlich und unterschreiten in mehreren Fällen im drastischsten Szenario die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwerte. Damit würden die zur Verfügung stehenden Mittel für das Kreditgeschäft erheblich verknappt.

Detailergebnisse

Die Detailergebnisse der Simulationsrechnung werden unter www.gv-bayern.de sowie in dem am 2. Februar erscheinenden Ausgab von „Profil - das bayerische Genossenschaftsblatt“ vorgestellt. Das Kompetenzzentrum Finanzen der Technischen Hochschule Nürnberg kommt in dem Beitrag zu einem ähnlichen Fazit wie der GVB: „Eine Eigenkapitalhinterlegungspflicht für Zinsänderungsrisiken bei deutschen Banken hätte insbesondere für die Fremdfinanzierungskosten des deutschen

MünchenerHyp finanziert Square 41 im Frankfurter Bankenviertel

Die Münchener Hypothekbank eG finanziert den Erwerb des Bürogebäudes Square 41 in Frankfurt am Main. Die Finanzierung über 20,7 Mio. Euro erfolgt im Interesse eines von Amundi Real Estate (RE) betreuten offenen Immobilienfonds. Amundi RE ist aus der Fusion der Immobilieninvestmenteinheiten der französischen Unternehmen Crédit Agricole und der Société Générale entstanden.

Das Büroobjekt ist vollständig vermietet und wurde in den vergangenen zwei Jahren umfangreich modernisiert. Es bietet über 7.000 Quadratmeter Bürofläche. Square 41 befindet sich im Zentrum des Frankfurter Bankenviertels in direkter Nachbarschaft der Hochhaustürme mehrerer deutscher Großbanken.

Der von Amundi RE betreute offene Immobilienfonds wurde 2011 eröffnet und richtet sich vor allem an Privatkunden. Das Fondsvermögen hat sich sehr gut entwickelt. Investmentsschwerpunkte sind Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Die MünchenerHyp finanziert mit Square 41 bereits ein zweites Objekt für diesen Fonds.

„Wir freuen uns, dass wir mit dieser Finanzierung die Kundenbeziehungen zu Amundi RE festigen und erneut den Erwerb eines sehr attraktiven Objektes ermöglichen konnten“, erklärt Bernhard Heinlein, Mitglied des Vorstands der MünchenerHyp. □

Mittelstands negative Folgen“, schreibt Matthias Fischer, Professor an der Betriebswirtschaftlichen Fakultät der Hochschule. Denn die Banken müssten die Kosten der verschärften Regulierung an die Kunden weitergeben.

Der Baseler Ausschuss beschäftigt sich seit einiger Zeit im Rahmen der Umsetzung von Basel III mit Zinsänderungsrisiken. Bislang müssen die Institute solche Risiken in Form einer Risikotragfähigkeitsrechnung gegenüber der Bankenaufsicht aufzeigen, aber dafür kein Eigenkapital hinterlegen. Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben mit diesem System insgesamt gute Erfahrungen gemacht. Dennoch prüft der Baseler Ausschuss derzeit, Zinsänderungsrisiken pauschal mit Eigenkapital hinterlegen zu

lassen. Diese Maßnahme würde insbesondere die deutschen Regionalbanken treffen, die sich in den vergangenen Jahren als verlässliche und langfristige Finanzierungspartner des Mittelstands erwiesen haben.

GVB-Präsident Götzl fordert daher, die bisher praktizierte Behandlung der Zinsänderungsrisiken beizubehalten. „Es gibt keinen Grund die Vorschriften zu ändern. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken steuern ihre Zinsänderungsrisiken seit Jahren erfolgreich in Abstimmung mit der Aufsicht aus“, betont Götzl. Zudem warnt er davor, die Realwirtschaft in der derzeit unsicheren konjunkturellen Lage durch Regulierungsmaßnahmen „zusätzlich zu schwächen und Investitionen zu hemmen“. □

GVB-Präsident Götzl:

„Wir brauchen dringend ein besseres Investitionsklima“

Der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Stephan Götzl, fordert angesichts der seit Jahren anhaltenden Zurückhaltung der Unternehmen bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen in Deutschland.

„Wir brauchen dringend ein besseres Investitionsklima. Die Kaufkraft ist gut, der Arbeitsmarkt boomt und trotzdem halten sich die Betriebe mit Ausgaben für neue Maschinen oder Anlagen zurück“, sagt Götzl. Die Politik müsse aktiv werden, um private Investitionen gezielt zu fördern. Götzl: „Wer heute nicht investiert, dem drohen morgen Einbußen bei Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.“

Steuerliche Anreize

Der GVB-Präsident spricht sich für steuerliche Anreize aus, um die Investitionsbereitschaft des Mittelstands zu stimulieren. Konkret tritt er dafür ein, die im Jahr 2008 abgeschaffte degressive Abschreibung wieder einzuführen. Außerdem verlangt Götzl einen dauerhaften Abbau der kalten Progression, die den zahlreichen kleinen Personengesellschaften in Deutschland zu schaffen macht. Die Belastungen des Staatshaushalts durch diese Maßnahmen halten sich nach Einschätzung Götzls mittelfristig in Grenzen: „Errichtet ein Unternehmen eine neue Werkhalle in Deutschland, ergeben sich daraus in Zukunft automatisch höhere Steuereinnahmen.“

Die 281 bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken stehen bereit, um den Mittelstand im Freistaat bei zusätzli-

chen Investitionen zu begleiten, wie Götzl betont. Die Kreditgenossenschaften haben bereits in den vergangenen Jahren ihr an Firmenkunden ausgezeichnetes Kreditvolumen auf rund 39 Mrd. Euro (Stand: 3. Quartal 2014) ausgeweitet. „Wir haben die Mittel und das Knowhow, um die bayerische Wirtschaft mit zusätzlichen Krediten zu versorgen“, betont Götzl. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die Kreditvergabe nicht durch weitere Regulierungsschritte erschwert wird. Dies würde die ohnehin schwache Investitionstätigkeit weiter ausbremsen.

Eklatante Investitionszurückhaltung

Die Investitionszurückhaltung der Privatwirtschaft in Deutschland ist eklatant. Die Investitionsquote sinkt in der Tendenz seit Jahren und liegt unter der von anderen Industrieländern wie Frankreich. Nach letztverfügbaren Angaben von Eurostat beliefen sich die Bruttoanlageinvestitionen 2013 auf 19,8 Prozent des BIP. Nach Abzug der Abschreibungen liegen die Anlageinvestitionen der deutschen Unternehmen damit nur knapp über der Nulllinie. Volkswirte sehen das kritisch, da ein großer und moderner Kapitalstock die Voraussetzung für nachhaltiges reales Wirtschaftswachstum ist. □

GEMEINSAM KRAFT ENTFALEN!

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Gemeinsam kann man seine Ziele besser erreichen als allein. Das ist der Grundgedanke einer jeden Genossenschaft. Wussten Sie eigentlich, dass Volksbanken Raiffeisenbanken auch Genossenschaften sind? Werden Sie Mitglied und profitieren Sie als Teilhaber Ihrer Bank von der Stärke unserer Gemeinschaft. Wir beraten Sie gern.

Volksbanken Raiffeisenbanken

www.bayern.vr.de

Deutscher Sparkassen- und Giroverband:

„Diagnose Mittelstand 2015“

DSGV-Präsident Georg Fahrenscho hat in Berlin die „Diagnose Mittelstand 2015“ vorgestellt. Jährlich widmet sich diese Studie der wirtschaftlichen Situation und Zukunft der 3,7 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland. Für die Publikation werden zum einen die Bilanzkennzahlen der Firmenkunden von Sparkassen ausgewertet. Zum anderen beruht sie auf einer Expertenbefragung, bei der die Firmenkundenberater der Sparkassen Auskunft über die aktuelle Geschäftslage ihrer mittelständischen Firmenkunden geben. Im Fokus der Studie steht in diesem Jahr das Thema Finanzierung im Mittelstand.

Wie Fahrenscho ausführte, stehen heuer vier Aspekte hervor:

1. Wir müssen erkennen, dass sich der Investitionsstau bei den Unternehmen bislang nicht aufgelöst hat. In den Unternehmen herrscht nach wie vor erhebliche Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Dabei sind die Investitionsbedingungen extrem günstig. Wer heute nicht investiert läuft morgen Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten.
2. Der Mittelstand hat Grund, optimistisch zu sein und erkennt das auch zunehmend. Die entsprechenden Klima-Indizes sind zuletzt wieder gestiegen. Der Ölpreisverfall wirkt für die Unternehmen wie ein „Sonderkonjunkturprogramm“, der schwache Euro zumindest für den Außenwirt-

schaftlichen Bereich ebenso. Alles zusammen genommen halten wir 2015 ein Wachstum von bis zu 1,5 Prozent für erreichbar.

3. Der deutsche Mittelstand ist hervorragend kapitalisiert, seine Ertragssituation ist befriedigend. Mit einer Eigenkapitalquote von 22,3 Prozent im Mittel wird ein neuer Rekordwert erreicht. Die Steigerung des Eigenkapitals ist dabei in allen Betriebskategorien erfolgt. Auch Kleinunternehmen mit einer Umsatzgröße unter einer Million Euro verfügen mit 17,2 Prozent über ein solides Eigenkapitalpolster.

Zwei Drittel der Sparkassenexperten halten die Lage bei ihren Firmenkunden für im Wesentlichen unverändert. Immerhin gut 16 Pro-

zent gehen sogar von einer verbesserten Lage der Unternehmen aus. 4. Bei der Finanzierung gibt es keinerlei Engpässe. Jedes sinnvolle Investitionsvorhaben wird von Sparkassen und Landesbanken finanziert, wenn die Voraussetzungen stimmen.

Aktuell gehen rund 73 Prozent aller Firmenkundenberater der Sparkassen davon aus, dass die zentrale Rolle des Kredits für die Fremdfinanzierung mittelständischer Unternehmen auch in Zukunft erhalten bleiben wird. „Der klassische Hausbankkredit ist für die mittelständischen Unternehmen ein bewährtes Finanzierungsinstrument. Eine Öffnung für die Kapitalmärkte geht bei diesen Unternehmen am Bedarf vorbei“, erläuterte Präsident Fahrenscho.

Die EU-Kommission müsse bei der angekündigten sogenannten Kapitalmarktunion darauf achten, funktionierende Finanzierungsstrukturen nicht zu beschädigen. „In weiten Teilen Europas besteht aus unserer Sicht kein Handlungsbedarf bei der Erleichterung der Fremdkapitalversorgung für Unternehmen“, so Fahrenscho. Vielmehr müsse die Maxime gelten: Dort, wo es gute und auf die jeweiligen Verhältnisse abgestimmte Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen gibt, dürften diese nicht von einer Kapitalmarktunion beschädigt werden.

75,1 Prozent der befragten Sparkassen-Experten sind laut der „Diagnose Mittelstand“ der Auffassung, dass die derzeit verhaltene Kreditnachfrage in erster Linie aus einem zu geringen Fremdkapitalbedarf resultiert. Lediglich 6,1 Prozent der befragten Experten sehen eine leichte Ver-

schiebung hin zu Kapitalmarktinstrumenten wie beispielsweise Anleihen.

„Diese Ergebnisse sind besonders vor dem Hintergrund interessant, dass in den Augen mancher EU-Experten die Kreditvergabe an Unternehmen durch Banken und Sparkassen Teil des Problems ist. Tatsächlich ist sie aber Teil der Lösung. Die Sparkassen als regional tätige Institute haben die Kreditvergabe an Unternehmen und Selbstständige stetig ausgeweitet und sich so als verlässlicher Partner des Mittelstands auch in wirtschaftlich sehr schwierigen Zeiten erwiesen“, stellte Fahrenscho fest.

Zwar sei es aus Sicht des DSGV wirtschaftspolitisch sinnvoll, die Rahmenbedingungen für die Finanzierung mittelständischer Unternehmen zu stärken. Allerdings dürften die Pläne der EU-Kommission die Hausbankfinanzierung des Mittelstands in Deutschland nicht gefährden, warnte der DSGV-Präsident.

Fahrenscho fasst: „Der Mittelstand in Deutschland ist für mehr Investitionen und höheres Wachstum gut gerüstet. Die globalen Faktoren, die ein investitionsfreundliches Klima beeinflussen können, werden wichtiger. Sie können wir aber nicht steuern. Umso wichtiger, dass wir unsere Hausaufgaben machen. Bürokratische Hemmnisse für die Unternehmen müssen weiter abgebaut werden. Der ab 2015 ausgeglichene Bundeshaushalt ist eine große Errungenschaft, die nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden sollte. Bei rekordhohen Steuereinnahmen und einer beträchtlichen Entlastung durch niedrige Zinsen für die Staatsschuld sollte dabei auch ausreichend Raum sein, die öffentlichen Investitionen bedarfsgerecht auszuweiten, ohne Bürger und Unternehmen zusätzlich zu belasten.“ DK

Buch-Präsentation:

Josef Wiedemann. Die Wirkung der Dinge

Im Sparkassenverband Bayern wurde das neu erschienene Buch zu dem berühmten Münchener Architekten vorgestellt

„Viele glauben mit der Rekonstruktion des Materiellen die ‚ach so schöne Zeit‘ zurückholen zu können. Geschichte ist kein Rückschritt, sondern ein Vorgang. Die große musikalische Vergangenheit des Odeons kann so wenig kopiert werden wie das Leben selber. Wir können früheres Leben erkennen, aber nicht wiederholen. Niemand steigt zweimal in den gleichen Fluss. Die Flucht in die Kopie ist ein missverständlicher Begriff von Tradition.“

Mit diesen Worten beschrieb Josef Wiedemann seine Position eines „schöpferischen Wiederaufbaus“ nach dem 2. Weltkrieg.

Wiedemann, der durch die Wiederherstellung der Glyptothek wie des Odeons Münchens Stadtbild mitprägte, schuf in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts drei Verwaltungsbauten, die sowohl historische Bezüge aufnahmen als auch Neues hervorbrachten. Eines dieser Bauwerke ist der Karolinenplatz 1, in dem sich heute der Sparkassenverband Bayern befindet, die beiden anderen sind die Generaldirektion der Allianz und ein Erweiterungsbau der Dresdner Bank.

Jedes einzelne für sich betrachtet, insbesondere aber ihre konsistente Folge, stellt den frühen Zenit des später für seine sakralen Bauten bekannten, heute aber etwas in Vergessenheit geratenen Baumeisters dar. In ihnen offenbart sich eine Entwerferhaltung, die geprägt ist von einer großen architektonischen Eloquenz, die ihre Ursprünge wiederum in einer kontinuierlichen Tradition der europäischen Baukultur sucht. Die entsprechenden Bezüge finden sich neben vielen anderen zum

Werk und zur Theorie von Heinrich Tessenow, Rudolf Schwarz und Gunnar Asplund. Die neu erschienene Publikation „Josef Wiedemann. Die Wirkung der Dinge“ ist das Ergebnis einer Forschungsarbeit zum Frühwerk des Architekten Josef Wiedemann, die von Remo Almannai am Lehrstuhl für Entwerfen und Konstruieren von Prof. Florian Nagler an der TU München initiiert und geleitet wurde.

Anlässlich dieser Veröffentlichung fand jetzt eine Buchpräsentation in der Rotunde des Sparkassenverbandes Bayern am Karolinenplatz 1 statt. Es sprachen: Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Prof. Dr.-Ing. Otto Meitinger, Emeritus Lehrstuhl für Entwerfen und Denkmalpflege, ehemaliger Präsident der TU München, Prof. Dr.-Ing. Winfried Nerdinger, Gründungsdirektor des NS-Dokumentationszentrums München, Brigitta Michail, Keramikermeisterin, Tochter von Josef Wiedemann, Prof. Florian Nagler, Lehrstuhl für Entwerfen & Konstruieren, TU München sowie Christof Sattler, Hilmer & Sattler und Albrecht Architekten. □

BayernLB handelt 344 Tonnen Gold und Silber

Neue Angebote für Sparkassen und deren Kunden

München/Nürnberg – Im vergangenen Jahr konnte die BayernLB ihre Kundenbasis im Edelmetallhandel unter herausfordernden Marktbedingungen weiter ausbauen und gute Umsätze erzielen: Die Bank handelte rund 345 Tonnen an physischen Edelmetallen, davon knapp 302 Tonnen Silber, mehr als 42 Tonnen Gold sowie kleinere Mengen Platin und Palladium.

„2014 war im Edelmetallhandel ein Jahr der Konsolidierung. Die BayernLB konnte trotz des intensiven Wettbewerbs ihre Marktstellung als einer der führenden Edelmetallhändler im deutschsprachigen Raum festigen“, sagt Michael Eubel, Leiter der Abteilung Sorten & Edelmetalle bei der BayernLB in Nürnberg. Auch ihre Position als Direktbezieherin der großen internationalen Prägestätten hat die Bank weiter verbessern können. 2014 erreichte die BayernLB ein Listing bei der US Mint und der Royal British Mint jeweils zum Direktbezug von Gold- und Silbermünzen.

Investoren kamen im letzten Quartal 2014 zurück

Der negative Trend bei den Kursen für Gold und Silber setzte sich im Jahr 2014 fort. „Bis zum letzten Quartal mieden die Anleger das glänzende Metall zumeist. Erst mit der erkennbaren Preisstabilisierung im vierten Quartal investierten die Anleger wieder kräftiger“, so Michael Eubel. Der Goldpreis war 2014 im Vergleich zum Vorjahr um weitere 11,8 Prozent auf im Jahresdurchschnitt gut 1.266 USD je Feinunze gesunken, während sich Silber im Vergleich zum Vorjahr um weitere 25 Prozent auf im Jahresdurchschnitt 19,07 USD je Feinunze verbilligte.

Stabiler Goldabsatz

„Weit mehr als 40 Tonnen Gold, die von der BayernLB gehandelt wurden, deuten nach wie vor auf eine große Verunsicherung der Anleger hin, die ihren Portfolios weiterhin Gold beimischen“, so Eubel. Insgesamt blieb der Goldabsatz der BayernLB stabil, wobei Münzen und Barren ungefähr zu gleichen Teilen gehandelt wurden.

Bei den Barren fragten die Kunden insbesondere Exemplare mit einem Gewicht von einer Unze, 50 Gramm und 100 Gramm nach sowie den sogenannten „CombiBar“, der sich nach dem Prinzip einer Schokoladentafel in 50 Ein-Gramm-Barren teilen lässt. Unter den Goldmünzen waren die Verkaufsschlager - wie schon in den Vorjahren - der südafrikanische Krügerand und der Maple Leaf. Bemerkenswert an dieser Stelle: Die BayernLB ist einer der größten Händler für Krügerand weltweit.

Silbermünzen im Jahr eins nach Mehrwertsteuer-Erhöpfung und Differenzbesteuerung weiter gefragt

„Trotz gesunkener Preise und rückläufiger Nachfrage zeigte sich auch der für 2014 totegesagte Silbermünzmarkt überraschend agil. Insbesondere der Maple Leaf aus Kanada wurde stark nachgefragt“, zieht Michael Eubel Bilanz. Seit dem 1. Januar 2014 gilt für im Inland erworbene Silbermünzen der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent, nachdem sie zuvor nur mit dem ermäßigten Satz von 7 Prozent belegt waren. Aus dem Nicht-EU-Ausland importierte Silbermünzen werden seither differenzbesteuert - weiterhin mit 7 Prozent

Einfuhrumsatzsteuer. Der Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent bezieht sich nur auf die Marge (Differenz), so dass sich die Endpreise effektiv nur um rund ein bis zwei Prozent erhöht haben. „Unsere Umsätze jenseits der 300 Tonnen Marke bei Silber zeigen, dass vor einem Jahr die richtige Entscheidung getroffen wurde, Silbermünzen differenzbesteuert anzubieten.“

Weiteres Wachstum geplant, neue Services etabliert

2015 plant die BayernLB im Edelmetallgeschäft weiter zu wachsen. Die Bank will aber nicht nur den Großhandel weiter intensivieren, sondern auch zusätzliche Marktsegmente durch neue Serviceangebote erschließen. „Wir wollen unsere starke Marktposition im Sorten- und Edelmetallgeschäft weiter ausbauen. Mit unserem Kompetenzzentrum in Nürnberg haben wir die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, unseren Kunden, insbesondere auch den Sparkassen, eine deutlich bessere Servicequalität liefern zu können“, erklärt Dr. Edgar Zoller, der als stellvertretender Vorstandsvorsitzender bei der BayernLB das Sparkasengeschäft verantwortet.

Neue Online-Banking-Lösung

Für Sparkassenkunden hat die BayernLB eine neue Online-Banking-Lösung für die Bestellung von Sorten, Edelmetallen und Reiseschecks entwickelt. Die Kunden können so rund um die Uhr Bestellungen im Online-Banking tätigen. Zudem kauft die BayernLB in Kooperation mit den Sparkassen als erste Bank in Deutschland flächendeckend Altgold, wie Schmuck oder Medaillen, von Kunden an. Diesen Service nutzen deutschlandweit bereits mehr als 50 Institute. Zunehmend zeigen sich auch Sparkassen außerhalb Bayerns überzeugt vom Angebot des Marktführers in der Sparkassen-Finanzgruppe.

Wegen der hohen Nachfrage nach physischen Edelmetallen sind in den vergangenen Jahren Tresorflächen knapp geworden. Die BayernLB bietet institutionellen Kunden nun die Möglichkeit, Wertgegenstände einzulagern.

Über den Edelmetallhandel der BayernLB

Die BayernLB hat sich in den vergangenen Jahren als einer der führenden Großhändler von physischen Edelmetallen im deutschsprachigen Raum etabliert. Seit dem Jahr 2000 verzehnfachte die Bank den Umsatz mit Barren und Anlagemünzen aus Gold und Silber auf aktuell mehr als 1,5 Mrd. Euro.

Das Kompetenzzentrum in Nürnberg führt rund 400 Münzen und Barren im Sortiment, die bei den wichtigsten Präge- und Scheideanstalten weltweit direkt geordert werden. Abnehmer sind insbesondere Sparkassen, privatwirtschaftliche Unternehmen und andere Banken. Endkunden beliefert die BayernLB nicht, da sie am Markt als Großhändler auftritt. □

BayernLB und Berenberg:

Strategische Partnerschaft

Expertise und Erfahrung von Berenberg im Investment Banking werden mit der Finanzierungskompetenz und den Kreditmöglichkeiten der BayernLB vereint

Hamburg/München – Die BayernLB und die Privatbank Berenberg arbeiten in Zukunft im Finanzierungsgeschäft und im Investment Banking eng zusammen. Ziel der Partnerschaft ist es, Unternehmenskunden im deutschen Markt gemeinsam ein umfassendes Angebot zur Verfügung zu stellen und damit erste Adresse für Finanzierung und Investment Banking zu werden.

Die BayernLB gehört traditionell zu den großen Finanzierern sowohl des gehobenen deutschen Mittelstandes als auch der im Dax und MDax gelisteten Großunternehmen. Berenberg wiederum hat in den vergangenen Jahren eine hohe Kompetenz im Bereich Equity Capital Markets aufgebaut und sich nach der Zahl der 2014 begleiteten Börsengänge an die Spitze der Berater im deutschsprachigen Raum gesetzt.

Durch die Kooperation im Sinne einer „Exzellenz-Partnerschaft“ können die beiden Banken ihre jeweiligen Stärken weiter ausbauen und vom Marktzugang sowie der Expertise des jeweils anderen profitieren.

Persönliche Betreuung

„Die Kooperation von BayernLB und Berenberg ist richtungweisend im deutschen Bankenmarkt“, so Johannes-Jörg Riegler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB. „Unternehmenskunden bevorzugen heute verstärkt spezialisierte Banken, die ihnen Spitzenqualität, persönliche Betreuung und kurze Entscheidungswege bieten. Gleichzeitig sind Eigenkapitalberatung, M&A, Kapitalerhöhungen und Börsengänge in der heutigen Unternehmenswelt eng miteinander verzahnt. Unsere strategische Partnerschaft zielt genau darauf ab. Wir sind zwei Banken mit sehr fokussierten Geschäftsmodellen, die unabhängig bleiben, sich aber über eine enge Kooperation in ihrem Leistungsangebot für ihre Kunden optimal ergänzen.“

Hans-Walter Peters, Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter von Berenberg betont: „Das ist eine Win-Win-Situation für beide Institute mit einem Ergebnis, das die Banklandschaft in Deutschland im

Bereich Finanzierungen und Investment Banking nachhaltig verändern wird. Kapitalmarktaffinen, mittelständischen und großen Unternehmen in Deutschland bietet sich durch diese wegweisende Kooperation eine hervorragende Alternative zu den amerikanischen und den wenigen verbliebenen deutschen und europäischen Großbanken. Es entsteht ein Modell für das großvolumige Geschäft, das unabhängige Transaktionsbegleitung im Investment Banking mit der Finanzierungskompetenz und den Kreditmöglichkeiten einer der führenden Geschäftsbanken Deutschlands vereint.“

Unternehmen benötigen für große Eigenkapitaltransaktionen neben einem erfahrenen, platzierungsstarken und leistungsfähigen Berater auch einen Bankpartner, der ihnen mit Fremdkapital zur Seite steht.

Erfahrene Spezialisten

Während Berenberg im Bereich Equity Capital Markets bei der Anzahl der Transaktionen in der D-A-CH-Region (Deutschland, Österreich, Schweiz) führend ist, baut die BayernLB als Bank für die deutsche Wirtschaft ihr Geschäftsmodell im Finanzierungsbereich insbesondere für den gehobenen Mittelstand und internationale Großunternehmen weiter aus. „Mit der BayernLB und Berenberg arbeiten zwei erfahrene Spezialisten mit dem besten aus beiden Produktangeboten zusammen“, erläutern Riegler und Peters. „Wir sind davon überzeugt, dass wir unseren Kunden damit einen echten Mehrwert bieten.“

Die Kooperation erfolgt in Form einer fest vereinbarten, langfristigen angelegten strategischen Partnerschaft durch die Bildung eines Kompetenzteams. Eine Kapitalverflechtung erfolgt nicht. □

Von der „Sozialbilanz“ vielseitig gestärkt

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen fördert ehrenamtlichen Einsatz

Dillingen (jdt). Die Präsentation der sehr vielseitig wirksamen Sozialbilanz der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen gehört zu den Höhepunkten im reich bestückten Jahreskalender des Geldinstitutes. Vor zahlreichen Ehrengästen stellte Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer zum Abschluss des „überaus erfolgreichen Geschäftsjahres“ die auch in Fachkreisen stark beachtete Förderung beispielgebenden ehrenamtlichen Engagements vor.

Berücksichtigt wurden zum in- zwischen sechsten Mal fünf Bereiche mit hervorragender Mutmacher-Funktion. Unterstützt wurden vielfältige Aktivitäten in den Bereichen „kirchlich, sozial und gemeinnützig“, „Jugend Wissen und Lernen“, „Kunst und Kultur“, „Jugend und Sport“ und verschiedene Projekte. Der Vorsitzende des Ver-

waltungsrates der Sparkasse, Landrat Leo Schrell, dankte Direktor Schwarzbauer und den rund 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihren Einsatz „über den Tellerrand des Finanzgeschäftes hinaus“.

Thomas Schwarzbauer betonte in seinem Grußwort den besonderen Rang uneigennütziger Tätig-

keit ehrenamtlichen Wirkens für das Gemeinwohl und Lebensqualität gerade für viele Bedürftige in der Wohlstandsgesellschaft, Mitbürger mit zu geringen Renten nach einem arbeitsreichen Berufsleben oder ohne familiäre Geborgenheit. Notwendig sei für jedermann Hilfen anzubieten, wo es möglich sei für mehr Menschlichkeit im Umgang nach dem Motto „Ein volles Konto – aber ein leeres Herz“. Die Sozialbilanz solle dazu beitragen, nachdenklich zu machen und das Wertebewusstsein anzustoßen.

Motivator Schrell

Für die Übernahme der Schirmherrschaft für die Sozialbilanz dankte Schwarzbauer dem Vorstandsvorsitzenden Landrat Schrell: „Nicht selten sind Sie für viele die Adresse, wenn es um Hilfe und Unterstützung geht. Oftmals sind sie der Initiator und Motivator für vielfältige Aktivitäten, die unsere Erfolge im Landkreis begründen und unser Gemeinwohl fördern.“

Schwarzbauer: Für Kunden erfolgreich

Landrat Schrell hob die von der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen zielbewusst und sehr erfolgreich gepflegte Förderung von Heimat und Stärkung der Wirtschaft hervor, mit dem Leitwort „Mehr als eine erfolgreiche Bank“.

Vorstandsvorsitzender Schwarzbauer stellte heraus, dass die Sozialbilanz mit ihren positiven Wirkungen ermöglicht werde durch die Erfolge unter dem Motto „Wir machen unsere Kunden erfolg-

Fokus auf Effizienz lenken:

Wachstum darf nicht gefährdet werden

SVB-Präsident Netzer begrüßt Überprüfung bestehender Finanzmarkt-Regulativen

Die Bundesregierung will im Frühjahr 2015 einen Statusbericht zur Regulierung des Bankensektors vorlegen. Er soll, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die kumulativen Auswirkungen aller einzelnen, bisher umgesetzten Finanzmarkt-Regulierungen auf die Bankenlandschaft und die deutsche Wirtschaft beleuchten.

Ausgelöst durch die Finanzmarkt- und die Finanzmärkte im Vordergrund stand, muss jetzt das Augenmerk auf die Effizienz der Maßnahmen gelegt werden. Inkonsistente und damit ineffiziente Finanzmarktregeln gefährden das Wachstum unserer Wirtschaft. Neben aller Regulierung zugunsten der Stabilität müssen die Rahmenbedingungen für ein angemessenes Wachstum der Wirtschaft in Deutschland und Bayern erhalten bleiben“, betont Präsident Netzer.

Instrumente besser verzahnen

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, begrüßt das Vorhaben. Innerhalb der Regulierungslandschaft müssten die verschiedenen im Einsatz befindlichen Instrumente noch um einiges besser verzahnt und miteinander abgestimmt werden. Die Qualität der Regelungen muss wieder vor Quantität und Geschwindigkeit stehen. „Nachdem bisher die Stabilisierung

reich“. Dokumentiert werde dies durch nüchterne Zahlen: die Geldvermögensbildung mit 1,31 Milliarden Euro, 904 Millionen Euro im Kundenkreditgeschäft insgesamt und im Geschäftsvolumen Kundengeschäft mit 2,214 Milliarden Euro (Geschäftsvolumen gesamt 2,792 Milliarden Euro). Ermöglicht worden seien über 255.000 Euro in der Sozialbilanz. Diese verteilen sich auf 56.500 Euro „Kirchlich, sozial gemeinnützig, 78.500 Jugend, Wissen und Lernen, 60.500 Kunst und Kultur, 47.500 Jugend und Sport und 12.000 verschiedene Projekte.“

Großes Interesse fanden die von Vorstandsvorsitzendem Schwarzbauer, Vorstand Josef Holzmann und von der Marketingleiterin Christine Schmid vorgestellten Einzelheiten der Sozialbilanz mit flächendeckenden Spendenempfangem im ganzen Landkreis.

„Regens Wagner“ gefeiert

Einbezogen in die Sozialbilanz waren unter anderem Caritas, Arbeitskreis Schule – Wirtschaft, Kreisjugendring, Schulen, Jugendkunstwettbewerb, Hochwasserschutz, Donautal-Aktiv, Bauernverband, die Seniorengemeinschaft Wertigen, der Historische Verein Dillingen und Kunstausstellungen.

Sonderbeifall gab es für „Regens Wagner“ und deren „Weihnachtskarten-Aktion“. In deren 14 Einrichtungen in ganz Bayern werden von Behinderten seit Jahren sehr sehenswerte „Grüße an das Christkind“ produziert. Ein spezielles Dankeschön galt den Dillinger Franziskanerinnen Sr. Michaela Speckner und Antonia Stegmüller, Monsignore Rainer Remmele und Gerhard Reile. Bei „Regens Wagner“ ist man begeistert über diese hervorragende Idee von Direktor Schwarzbauer, von dem die originelle Weihnachtskarten-Erfindung für Behinderte stammt. Schwester Antonia sagt: „Der Direktor Schwarzbauer hat ein gutes Herz für uns.“ □



Gemeinsam begeistert von der Sozialbilanz der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen (von links): Vorstand Josef Holzmann, Schwester Antonia Stegmüller, Marketingleiterin Christina Schmid, Landrat Leo Schrell und Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer. Bild: jdt



Frank Habermaier, Vorsitzender des Vereins Feuerwehrerebniswelt Bayern e. V., freut sich über die Stiftungsurkunde, die ihm von Cornelia Kollmer, Kuratoriumsvorsitzende der HAUS DER STIFTER - Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg und Vorstandsmitglied der Stadtparkasse Augsburg, überreicht wurde. □

Stiftung „Feuer & Flamme“ geht an den Start

Die Feuerwehrerebniswelt Bayern erhält weitere Unterstützung

Der Verein Feuerwehrerebniswelt Bayern e. V., der in Augsburg ein in Deutschland einmaliges Projekt verwirklichen möchte, hat einen weiteren Baustein hinzugefügt, um die „Feuerwehrerebniswelt Bayern“ als dauerhafte Einrichtung zu etablieren.

Zur weiteren Unterstützung dieses Projektes und zur Förderung der allgemeinen Aufklärung und Prävention im Bereich Brandschutz in Haushalt, Beruf oder Umwelt wurde im November 2014 die Stiftung „Feuer und Flamme“ in der „HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg“ gegründet.

Damit haben potentielle Unterstützer nun auch die Möglichkeit, neben einer Mitgliedschaft oder einer Spende, die Feuerwehrerebniswelt und Projekte, durch die das richtige Verhalten im Brand- und/oder Katastrophenfall, der Umgang mit Brandschutzeinrichtungen, Löschgeräten und Löschmitteln sowie Erste Hilfe praktisch und theoretisch vermittelt werden, langfristig durch eine Zustiftung zu fördern.

Die Stiftung „Feuer und Flam-

me“ wurde zur dauerhaften Unterstützung eingerichtet und wird aus den Stiftungserlösen die Arbeit im Bereich des Feuer-, Arbeits-, Katastrophen- und Zivilschutzes sowie der Unfallverhütung beständig durch jährliche Zuwendungen fördern und finanzielle Spielräume öffnen.

Zustiftungen möglich

Neben einer direkten Zuwendung an die Stiftung „Feuer und Flamme“ ist es im „HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg“ auch möglich, eine Stiftung im eigenen Namen zur Förderung der Stiftungsziele über den Verein Feuerwehrerebniswelt e. V. einzurichten. Zustiftungen können zu jeder Zeit und ab einem Betrag in Höhe von 500,00 Euro erfolgen. Auch Nachlassstiftungen sind möglich. □

Schuldscheindarlehen an Kommune in NRW

Die Bayerische Versorgungskammer vergibt ein Schuldscheindarlehen in zweistelliger Millionenhöhe an eine Kommune in Nordrhein-Westfalen (NRW).

Wieder hat sich eine große Stadt in NRW dazu entschieden, zinsgünstig und vor allem planungssicher, Darlehen mit kurzer Laufzeit in Schuldscheindarlehen mit langer Laufzeit umzuschulden. Die traditionelle Finanzierung über eher kürzer laufende Bankkredite wird damit perfekt ergänzt.

Der Finanzierungsbedarf der Kommunen ergänzt sich in idealer Weise mit der Suche in- stitutioneller Investoren, wie

der Bayerischen Versorgungskammer, nach Schuldnerdiversifikation. Die Bayerische Versorgungskammer hat in den letzten Jahren bereits mehrere große Kommunalfinanzierungen durchgeführt.

Die bilaterale Transaktion wurde von der SEB AG geführt. Die SEB ist in Deutschland, neben dem Geschäft mit Firmen- und institutionellen Kunden sowie Asset Management, ein führender Kommunalfinanzierer. □

Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe:

Warnung vor Wechselkursorientierung in der EZB-Geldpolitik

Die von der EZB forcierte Abwertung des Euro kann kurzfristig zur Belebung von Inflation und Nachfrage beitragen, die fundamentalen Probleme des Euroraums werden damit aber nicht gelöst. Dies ist die Kernaussage einer Analyse, der Chefvolkswirte der Landesbanken und des DSGV. Zudem warnen die Chefvolkswirte auch vor einer zunehmenden Wechselkursorientierung in der Geldpolitik, da diese einen ruinösen Abwertungswettlauf mit allen damit verbundenen Gefahren für die weltweite Finanzstabilität in Gang setzen könnte.

„Wenn mit der EZB jetzt mehr und mehr Zentralbanken weltweit offen oder verdeckt eine Abwertung ihrer Währung anstreben, kann sich dies zu einem ungunstigen Wettlauf verstärken“, so Dr. Michael Wolgast, Chefvolkswirt des DSGV. Erforderlich sei vielmehr der Verzicht auf einseitige Wechselkursziele, eine internationale Koordinierung der Geldpolitik und eine Beschränkung der globalen Geldschöpfung.

Überschätzte Vorteile

Überdies würden die Vorteile einer Abwertung des Euro auf die Wirtschaft im Euroraum überschätzt. „Eine Abwertung des Euro hilft zwar dem Export. Davon profitiert aber vor allem z. B. Deutschland, für die Länder in der Peripherie ergibt sich kaum ein Effekt“, so der Chefvolkswirt der Bayerischen Landesbank, Dr. Jürgen Michels,

der die Studie federführend betreut hatte. Überdies überwiegen auch sonst die negativen Nebeneffekte einer Abwertung, vor allem wegen einer drohenden Verschiebung dringender notwendiger Strukturformen, gegenüber den kurzfristigen Vorteilen.

Reformen fortsetzen

Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe fordern daher eine Fortsetzung der Strukturformen und eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen im Euroraum. Unterzeichner der Studie sind neben Wolgast und Michels, Uwe Burkert, Landesbank Baden-Württemberg, Uwe Dürkop, Berliner Sparkasse, Folker Hellmeyer, Bremer Landesbank, Dr. Ulrich Kater, Deka-Bank, Dr. Cyrus de la Rubia, HSH Nordbank, Dr. Gertrud Traud, Helaba und Dr. Torsten Windels, Nord LB. □

BayernLB überweist 700 Mio. Euro an den Freistaat Bayern

Bank setzt EU-Verpflichtungen verlässlich um. Bereits knapp 3,1 Mrd. Euro an Freistaat bezahlt. Eigenkapitalausstattung der Bank bleibt weiter solide.

München - Die BayernLB überweist weitere 700 Mio. Euro an den Freistaat Bayern und erfüllt somit auch im Jahr 2014 verlässlich den Rückzahlungsplan der EU. Insgesamt hat die Bank damit seit 2009 Zahlungen in Höhe von knapp 3,1 Mrd. Euro geleistet, wovon rund 2,7 Mrd. Euro auf die Beihilferückzahlungsverpflichtungen anrechenbar sind.

„Wir haben in diesem Jahr in unserem Kundengeschäft gezeigt, dass wir operativ auf einem sehr guten Weg sind“, so Johannes-Jörg Riegler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB. „Gleichzeitig konnten wir mit dem Verkauf der MKB sowie des ABS-Portfolios zwei wesentliche Altlasten beseitigen und haben den Stresstest der EZB erfolgreich bestanden. Es freut uns ganz besonders, dass wir nach der erst kürzlich und vorzeitig erfolgten Milliardenzahlung das Jahr nun mit der Rückzahlung eines weiteren hohen Betrages an den Freistaat Bayern abschließen können.“

Die Rückzahlung wurde von der EU-Kommission beauftragt und unterlag der Zustimmung der Bankenaufsicht.

Zum Stichtag 30.09.2014 lag die CET-1-Kapitalquote der BayernLB bei 14,0 Prozent. Die Eigenkapitalausstattung der Bank bleibt auch nach der erneuten Zahlung sehr solide. □

Haushaltsabschluss 2014:

Keine Aufnahme neuer Schulden

Das Bundesfinanzministerium hat am 13. Januar 2015 in Berlin den vorläufigen Abschluss des Bundeshaushalts 2014 vorgelegt. Im Haushaltsplan 2014 war eine Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro vorgesehen. Gegenüber dem Haushaltsplan ergeben sich höhere Steuereinnahmen von 2,6 Milliarden Euro, höhere Verwaltungseinnahmen von 2,9 Milliarden Euro und Minderausgaben von 1,0 Milliarden Euro. Damit hat der Bund im Haushalt 2014 keine neuen Schulden aufgenommen.

Der strukturelle Überschuss des Bundes lag auf Basis der vorläufigen Daten für 2014 bei 0,28 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Vorgaben der Schuldenbremse wurden dabei erneut mit deutlichem Abstand eingehalten.

Niedrigere Zinsausgaben

Die Ausgaben des Bundeshaushalts im Jahr 2014 betragen 295,5 Milliarden Euro und damit 1,0 Milliarden Euro weniger als veranschlagt. Sie erreichen damit den niedrigsten Stand seit 2009. Dies lag unter anderem an erheblichen Minderausgaben bei den Zinsausgaben. Für den Europäischen Stabilitätsmechanismus wurden planmäßig 4,3 Milliarden Euro bereitgestellt.

Schuldenatlas Deutschland:

Glückliches Bayern

Erfreuliche Zahlen gibt es aus bayerischen Landkreisen zu vermelden, was die Zahl der verschuldeten Privatpersonen in ganz Deutschland anbelangt. Im aktuellen Ranking der niedrigsten Schuldnerquoten (Quelle: Schuldneratlas, Herausgeber: Creditreform Boniversum GmbH) liegen auf den ersten zehn Plätzen ausnahmslos bayerische Landkreise.

Eichstätt (3,67 Prozent), Erlangen-Höchstadt (4,76 Prozent) und Schweinfurt (4,92 Prozent) führen das positive Ranking unter allen Kreisen und kreisfreien Städten an. Es folgen die Landkreise Neuburg-Schrobenhausen, Donau-Ries, Straubing-Bogen, Würzburg, Aichach-Friedberg, Neu-Markt i. d. OPf. sowie Landsberg am Lech, das mit einer Quote von 5,33 Prozent immer noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 9,9 Prozent liegt. Diese Kennzahl bezeichnet das Verhältnis überschuldeter Personen zu allen Personen ab 18 Jahren.

In 14 Bundesländern haben die Überschuldungsfälle zugelegt - nur zwei Bundesländer hielten die Zahl der überschuldeten Verbraucher konstant. Bayern (7,00 Prozent), Baden-Württemberg (8,02 Prozent) sowie Thüringen (9,07 Prozent) und Sachsen (9,31 Prozent) bleiben unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 9,90 Prozent. Insgesamt leben in Deutschland 6,7 Millionen Bürger über 18 Jahre, die überschuldet sind und nachhaltige Zahlungsstörungen aufweisen.

Die Fälle mit hoher Überschuldungsintensität - eine Vielzahl miteinander verknüpfter Negativmerkmale, meist mit juristischen Sachverhalten - haben für einen Zugang von 105.000 Fällen (plus 2,8 Prozent) insgesamt gesorgt. Die geringere Überschuldungsintensität - bei der es sich meist um nachhaltige Zahlungsstörungen handelt - hat um 16.000 Fälle abgenommen.

Während Männer sich mit einer Schuldenhöhe von durchschnittlich 36.500 Euro konfrontiert sehen, sind es bei Frauen 28.100 Euro. Insgesamt hat sich die durchschnittliche Schuldenhöhe der überschuldeten Bürger von 36.900 Euro (2006) auf 32.600 Euro (2014) verringert. Aktuell beträgt die Gesamtschuldenhöhe aller betroffenen Personen rund 217,8 Mrd. Euro.

Die Zahl junger Überschuldeter (bis 29 Jahre) ist 2014 um 45.000 Fälle auf rund 1,75 Millionen Schuldner zurückgegangen (minus 2,5 Prozent). Allerdings zeigt

die Steuereinnahmen des Bundes beliefen sich auf 270,8 Milliarden Euro und lagen damit um 2,6 Milliarden Euro über dem Sollwert. Auch die Prognose des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ aus November 2014 wurde um 1,8 Milliarden Euro überschritten. Insbesondere niedrigere EU-Eigenmittelabführungen und die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer haben zu den Mehreinnahmen beigetragen.

Verwaltungseinnahmen

Bei den Verwaltungseinnahmen wurde der vorgesehene Planwert um 2,9 Milliarden Euro überschritten. Grund sind insbesondere Mehreinnahmen bei den zweckgebundenen EU-Einnahmen. Zudem

musste die Vorsorge für die beim Bundesfinanzhof anhängigen Verfahren zur Erhebung der Kernbrennstoffsteuer nicht in Anspruch genommen werden.

Die Sondervermögen des Bundes entwickelten sich 2014 wie folgt: Das zur Beseitigung von Hochwasserschäden errichtete Sondervermögen „Aufbauhilfe“ wurde im Sommer 2013 mit Mitteln in Höhe von 8 Milliarden Euro ausgestattet. Aus dem Sondervermögen wurden bis zum 31. Dezember 2014 rund 1,4 Milliarden Euro verausgabt, davon rund 0,8 Milliarden Euro im Jahr 2014. Die Mittelbewilligungen an die Antragsteller lassen jedoch einen deutlich höheren Bedarf erkennen.

Energie- und Klimafonds

Der Energie- und Klimafonds (EKF) hat im Jahr 2014 Einnahmen in Höhe von rund 1,3 Milliarden Euro (inkl. Rücklage) verbucht, davon rund 0,7 Milliarden Euro aus Erlösen aus der Versteigerung von CO₂-Emissionszertifikaten und 0,5 Milliarden Euro aus der Zuweisung aus dem Bundeshaushalt. Dem standen Pro-

grammausgaben in entsprechender Höhe gegenüber. Im Jahr 2014 wurden der Rücklage keine Beträge zugeführt.

Zum 31. Dezember 2014 stehen beim Finanzmarktstabilisierungsfonds FMS (SoFFin) keine Liquiditätsgarantien für Unternehmen des Finanzsektors sowie Rekapitalisierungsmaßnahmen für vier Unternehmen in Höhe von 16,8 Milliarden Euro aus. Unter Berücksichtigung aller laufenden bzw. ausgelaufenen Transaktionen wurde die Kreditermächtigung des SoFFin per Ende September 2014 in Höhe von 25,2 Milliarden Euro genutzt.

Kinderbetreuungsusbau

Der Bund hat mit dem Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in den letzten Jahren für den investiven Ausbau der Kindertagesbetreuung im Sondervermögen Kinderbetreuungsusbau insgesamt rund 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Von den im Jahr 2014 zur Verfügung stehenden Mitteln von rund 560 Millionen Euro wurden rund 360 Millionen Euro verausgabt. Die verbleibenden Mittel werden in das Folgejahr übertragen. Im Jahr 2014 stellte der Bund im Rahmen der jährlichen zusätzlichen Mittel für Betriebskosten einen Betrag von 807,5 Millionen Euro zur Verfügung. □

LfA Förderbank Bayern:

Hans Peter Götter verstärkt Vorstand

Hans Peter Götter wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2015 neu in den Vorstand der LfA Förderbank Bayern berufen. „Herzlichen Glückwunsch! Für Ihre neue Aufgabe wünsche ich Ihnen viel Glück und Erfolg“, stellte Finanzstaatssekretär Johannes Hintersberger bei der Aushändigung der Bestellungsurkunde in München fest. Mit dieser personellen Weichenstellung ist der Vorstand der LfA Förderbank Bayern unter der Leitung des Vorsitzenden Dr. Otto Beierl für die Zukunft bestens gerüstet.

Der neue Vorstand Götter, Jahrgang 1960, war nach dem Studium der Rechtswissenschaften 1989 beim Wirtschaftsministerium in den Staatsdienst eingetreten. In seiner Laufbahn war er unter anderem als Aufbauhelfer im Wirtschaftsministerium des Freistaats Sachsen tätig. Zeitweise war er ferner für eine hauptberufliche Tätigkeit bei der Bayernwerk AG beurlaubt. Nach unterschiedlichen Referatsleitungen im Wirtschaftsministerium seit 1997 und der Leitung des Referats Wirtschafts- und Verkehrspolitik in der Bayerischen Staatskanzlei von 2006 bis 2008 war er von 2008 bis 2013 Leiter der Abteilung „Verkehr“ im Wirtschaftsministerium. Seit 1. Juli 2013 ist er Generalbevollmächtigter der LfA Förderbank Bayern. □

Kredite in der Schweiz:

Kommunen verspekulieren sich!

„Die unerwartete Aufwertung des Schweizer Franken trifft einige deutsche Kommunen, vor allem in Nordrhein-Westfalen tief ins Mark“, so der CSU-Finanzexperte Markus Ferber, MdEP. Weil einige deutsche Kommunen Kredite in der Schweizer Landeswährung aufgenommen hatten und nicht in Euro, bedeutet die Freigabe des Schweizer Franken eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung.

Diese Städte und ihre Kämmerer haben auf die niedrigen Zinskosten spekuliert und sich auf einen stabilen Wechselkurs verlassen. „Dieser Schuss ist jetzt nach hinten losgegangen“, so Ferber, der auch stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung ist.

Um genau diese Szenarien in Zukunft zu vermeiden, hat Markus Ferber bei den Verhandlungen über die Revision der Finanzmarkttrichtlinie (MiFID II) ein Spekulationsverbot für Kommunen und lokale Behörden gefordert. Aber die Mitgliedsstaaten hatten diese strenge Linie Ferbers in den Verhandlungen nicht unterstützt.

Der Europaabgeordnete wollte, dass es Kommunen künftig nicht mehr möglich sein sollte, mit den Geldern der Steuerzahler Misswirtschaft zu betreiben und zu spekulieren. „Sie sollen sich auf ihre Hauptaufgaben und den Bürger-

service vor Ort konzentrieren. Denn, dass spekulative Handelssaktivitäten von Kommunen deutlich schief gehen können, hat die Vergangenheit leider schon zu oft gezeigt“, so Ferber. Kommunen haben sich auf teils sehr spekulative Geschäfte eingelassen, um die Schuldenlast zu drücken, wie der Fall der Stadt Landsberg am Lech zeigt.

Konzentration auf Kernaufgaben

Der CSU-Politiker fordert jetzt alle Kommunen auf, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. „Kommunen sind keine professionellen Anleger, deswegen sollten sie auch keine hochspekulativen Geschäfte mit Steuerzahlergeld betreiben. Der aktuelle Fall sollte alle Kommunen dazu anhalten, ihre Aktivitäten genau zu prüfen und gegebenenfalls zu beenden.“ □

LfA fördert 5.000 Handwerker mit über einer Milliarde Euro

Mittel fließen in neue Maschinen, Erweiterungen und Energieeffizienz

Die LfA Förderbank Bayern hat in den vergangenen drei Jahren 5.000 Handwerksbetriebe gefördert. Die Firmen erhielten 1,025 Mrd. Euro an zinsgünstigen Krediten. Damit wollen die Handwerker Investitionen in Höhe von 1,7 Mrd. Euro verwirklichen – zumeist in den Bereichen Wachstum, Modernisierung und Energieeinsparung. Das gaben der neue Präsident des Bayerischen Handwerks Georg Schlagbauer und LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl bei einem Treffen bekannt.

„Die hohe Fördernachfrage zeigt: Handwerker brauchen eine einfache, günstige und verlässliche Finanzierung. Deshalb begrüßen wir die neue Initiative von Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zur Modernisierung des für unsere Handwerker sehr wichtigen Mittelstandskreditprogramms. Gerade die Verlängerung der Gründungsförderung auf fünf Jahre, die Erweiterung der Finanzierungsbereiche und die Bereitstellung langer Kreditlaufzeiten bei Firmennachfolgen helfen den Betrieben ganz enorm“, sagte Handwerkspräsident Schlagbauer.

„Mit den geförderten Investitionen konnten die Betriebe über 90.000 Arbeitsplätze sichern und rund 3.500 neue Jobs schaffen. Damit helfen Förderkredite dem Handwerk auch, die dringend

benötigten Fachkräfte zu halten und neue zu gewinnen. Immer stärker gefragt werden unsere Fördermittel für mehr Energieeffizienz, gerade in energieintensiven Bereichen wie dem Lebensmittelhandwerk“, erklärte Bankchef Beierl.

Die LfA ist die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch kommunale Infrastrukturvorhaben.

Informationen zu den Finanzierungsmöglichkeiten bietet die LfA-Förderberatung: Tel.: 0800 / 21 24 24 0 (kostenfrei), www.lfa.de □

400 Millionen Euro für den Staatshaushalt

Spielteilnehmer gewinnen bei LOTTO Bayern 540 Millionen Euro

Die Staatliche Lotterieverwaltung schüttete 2014 wieder mehr als eine halbe Milliarde Euro an die Spielteilnehmer aus. „An die Staatskasse flossen rund 400 Millionen Euro an Lotteriesteuer und Gewinnabführung von LOTTO Bayern. Damit wurden vielfältige soziale und kulturelle Leistungen für die Bürger überhaupt erst möglich“, stellte Finanzminister Dr. Markus Söder anlässlich der Lotto-Bilanz 2014 fest. 12 neue Lotto-Millionäre gab es 2014 in Bayern. Insgesamt wurden rund 540 Millionen Euro an die Spielteilnehmer ausgeschüttet.

Bei LOTTO 6aus49 haben Spielaufräge aus bayerischen Annahmestellen viermal die höchste Gewinnklasse (sechs Richtige plus Superzahl) getroffen, 30 mal erzielten bayerische Spielteilnehmer „sechs Richtige“. Den höchsten Einzelgewinn bei LOTTO - knapp 9,47 Millionen Euro - erzielte ein Spielteilnehmer aus der Oberpfalz.

Über 7,8 Millionen Euro gingen bei LOTTO an einen Spielteilnehmer aus Niederbayern, über sechs Millionen Euro an einen unterfränkischen Spielteilnehmer und über 2,8 Millionen an einen Spielteilnehmer aus Mittelfranken. Für „sechs Richtige“ ohne Superzahl wurden knapp 2,8 Millionen Euro und über 2,3 Millionen Euro nach

Oberbayern überwiesen.

Im Spiel 77 entfiel die höchste Gewinnklasse im Jahr 2014 viermal auf Bayern. Fast 7,6 Millionen Euro gewann ein Spielteilnehmer aus Niederbayern, knapp 1,9 Millionen Euro ein Spielteilnehmer aus Oberbayern. Jeweils knapp 1,2 Millionen Euro gab es für zwei Spielscheine, die in Schwaben und Oberbayern abgegeben wurden.

Bei der Lotterie GlücksSpirale gab es 2014 in der höchsten Gewinnklasse 7 je einen Treffer in Schwaben und Mittelfranken. Diese bedeutet eine monatliche lebenslange Sofortrente von mindestens 7.500 Euro bzw. bei Barablösung einen Einmalbetrag von 2,1 Millionen Euro bedeutet. □

Bayerns Volksbanken und Raiffeisenbanken:

Verlässliche Kreditpartner der Landwirtschaft

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken bleiben weiterhin mit großem Abstand der bedeutendste Finanzierungspartner der Landwirtschaft im Freistaat. Die Kreditgenossenschaften erhöhten ihren Marktanteil im Kreditgeschäft nach den ersten neun Monaten des laufenden Jahres leicht um 0,6 Prozentpunkte auf 64,0 Prozent, wie aus aktuellen Zahlen der Deutschen Bundesbank hervorgeht. Damit setzten die Volksbanken und Raiffeisenbanken das kontrollierte Kreditwachstum der vergangenen Jahre im Agrarsektor fort.

„Bayerns Bauern können sich auf uns verlassen. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken stehen der Landwirtschaft im Freistaat auch weiterhin als zuverlässiger Kreditgeber zur Seite“, kommentiert Stephan Götzl die Bundesbank-Statistik.

Vertrauensbasis

Der GVB-Präsident betont, dass dies auch für die momentan „herausfordernden Zeiten“ gilt. Er weist dabei auf die Ukraine-Krise und den damit verbundenen russischen Importstopp von einigen

Agrarerzeugnissen, der teilweise auch die bayerische Landwirtschaft betrifft.

Götzl weiter: „Die Kreditgenossenschaften setzen auf langfristige Kundenbeziehungen. Wir kalkulieren ein, dass es Wirtschaftszyklen mit Höhen und Tiefen gibt. Dafür vertrauen uns die Kunden.“

Insgesamt hatten die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken zum Ende des dritten Quartals 2014 Kredite in Höhe von 5,5 Mrd. Euro an die Landwirtschaft ausgegeben. In den vergangenen Jahren war dieser Betrag beständig gewachsen. □

Effizient durch weniger Bargeld:

Kommunen wollen sich besser aufstellen

Umfrage zum elektronischen Bezahlen in der Verwaltung

Im Zuge der Umsetzung des E-Government-Gesetzes soll auch das Bezahlen in der Verwaltung schrittweise auf elektronische Verfahren umgestellt werden. Das soll Ressourcen sparen und die Effizienz bei Verwaltungsvorgängen steigern. Viele Kommunen sind bereits gut aufgestellt und bieten bargeldlose Bezahlsysteme in der Verwaltung an. Und auch in Zukunft wird Bargeld mehr und mehr aus der Verwaltung und Einrichtungen verdrängt – so prophezeien es die Teilnehmer einer Umfrage im Auftrag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes e.V. und der Initiative GeldKarte e.V., die im Oktober und November 2014 unter 71 kommunal Verantwortlichen durchgeführt wurde.

Rund zwei Drittel der befragten kommunalen Verantwortlichen geben an, dass bargeldloses Bezahlen in ihrer Kommune bereits umgesetzt wird. Ungefähr zwei Drittel der Dienstleistungen in Bürgerämtern können darüber hinaus bereits online genutzt werden. Eine Online-Bezahlung dieser Dienstleistungen ist bislang aber nur in wenigen Fällen (13 Prozent) möglich.

Nach der Barzahlung ist bereits heute die Zahlung per girocard die zweitgängigste Methode in Bürgerämtern. Geht es um die bevorzugte Bezahlmethode des Kassenspersonals und der Bürger, steht jedoch nicht die Barzahlung an er-

ster Stelle, sondern in beiden Fällen mit deutlichem Abstand die girocard-Zahlung.

Jenseits der Bürgerämter

So denken 38 Prozent der Befragten, dass ihr Kassenspersonal Zahlungen per girocard bevorzugen würde und sogar 49 Prozent gehen davon aus, dass Bürger am ehesten per girocard zahlen, wenn alle abgefragten Bezahlmöglichkeiten – Bargeld, girocard, Überweisung, Lastschriftzug, Kreditkarte und GeldKarte – zur Auswahl stünden. Sinnvoll erscheint es den Befragten außerdem, bargeldloses Bezahlen auch jenseits

der Bürgerämter, vor allem in Büchereien, Schwimmbädern, am Parkscheinautomaten und im Öffentlichen Personennahverkehr einzusetzen.

Kleinbetragszahlungen

Neben der girocard als Allround-Talent sind GeldKarte und girogo Spezialisten bei Kleinbetragszahlungen in besonderen Anwendungsgebieten. Beispielsweise kannte vor der Umfrage zwar knapp ein Drittel der Befragten die Möglichkeiten der GeldKarte in der Schulverpflegung nicht, zeigt aber spontan Interesse sie in der Kommune einzusetzen. Und auch die finanzielle Bezuschussung bedürftiger Familien mit Hilfe der GeldKarte findet die Mehrheit der Befragten sinnvoll. Rund 61 Prozent planen kurz-, mittel- oder langfristig die Abwicklung von Sozialleistungen mit einem elektronischen Bezahlsystem wie der GeldKarte.

Bareinnahmen in Bürgerämtern

belaufen sich laut Umfrage meist auf unter 1.000 Euro pro Tag. Nichtsdestotrotz sind sich 78 Prozent der Befragten einig darüber, dass bargeldloses Bezahlen den bürokratischen Aufwand reduziert. Ein weiterer wesentlicher Vorteil des Einsatzes von E-Geld ist nach Meinung von 65 Prozent der kommunalen Verantwortlichen ein moderneres Image. Weiterhin werden von 62 Prozent die Möglichkeit zur Onlineabwicklung sowie geringere Bargeldhandlingkosten (59 Prozent) positiv bewertet. „Bargeld ist teuer – das wissen auch die Kommunen. Grundsätzlich weisen bargeldlose Bezahlsysteme den Weg und werden sich in Zukunft durchsetzen“, bewertet Ingo Limburg, Vorstandsvorsitzender der Initiative GeldKarte e.V. die Umfrage.

Die Zukunft des Bezahls ist bargeldlos

Deutlich wird auch, dass ein Großteil der befragten kommunalen Verantwortlichen technologieaffin ist. Kontaktloses Bezahlen ist bereits 59 Prozent bekannt. Und auch das Potenzial ist groß. Mehr als zwei Drittel der Befragten kann sich den Einsatz von kontaktlosen Bezahlsystemen in der Kommune vorstellen.

Mobile Payment scheint hingegen aktuell noch wenig Relevanz als Bezahlmethode zu haben: Nur drei Prozent der Kommunen nutzen es und vier Prozent planen die Nutzung. In zehn Jahren wird Bargeld den Vermutungen nach weiter an Relevanz verlieren, girocard-Zahlungen, gefolgt von Mobile Payment und Kontaktlos-Zahlungen, werden laut Umfrage im Jahr 2025 zu den beliebtesten Bezahlmethoden gehören. Das ist laut Franz-Reinhard Habel, Pressesprecher des Deutschen Städte- und Gemeinde-

BayernLabo:

Erneut erhöhte Tilgungszuschüsse für Energiekredit Kommunal Bayern

Erneut wird der Energiekredit Kommunal der BayernLabo, das Förderangebot für die energetische Sanierung von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur („Nicht-Wohngebäude“) in Bayern attraktiver. In Kooperation mit der KfW Bankengruppe stockt die Kommunal- und Förderbank des Freistaats die Tilgungszuschüsse des Förderprogramms nochmals auf.

So können bayerische Kommunen und Zweckverbände künftig Sanierungsmaßnahmen, die das KfW-Effizienzhausniveau für die gesamte Gebäudehülle erreichen, zu noch günstigeren Bedingungen finanzieren.

Für Anträge, die seit dem 1.1.2015 gestellt und bewilligt werden, wurden die Tilgungszuschüsse in den KfW-Effizienzhausklassen 55 bis 100 jeweils um weitere 5 % erhöht.

Im Einzelnen ergeben sich somit seit dem 1. Januar 2015 folgende erhöhte Tilgungszuschüsse:

- KfW-Effizienzhaus 55: 22,5 % des Zusagebetrages
- KfW-Effizienzhaus 70: 17,5 % des Zusagebetrages
- KfW-Effizienzhaus 85: 12,5 % des Zusagebetrages
- KfW-Effizienzhaus 100: 10,0 % des Zusagebetrages
- KfW-Effizienzhaus Denkmal: 7,5 % des Zusagebetrages

Im Fokus stehen bei den Sanierungsmaßnahmen insbesondere Investitionen in Wärmedämmung sowie Heizungs- oder Lüftungsanlagen in öffentlichen Gebäuden.

Der Energiekredit Kommunal Bayern kann mit dem weiteren Finanzierungsangebot der BayernLabo mit Zinsbindungen bis zu 30 Jahren kombiniert werden.

Weitere Informationen unter der Kommunalkredithotline der BayernLabo 089/2171-22004 und auf deren Homepage www.bayernlabo.de

Bahn startet größtes Modernisierungsprogramm der Infrastruktur:

Rund 3,3 Mrd. Euro für bestehendes Schienennetz in Bayern

Bis 2019 sollen 207 Brücken erneuert werden
Knapp 700 Millionen Euro im Jahr 2015

In die bestehende Schieneninfrastruktur Bayerns werden in den kommenden fünf Jahren nach aktueller Planung rund 3,3 Milliarden Euro fließen. Allein in 2015 stehen knapp 700 Millionen Euro zur Verfügung, mit denen die Bahn unter anderem rund 600 Kilometer Schienen und 270 Weichen sowie 35 Brücken erneuert.

Bis 2019 sehen die derzeitigen Planungen für Bayern unter anderem die Erneuerung von 207 Brücken sowie über 3.000 Kilometer Schienen und über 1.300 Weichen vor. Größere Maßnahmen sind Gleiserneuerungen zwischen Roth und Schwabach. Dazu kommen beispielsweise neue elektronische Stellwerke in Würzburg-Heidingsfeld und Geltendorf sowie Brücken im Raum Emskirchen.

Im Rahmen der neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV II) haben sich Bund und Bahn auf das größte Modernisierungsprogramm verständigt, das es je in der Infrastruktur gab. Insgesamt werden in den kommenden fünf Jahren 28 Milliarden Euro in die bestehende Infrastruktur in Deutschland fließen, das sind acht Milliarden mehr als bisher.

Spezielle Korridore

Um verschiedene Bauarbeiten an einem Streckenabschnitt gleichzeitig ausführen und so Anzahl und Dauer baubedingter Sperrungen auf ein Minimum reduzieren zu können, bündelt die Bahn die größten Maßnahmen in speziellen Korridoren. In 2015 sind es bundesweit über 80 Korridore mit rund 500 Einzelmaßnahmen.

Maßnahmen

Konkret stehen im nächsten Jahr zum Beispiel Gleiserneuerungen zwischen Neufahrn und Freising an. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den Brücken. So werden zum Beispiel auf der Strecke München-Buchloe zwei Brücken komplett erneuert.

Wichtig ist ein eng abgestimmter Baufahrplan. Bei dem großen Bauvolumen lassen sich

Einschränkungen für die Reisenden leider nicht komplett vermeiden. Um sich rechtzeitig und umfassend über Bauarbeiten und Fahrplanänderungen informieren zu können, erhalten Bahnkunden bei den DB-Verkaufsstellen, am kostenlosen BahnBau-Telefon (0800 599 66

55), im Internet und an den DB-Automaten Auskünfte für ihre Reiseplanung.

Ergänzend informiert „Max Maulwurf“, der Baustellenbotenschaffter der DB, mit Plakaten, Broschüren, Anzeigen und Aushängen in den Bahnhöfen und Tagesmedien sowie im Zug. Weitere aktuelle Baustelleninfos gibt es zudem im Internet unter www.bahn.de/bauarbeiten und für mobile Geräte wie Smartphones unterwegs unter: bauarbeiten.bahn.de/mobil. □

Ökologisches Bauen mit Holz-Fertighäusern

Bad Honnef. „Ökologie“ ist ein Begriff, mit dem sich angehende Häuslebauer in den vergangenen Jahren zunehmend beschäftigt haben. Diesem Wunsch moderner Bauherren nach einem wohngesunden Lebensmittelpunkt kommen die Mitgliedsunternehmen des Bundesverbandes Deutscher Fertigbau (BDF) nach, indem sie ökologische Gesichtspunkte bei der Konstruktion ihrer Eigenheime berücksichtigen.

Ökologisch Bauen bedeutet, im Einklang mit der Umwelt und im Interesse der Gesundheit zu bauen. Dabei setzt sich der Begriff der Ökologie im Eigenheimbau aus mehreren Faktoren zusammen. Diese beginnen beim Energiegehalt der verwendeten Materialien und erstrecken sich weiter über die Energieeinsparung, die biologische Verträglichkeit des eingesetzten Baustoffs und die Recyclingfähigkeit des eingesetzten Materials.

Für sinnvolle Technik

„Wer ökologisch und qualitativ hochwertig bauen will, sollte sich für geprüfte Werkstoffe und sinnvolle Technik entscheiden, die sowohl die Umwelt schützt, als auch dem menschlichen Wohlbefinden dient“, so der BDF-Hauptgeschäftsführer Dirk-Uwe Klaas. Hier setzen Holz-Fertighäuser an: Sie sparen nicht nur Energie, sondern

sie erhöhen auch dank der natürlichen Haptik und Optik sowie der warmen Oberfläche und der Raumluft regulierenden Wirkung von Holz das Wohlempfinden und sie verringern die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre. „Außerdem erfordert die Herstellung von Bauprodukten aus Holz einen geringeren Energieaufwand als vergleichbare konventionelle Baustoffe“, erklärt Klaas das Prinzip weiter.

Vorbildliche Ökobilanz

Zudem begünstigt das Naturmaterial Holz auf Grund seiner Materialeigenschaften eine hocheffiziente Wärmedämmung und führt damit zu einem geringeren Primärenergiebedarf für die Heizung. „Die Ökobilanz eines Holzfertighauses ist über seine gesamte Lebensdauer hinweg vorbildlich. Damit sind Fertighäuser zeitgemäß und wertbeständig“, schließt Klaas. BDF/DS



Gestalten Sie die Zukunft Ihrer Kommune.

Die BayernLabo – Ihr zuverlässiger Partner bei der Finanzierung kommunaler Investitionen.

Nutzen Sie unsere günstigen Finanzierungsangebote.

Als Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern helfen wir Ihnen, die passende Kombination aus Kommunalkredit und kommunalem Förderkredit zu finden.

Näheres erfahren Sie unter www.bayernlabo.de oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB

Bayern Labo

Bayerisches Zimmererhandwerk:

Wirtschaftliche CO₂-Vermeidung

Wirtschaftlichkeit taucht als Schlagwort im Zusammenhang mit Energiewende und Klimaschutz in letzter Zeit häufig auf. Doch bei genauem Hinsehen drängt sich der Verdacht auf, dass es mehr als Totschlagargument missbraucht als ernst genommen wird. Damit sich das ändert, geht das Bayerische Zimmererhandwerk nun in die Offensive.

„Es zählt nicht nur die Quantität, sondern auch die Wirtschaftlichkeit“, betonte Bayerns Energieministerin Ilse Aigner in ihrer Regierungserklärung vom 23. Oktober 2014. Wirtschaftlichkeit bedeutet, mit möglichst wenig Aufwand möglichst viel zu erreichen. Auf den Klimaschutz bezogen: zu möglichst geringen Kosten möglichst viel CO₂ vermeiden. Deshalb müssten für potenzielle Klimaschutzmaßnahmen eigentlich zunächst deren CO₂-Vermeidungskosten errechnet werden. Doch seltsamerweise geschieht das nicht. Diese Kennzahl interessiert scheinbar niemanden; dabei ist sie das entscheidende Kriterium, um sinnvolle von weniger sinnvollen Maßnahmen unterscheiden zu können.

Stattdessen verzettelt sich die Politik in Einzelthemen: In der Energiepolitik dreht sich die Diskussion vor allem um Strom und Erneuerbare Energien, in der Baupolitik um die Heizenergie. Völlig ausgeblendet bleibt bisher das große Einsparpotenzial beim Bauen selbst: bei den Baumaterialien. Weder in der Energieeinsparverordnung (EnEV) noch in den KfW-Förderprogrammen tauchen diese auf. Um diesen „Tunnelblick“ zu weiten, startet das Bayerische Zimmererhandwerk nun eine Aufklärungskampagne und veröffentlichte in der Broschüre „STOP CO₂“ Interviews und verblüffende Zahlen.

Die CO₂-Vermeidungskosten für fünf Holzgebäude errechnete der Münchner Architekt Holger

König, Pionier auf dem Gebiet der Lebenszyklus-Betrachtung. Dazu ermittelte er für die realisierte Ausführung in Holzbauweise und für eine fiktive Ausführung in Standardbauweise jeweils die Baukosten und die CO₂-Bilanzen. Im Anschluss musste nur noch die Differenz der Baukosten durch die Differenz der CO₂-Bilanzen geteilt werden. Das „schlechteste“ Ergebnis: 69 Euro pro Tonne CO₂.

Interessant und aufschlussreich ist der Vergleich mit den CO₂-Vermeidungskosten Erneuerbarer Energien: 124 Euro pro Tonne CO₂ gibt die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) für Windkraft an, 846 Euro pro Tonne CO₂ für Photovoltaik. „Bauen mit Holz ist die wohl effizienteste Methode, um CO₂-Emissionen zu vermeiden. Für einen bestimmten Betrag erzielt man die größte CO₂-Einsparung – und das sofort, nicht erst über einen langen Zeitraum“, fasst König das Ergebnis seiner Untersuchung zusammen.

CO₂-Bilanz von Holz

Die überragende CO₂-Bilanz der Holzbauweise hat zwei Gründe: Zum einen wird Holz im Gegensatz zu anderen Baumaterialien nicht mit großem Energieaufwand künstlich hergestellt. Zum anderen setzen die Bäume bei ihrem Wachstum kein CO₂ frei, sondern binden es. Sie bauen die Kohlenstoffatome in ihre Molekularstruktur ein und geben dabei Sauerstoff (O₂) ab. Wenn Holz

verrottet oder verbrennt, wird genau die Menge CO₂, die der Baum im Lauf seines Lebens gebunden hatte, wieder frei. Nutzt man Holz stofflich, dann bleibt das CO₂ für weitere Jahrzehnte bis Jahrhunderte gebunden.

Klimaschutzpotenzial

Überraschend hoch ist das Potenzial des Bauens mit Holz für den Klimaschutz. Hubert Röder, Professor für Betriebswirtschaftslehre Nachwachsender Rohstoffe am Wissenschaftszentrum Straubing, hat errechnet: Den 75 Mio. Tonnen CO₂, die in Bayern jährlich zur Erzeugung von Energie freigesetzt werden, stehen 10 Mio. Tonnen CO₂ gegenüber, die wachsende Wälder neu binden, und 13 Mio. Tonnen, die durch die stoffliche Nutzung von Holz langfristig gebunden bleiben. Fast ein Drittel der bayerischen CO₂-Emissionen wird also auf diese Weise heute schon

Gewerbeflächen sichern Münchens Zukunft als Wirtschaftsstandort

Der Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid, hat mit seiner Forderung nach neuen Gewerbeflächen eine politische Diskussion ausgelöst. Gegen seine Argumentation wird insbesondere der hohe Bedarf an Wohnraum in der Landeshauptstadt vorgebracht.

Schmid: „Ich habe das Thema stets differenziert betrachtet. Der Bau von bezahlbarem Wohnraum ist für eine wachsende Metropole notwendig. Hier müssen dringend Engpässe beseitigt werden. Für die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft der Stadt ist es aber ebenso nötig, passende Gewerbeflächen auszuweisen, damit die Dynamik des Standorts erhalten bleibt. Eine Umwidmung aller Gewerbeflächen wäre bei dem absehbar erschnittenen Angebot innerhalb der Stadtgrenzen aber fatal. Natürlich gibt es derzeit wegen der kurzfristigen Rentabilität ein hohes Interesse an der Ausweisung von Wohnflächen auf dem Immobilienmarkt. Wer aber Wohnen gegen das Gewerbe ausspielt, spielt mit der künftigen Entwicklung Münchens als Wirtschaftsstandort. Insbesondere vor dem prognostizierten Zuzug muss auch die Nachfrage nach Arbeitsplätzen berücksichtigt werden. Eine vorausschauende Stadtentwicklung stellt genügend Flächenangebote für diverse Nutzungen bereit: für Wohnen, Wirtschaft, Verkehr und Gemeinbedarf.“

Konjunkturlokomotive

Der Wirtschaftsraum München spielt laut Schmid die Rolle einer Konjunkturlokomotive für Bayern und für Deutschland. Dies liegt nicht zuletzt an der hoch diversifizierten Münchner Wirtschaftsstruktur, die auch als „Münchner Mischung“ bekannt ist. Die Basis der Münchner Wirtschaftskraft ist eine ausgewogene Mischung aus Großunternehmen, Mittelständlern, kleinen Start-ups sowie traditionellen Handwerksbetrieben. Diese sind in den verschiedensten Branchen erfolgreich und zählen hier häufig zu den Marktführern. Der Erhalt dieser Wirtschaftsstruktur ist erklärtes Ziel der Münchner Wirtschaftspolitik. Der Flächenbedarf dieser Branchen ist sehr unterschiedlich. Die Stadt muss daher für die verschiedenen Ansprüche passende Flächen anbieten. Die vorgebrachte Argumentation mit leer stehenden Büroflächen ist schief, denn diese Flächen nutzen gerade verarbeitendem und handwerklichem Gewerbe wenig.

Die Stadt München unterstützt das ansässige Handwerk und Produktionsbetriebe und sie berücksichtigt kleine und mittlere Betrie-

be und Verarbeitendes Gewerbe bei der Flächenvergabe. Insbesondere der Erfolg des Münchner Gewerbehofprogramms zeigt, dass Handwerk und produzierendes Gewerbe Bedarf nach maßgeschneiderten Flächen haben. Die bestehenden Gewerbehöfe sind ausgelastet. Durch den Bau des Gewerbehofs Nord wird das Programm nun fortgeschrieben.

Die Nachfrage nach klassischen Gewerbeflächen ist in München vorhanden. Letztes Jahr waren im Referat für Arbeit und Wirtschaft 250 Firmen als aktuelle Nachfrager von Gewerbeflächen vorgemerk. Der größte Teil davon sind Firmen mit einem moderaten Flächenbedarf von unter 4.000 Quadratmetern, der vom Münchner Markt nicht mehr bedient werden kann. In 120 Fällen handelt es sich dabei bereits um Münchner Firmen, die zur weiteren Entwicklung eine neue Flächenperspektive benötigen. Hier entsteht der größte Bedarf, weil existierende Münchner Betriebe am Standort keinen Platz für die Erweiterung finden, oder den Standort wegen der Nähe zu Wohnnutzungen verlassen müssen. Häufig werden frei werdende Gewerbeflächen durch Wohnen nachgenutzt. Würden keine neuen Gewerbeflächen mehr ausgewiesen, würden Betriebe die Stadt verlassen müssen. Dies hätte nicht nur negative Auswirkungen auf die Arbeitsplätze sondern auch auf die Versorgung der Münchner Bevölkerung. Gleichzeitig würde das Verkehrsvolumen zunehmen.

Aber auch die Wirtschaftsstruktur ändert sich permanent. Um Platz für neue wirtschaftliche Nutzungen zu finden, ist die Ausweisung neuer Gewerbegebiete notwendig. Schmid weiter: „Nur durch das Vorhalten geeigneter Flächen ist es möglich, Unternehmen zu halten oder nach München zu bringen. Dadurch entstehen Arbeitsplätze. Ausreichende, qualitativ hochwertige und passgenaue Gewerbeflächen stellen das Potenzial der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt dar. Prominente Unternehmensansiedlungen in der letzten Zeit zeigen, welchen Wert dieses Potenzial für die Stadt hat. In Zusammenarbeit mit dem Planungsreferat will ich das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm fortschreiben.“

Publikation der Bundesstiftung Baukultur:

Baukulturbericht 2014/15

Einen Bericht zur Lage der Baukultur in Deutschland hat die Bundesstiftung Baukultur erstmals vorgelegt. Damit sollen dem Bundeskabinett und dem Deutschen Bundestag Anregungen und Handlungsempfehlungen gegeben werden. Entstanden ist der Bericht, dem eine Stellungnahme der Bundesregierung zugrunde liegt, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik und der Technischen Universität Berlin.

Neben verschiedenen thematisch ausgerichteten Werkstattgesprächen haben zwei statistische Erhebungen – unter anderem eine Kommunalbefragung mit Unterstützung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Städtetages – sowie eine allgemeine Bevölkerungsbefragung stattgefunden, um die Erkenntnisbasis des Berichts zu erweitern.

Angesichts der Bandbreite und der komplexen Zusammenhänge des urbanen Lebensraums fokussiert sich die Stiftung insbesondere auf die Themen „Gemischte Quartiere“ und „Öffentlicher Raum und Infrastruktur“ sowie „Planungskultur und Prozessqualität“. Stichwort Wohnen und gemischte Quartiere: In den kommenden vier bis fünf Jahren werden in den wachsenden Städten Deutschlands vermutlich eine Million Wohnungen neu gebaut werden. Bis 2025 könnten es mehr als drei Millionen werden. Es ist bereits heute absehbar, dass es nicht egal ist, welche bauliche Qualität die Neubauwohnungen haben, wie sie aussehen und ob sie auch noch in zwanzig Jahren wirtschaftlich nachhaltig, also marktfähig sind.

Die vielfältigen Anforderungen des Quartiers können dazu führen, diese mechanischen Sichtweisen zugunsten integrierter baukultureller Qualitätsmaßstäbe zu durchbrechen. Funktional und sozial gemischte Stadtquartiere zeichnen sich durch eine ressourcenschonende Siedlungsweise aus. Sie zu stärken, trägt zur Reduzierung der Zersiedlung und des Flächenverbrauchs bei. Gemischte Quartiere sind ein zentraler Anker bei Fragen der demografischen und sozialen Entwicklung der Stadtgesellschaft.

Stichwort Öffentlicher Raum und Infrastruktur: Schon heute gilt das 21. Jahrhundert als das Jahrhundert der Städte. Damit ist es gleichzeitig das Jahrhundert des städtischen öffentlichen Raums und des urbanen Grüns. Angesichts der anstehenden Veränderungen unserer Gesellschaft liegen hier die wesentlichen Handlungsfelder für die Qualität städtischen Lebens. Die großen infrastrukturellen Herausforderungen der Instandhaltung und Erneuerung von

Straßen, Brücken, Leitungssystemen, Grün- und Wasserflächen fordern Stadtplaner, Architekten, Ingenieure und Landschaftsarchitekten zur Zusammenarbeit heraus.

Baukulturell bietet sich mit der kontinuierlichen Anpassung an aktuelle Bedarfe die Chance, Fehler der Vergangenheit zu beheben und beständig neue Qualitäten zu formulieren. Dabei sollte ein Grundprinzip gelten: Jede Investition muss zu einer Verbesserung der Lebensqualität in den Städten führen.

Stichwort Planungskultur und Prozessqualität: Ein restriktiver und hinsichtlich der Kommunikation schwächerer Planungs-, Beteiligungs- und Bauprozess führt häufig zu unbefriedigenden gestalterischen Räumlichkeiten. Die Qualität eines kompetent geplanten, offen kommunizierten und professionell realisierten Bauvorhabens wird erkennbar an seiner angemessenen und bereichernden Gestalt im Stadtbild. Indem der vorkonzeptionellen Phase, der „Phase Null“, ausreichend Ressource eingeräumt wird, können Rahmenbedingungen, Ziele und Ausgangslagen genauer ausgearbeitet werden.

Auch wenn der Zeitaufwand dadurch zunächst wächst, minimiert die anfängliche Sorgfalt spätere Restriktionen, Mehrkosten und Konflikte und führt schließlich zu Zeitersparnis. Mehr denn je sind zudem integrierte Betrachtungsweisen erforderlich, um die komplexen Zusammenhänge in bestehenden Strukturen sachgerecht zu ermitteln und aufeinander abzustimmen. Gute gebaute Lebensräume können nur als Ergebnis guter Prozesse entstehen.

Der Baukulturbericht mündet in konkrete Handlungsempfehlungen, die die Bundesstiftung für unterschiedliche Entscheidungsträger und Akteursgruppen zur Diskussion stellt. Den Kommunen wird dabei geraten, die Kooperation mit Akteuren vor Ort zu stärken, Angebote der Kommunikation und Partizipation projekt- und nutzerbezogen zu entwickeln und zu etablieren, die quartiersbezogene Planungsebene und den Sozialraum zu stärken sowie Gestaltungsbeiträge zur Sicherung der baukulturellen Qualität einzurichten. **DK**

Das denkmalgeschützte Ensemble:

Strategien zum Erhalt

Gemeinsame Tagung des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, der Regierung von Oberbayern und der Stadt Freising

Städte und Gemeinden stehen beim Erhalt von Ensembles und städtebaulich bedeutsamen Stadträumen vor großen Herausforderungen. Deshalb luden das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, die Regierung von Oberbayern und die Stadt Freising zu einer Tagung zum Thema „Das denkmalgeschützte Ensemble: Strategien zum Erhalt“ ein. Schwerpunkte waren u. a. die Denkmalwerte im Ensemble, aktuelle Rechtsfragen zum Ensemble sowie deren Entwicklungsmöglichkeiten aus städtebaulicher Sicht. Zahlreiche Beispiele aus der Praxis zeigten, welche Möglichkeiten im Umgang und welche Strategien zum Erhalt von Ensembles es gibt.

Ein denkmalgeschütztes Ensemble wird von einer Vielzahl historischer Gebäude und Freiflächen geprägt. Ziel des Ensembleschutzes ist es daher, erhaltenswerte Orts-, Platz oder Straßenbilder zu bewahren, zu denen auch Grün- und Wasserflächen gehören können.

Standortvorteil

Wie Freising's Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher eingangs konstatierte, stehe die Stadtverwaltung beim Erhalt der einzigartigen Freisinger Altstadt besonders in der Verantwortung. Der Rathauschef verwies auf die breite Diskussion und das integrierte Planungskonzept zur Neugestaltung der Innenstadt. Die Mühen der vielen Versammlungen hätten sich gelohnt. Die Investoren hätten inzwischen erkannt, dass es durchaus ein Standortvorteil sein kann, wenn sie auf die Charakteristika der Innenstadt Rücksicht nehmen.

Auf die Frage, wie historische Bauten der Gegenwart angepasst werden können, wies Architekt Manfred Brennecke darauf hin, dass es für die Kommunen wichtig sei, einen städtebaulich erfahrenen Architekten an ihrer Seite zu haben. Die Investoren benötigten einen vernünftigen Ansprechpart-

ner wie etwa einen qualifizierten Kreis- und Stadtbaumeister.

Die Kommune entscheidet

Laut Generalkonservator Matthias Pfeil (Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege) ist gerade in Oberbayern ein besonders starker „Veränderungsdruck“ festzustellen. Eine Aufnahme in die Denkmalliste heiße im Übrigen nicht, dass man überhaupt keine Anpassung vornehmen dürfe. Das Landesamt für Denkmalpflege stehe den Städten und Gemeinden beratend zur Seite, die Entscheidung falle aber letztlich die Untere Denkmalschutzbehörde, sprich die Kommune.

Freiwilliger Leitfadener

Nach Ansicht von Dr. Hubert Schmid (Regierung von Oberbayern) könnten sich Städte mit denkmalgeschützter Baukultur zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen und sich zum Beispiel bei Gestaltungsentscheidungen beraten. Die Große Kreisstadt Freising, die seit 2001 über keine derartige Satzung mehr verfügt, wolle nun erst einmal einen freiwilligen Leitfaden erstellen. Später könne man immer noch entscheiden, ob eine Satzung nötig sei. **DK**

Kein neues Wohnungsaufsichtsgesetz!

Gemeindetag lehnt SPD-Gesetzesentwurf ab

Der Bayerische Gemeindetag lehnt den Entwurf eines Wohnungsaufsichtsgesetzes der SPD-Landtagsfraktion ab. Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl: „Gesetze sollten nicht wegen eines Einzelfalles gemacht werden. So bedauerlich der Extremfall aus München-Kirchtrudering auch sein mag – er rechtfertigt keinesfalls, allen bayerischen Städten und Gemeinden die Verpflichtung aufzuerlegen, gewissen- und verantwortungslos Hauseigentümern auf die Füße zu steigen. Das bürgerlich-rechtliche Mietrecht hält genügend Instrumentarien bereit, den Vermieter zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten. Wir brauchen kein neues Gesetz, das letztlich die Vermieter aus ihrer Verantwortung entlässt.“

Brandl wies darauf hin, dass auf Vorschlag des Bayerischen Gemeindetags, der damals auch von anderen kommunalen Spitzenverbänden und dem Münchner OB ausdrücklich begrüßt wurde, Ende 2004 das damalige Wohnungsaufsichtsgesetz aufgehoben wurde. Das Gesetz hatte sich als „stumpfes Schwert“ gegenüber gewissenlosen Vermietern herausgestellt. Gemeindliche Anordnungen nach diesem Gesetz waren in der Praxis nicht durchsetzbar. Sicherheitsrechtliche Anordnungen nach dem Bau-, Gesundheits-, Seuchen- bzw. Infektionsschutz- und allgemeinen Sicherheitsrecht bieten wesentlich bessere Durchsetzungskraft. „Vor zehn Jahren wurde die Abschaffung des Wohnungsaufsichtsgesetzes als Meilenstein zur Lichtung des Vorschriftendschungels gefeiert. Es wäre grotesk, wenn das alte Gesetz nun wieder aus der Versenkung geholt würde. Und dies nur wegen eines Einzelfalles in der Großstadt München.“

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung:

Analyse zu gemeinschaftlichen Wohnformen in Genossenschaften

Wohnprojekte als Baustein der sozialen Stadtentwicklung

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat eine Bestandsaufnahme von gemeinschaftlichen Wohnprojekten in Genossenschaften vorgelegt. Die Analyse bietet aktuelle, differenzierte Informationen zum gemeinschaftlichen Wohnen in Genossenschaften, beschreibt Erfolgsfaktoren und Hemmnisse für die Umsetzung der Projekte und formuliert Handlungsempfehlungen zur Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen.

Im Auftrag des BBSR hat das Deutsche Institut für Urbanistik alle bis 2013 bekannten gemeinschaftlichen Wohnprojekte in der Rechtsform der Genossenschaft in Deutschland befragt. Insgesamt 162 Wohnungsgenossenschaften mit fast 199 gemeinschaftlichen Wohnprojekten konnten ermittelt werden. Vertiefte Erkenntnisse erlangten die Wissenschaftler unter anderem durch die Auswertung von Fallstudien.

„Viele Menschen wünschen sich einen stärkeren gemeinschaftlichen Zusammenhalt und engere Bindungen an die Nachbarschaft. Neben gemeinsamen Aktivitäten spielt auch eine Rolle, das eigene Wohnumfeld mit zu gestalten. Ge-

meinschaftliche Wohnformen bieten dafür zahlreiche Möglichkeiten. Es ist deshalb keineswegs verwunderlich, dass die Anzahl gemeinschaftlicher Wohnprojekte ständig zunimmt“, so BBSR-Direktor Harald Herrmann.

Selbstbestimmtes Leben

Nach Erkenntnissen der Wissenschaftler werden gemeinschaftliche Wohnprojekte vor allem von älteren Menschen initiiert. Dahinter steht der Wunsch, möglichst bis ins hohe Alter selbstbestimmt zu leben. Oft spielt das Anliegen des Mehrgenerationenwohnens eine herausgehobene Rolle. Aber auch Familien, Alleinerziehende oder

Menschen mit Handicaps sehen die Möglichkeit, ihre eigenen Wohnwünsche in einem solchen

BAU 2015 in München:

Herausforderungen für die Bauwirtschaft

Vom 19. bis 24. Januar fand auf dem Gelände der Messe München die BAU, Weltleitmesse für Architektur, Materialien und Systeme, statt. Die größte und bedeutendste Veranstaltung der Branche durchbrach dabei in ihrer 50-jährigen Geschichte erstmals die Schallmauer von 250.000 Besuchern.

Zu der schon seit langer Zeit völlig ausgebuchten Fachmesse kamen an sechs Messetagen 251.200 Besucher, das sind über 16.000 mehr als 2013. Zwar fanden sich auch mehr Besucher aus Deutschland ein, der deutliche Zuwachs ist aber den internationalen Gästen zu verdanken. Rund 72.000 Besucher kamen aus dem Ausland, das entspricht einem Plus von 20 Prozent.

Bezahlbare Wohnkosten

Eröffnet wurde die BAU 2015 von Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Als Umwelt- und Bauministerin betrachte sie es als ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, „dass die Wohnkosten bezahlbar bleiben und gleichzeitig der erforderliche Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird“, erklärte die Ministerin, die sich viel Zeit für einen Messerundgang nahm und anschließend die BMUB-Konferenz unter dem Titel „Sparst Du noch oder baust Du schon“ eröffnete.

Auf 180.000 m² Fläche - das Gelände ist seit Jahren komplett ausgebucht - präsentierte die BAU Architektur, Materialien und Systeme für den Wirtschafts-, Wohnungs- und Innenausbau im Neubau und im Bestand. Sie führt, weltweit einmalig, alle zwei Jahre die Marktführer der Branche zu dieser Gewerke übergreifenden Leistungsschau zusammen.

Rahmenprogramm

Mit mehr als 60.000 Planern ist die BAU zugleich die weltgrößte Fachmesse für Architekten und Ingenieure. Das Angebot war nach Baustoffen sowie nach Produkt- und Themenbereichen gegliedert. Die zahlreichen attraktiven Veranstaltungen des Rahmenpro-

gramms, darunter hochkarätige Foren mit Experten aus aller Welt, rundeten das Messeangebot ab. Begleitend zu den Präsentationen der Aussteller wurden die Leitthemen der BAU 2015 (Intelligent Urbanization – Energie- und Ressourceneffizienz – Mensch und Gebäude) in mehreren Sonderschauen thematisiert und veranschaulicht - aus verschiedenen Blickwinkeln und unter unterschiedlichen Aspekten. Die BAU arbeitete dabei mit renommierten Partnern zusammen.

So zeigten die 17 Forschungsinstitute der Fraunhofer Allianz Bau auf der Sonderschau mit dem Titel „ForschungsWerkStadt“ Innovationen und Entwicklungen zu folgenden Themenbereichen: Energie- und Ressourceneffizienz mit „Gebäudehülle 2.0“, Technologien für künftige Städte mit „Intelligent Urbanisation“, Vorfertigung und Bauqualität mit „Haus aus dem Drucker“ sowie Aus- und Weiterbildung mit „Wissenstransfer“.

Als besonderes Highlight im Rahmenprogramm der BAU hat sich die „Lange Nacht der Architektur“ etabliert. Sie wartete in ihrer dritten Ausgabe mit Klassikern auf, aber auch neue Gebäude waren im Programm. Verschiedene Routen führten zu Münchens schönsten und interessantesten Bauwerken. Insgesamt konnte ein Blick hinter die Kulissen von 50 Gebäuden geworfen und deren Architektur im nächtlichen Lichterglanz erlebt werden.

Erstmals mit dabei waren beispielsweise der Bayerische Landtag, die Siemens Headquarters am Wittelsbacherplatz, die Neupostliche Kirche Laim, das Kare Heizkraftwerk und die Deutsche Flugsicherung am Münchner Flughafen. **DK**

Schutz vor Eigentümerwechseln und Eigenbedarfskündigungen sind der Auswertung zufolge wichtige Motive.

Den positiven Effekten, die mit den gemeinschaftlichen Wohnprojekten in Verbindung gebracht werden, stehen auch Hemmnisse gegenüber, welche die Realisierung des Wohnprojekts erschweren, wie beispielsweise Hürden bei der Finanzierung, langwierige Abstimmungsprozesse oder auch planerisch-bauliche Aspekte wie der Mangel an Baugrundstücken.

Kommunen unterstützen

Die Kommunen bieten den Wohnprojekten vielfältige Unterstützung. Sie stellen Grundstücke zu besonderen Bedingungen zur

Verfügung, bieten Informationsbörsen oder gründen Beratungs- und Koordinierungsstellen. Neben den Kommunen sind die Wohnungswirtschaft, Vereine und Initiativen sowie Architekturbüros wichtige Kooperationspartner. „Gerade die Angebote von Kommunen und Wohnungswirtschaft zeigen, wie sehr der Beitrag gemeinschaftlicher Wohnprojekte in der Stadtentwicklung erkannt und geschätzt wird“, erklärt BBSR-Direktor Herrmann.

Interessierte können die Publikation „Neues Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen bei Genossenschaften“ kostenfrei per E-Mail an forschung.wohnen@bbsr.bund.de anfordern. Eine PDF-Version ist unter www.bbsr.bund.de in der Rubrik „Veröffentlichungen“ abrufbar. **□**

Internationale Handwerksmesse in München:

Die Leidenschaft des Handwerks erleben

„Leidenschaft ist das beste Werkzeug“: So lautet das offizielle Motto der Internationalen Handwerksmesse 2015. Sieben Tage lang, vom 11. bis 17. März, können Fachbesucher und Endverbraucher diese Leidenschaft live erleben. Denn rund 1.000 Aussteller aus mehr als 60 Gewerken zeigen auf dem Messegelände München das, was ihren Wirtschaftszweig ausmacht: handwerkliche Spitzenleistungen, hohe Qualität, spannende Neuentwicklungen, faszinierende Aufgabenbereiche, hervorragende Zukunftsaussichten und eine große Leidenschaft für ihren Beruf.

Spürbar und erlebbar ist die Leidenschaft in allen Messehallen, von der „YoungGeneration“ und „AutoBerufeAktuell“ in Halle C3 bis zur „Handwerk & Design“ in Halle B1. Neben Stilvollem und Einzigartigem aus dem Handwerk sind hier die renommierten Sonderschauen wie die EXEMPLA zu Hause, die diesmal den Titel „Forum der Meister“ trägt. Zu sehen sind mehrfach ausgezeichnete Unternehmen, die - auch dank ihrer Leidenschaft für das Handwerk - zu den führenden Protagonisten ihres Fachs gehören.

Gesundes Bauen

In Halle B2 steht ein ganz neuer Themenbereich im Mittelpunkt: FOKUS.GESUND BAUEN. Hier präsentieren sich Betriebe und unabhängige Experten, deren Leidenschaft das gesunde, nachhaltige und ökologische Bauen, Renovieren und Modernisieren ist. In persönlichen Gesprächen und Seminaren informieren sie Handwerker ebenso wie Architekten und Innenarchitekten, die ihre Kompetenzen im Bereich Baubiologie ausbauen möchten und beraten über geeignete Maßnahmen für Bau- oder Umbauprojekte. Informieren können sich auch private Bauherren, öffentliche Bauherren, Vertreter von Unternehmen und Kommunen, die Wert auf natürliche und nachhaltige Bau-

stoffe sowie hohe Lebens- und Wohnqualität legen. Im dazugehörigen Forum referieren Fachleute unter anderem über Themen wie Energiesparen und -effizienz, Dämmen mit nachwachsenden Rohstoffen, zukunftsorientierte Heizungssysteme, Gebäudesanierung und gesunde Raumlufte.

Auf dem „Land des Handwerks“ und der Sonderschau INNOVATION GEWINNT! (Halle C2) stehen Vorzeigebetriebe und Innovatoren im Rampenlicht. Denn nur wer seinen Beruf mit Leidenschaft ausübt, ist fähig zu Spitzenleistungen und entwickelt immer wieder neue Ideen. Da es für die Umsetzung dieser Ideen oft den richtigen Partner braucht, spielt auch das Netzwerken eine große Rolle auf der Messe. Denn sie steht auch für den Austausch der Handwerker untereinander, für Inspiration und das Knüpfen von Kontakten, um Kunden umfassende Leistungen und komplette Lösungen anbieten zu können.

Um die Nachwuchssicherung dreht sich u. a. eine neue Veranstaltung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) am 16. März. Unter dem Titel „Berufsbildungstag: Strategien der Nachwuchsgewinnung für kleine und mittelständische Betriebe im Handwerk“ greift der ZDH eines der zentralen Themen vieler Gewerke auf. **□**

WAS SAUST ÜBER EINE INSEL

ZEIGT, WIE MAN UMWELTFREUNDLICH VORWÄRTSKOMMT?



Besuchen Sie uns auf der E-world energy & water 10.-12. Februar 2015 in Essen, Halle 2, Stand 517.



EVSS
Energieversorgung Sylt GmbH

thuga
Das große Plus für alle

Die Energieversorgung Sylt verbindet Energie und Umwelt für die Insel.

Kanalsanierung mit CONNEX und HS®:

In Königs Wusterhausen wird gefunkt

Gleich bei zwei technisch anspruchsvollen Kanalsanierungsmaßnahmen setzte die Stadt Königs Wusterhausen Kanalrohrsysteme der Funke Kunststoffe GmbH ein. Bei der Umsetzung des Großprojektes Goethestraße galt es die unterschiedlichen Nennweiten einer Vielzahl kreuzender Leitungen ebenso zu berücksichtigen wie eine besondere Gefällesituation, aufgrund derer eine nur geringe Überdeckung möglich war.

Beim Straßen- und Kanalbau-Projekt Funkeberg, im Zuge dessen sowohl die Straßendecke als auch die unterirdische Infrastruktur vor Ort komplett erneuert wurde, stellten die beengten Raumverhältnisse eine besondere Herausforderung dar. In der Goethestraße wurden marode Leitungen aus unterschiedlichsten Werkstoffen durch das Funke HS®-Kanalrohrsystem SN 16 ersetzt, für die umfangreichen Straßen- und Kanalbauarbeiten am traditionsreichen Funkeberg, dem Königs Wusterhausen seinen Beinamen „Wiege des Rundfunks“ verdankt, boten sich CONNEX-Kanalrohre von Funke als ideale Lösung an.

Marode Rohre und unübersichtliche Leitungsführung

Die Kanalisation der in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts angelegten Goethestraße in Königs Wusterhausen war in die Jahre gekommen, auch der Straßenbelag hatte seine beste Zeit längst hinter sich. Erste Überlegungen zu einer Wohnumfeldverbesserung hatte die Kommune bereits Mitte der 90er Jahre angestellt, konkrete Gestalt nahmen die Pläne aber erst ab 2010 an. „Die Straße musste instandgesetzt werden, die darunterliegenden Kanäle ebenfalls – es lag nahe, beide Aufgaben in einem Rutsch zu erledigen“, findet Dipl.-Ing. Olaf Hoffmann von der Brechtfeld & Nafe Ingenieur- und Vermessungsbüro GmbH. Die Sanierung des Kanal-

systems in der Goethestraße stellte die für die Bauausführung zuständige STRABAG AG, Dir. Berlin-Brandenburg, NL Cottbus, Gruppe Lübben, vor besondere Herausforderungen.

„Die Leitungsführung vor Ort war extrem unübersichtlich, zumal man sich bei der Verlegung offensichtlich nicht an Grundstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen orientiert hatte“, so Hoffmann weiter. Eine Kamerabefahrung der mehr als ein halbes Jahrhundert alten Leitungen machte die aufgrund der langen Nutzungsdauer zu erwartenden starken Schäden deutlich. Sowohl die in Beton ausgeführten Regenwasserrohre als auch die Steinzeugrohre für Schmutzwasser waren mit der Zeit marode geworden; viele der kreuzenden Leitungen hatten zudem unterschiedliche Nennweiten.

Eine besondere Herausforderung stellte die hydraulische Situation dar, die bei der Anlage der Kanalisation in den 50er Jahren nicht ausreichend berücksichtigt worden war: „Das Gefälle zu den als Vorfluter dienenden Gewässern Nottekanal und Krebssee ist so niedrig, dass lediglich eine geringe Überdeckung möglich ist“, erklärt Planer Hoffmann. „Zudem waren Fixpunkte zu berücksichtigen, die mit Blick auf den Anschluss ans umgebende Netz festgelegt worden waren.“

Umfangreich waren auch die Aufgaben, mit denen der zweite Bauabschnitt in Königs Wusterhausen aufwartete, der historisch

bedeutsame Funkeberg. Mit Blick auf die zu erwartende Entwicklung des nur 10 Kilometer vom Stadtrand Berlins gelegenen Königs Wusterhausen hat die Stadt das nach der Wende von der Deutsche Telekom AG erworbene 130 ha große Areal bereits 2006 zurückgekauft.

„Die im städtebaulichen Rahmenplan inhaltlich festgelegten Entwicklungsziele für den Funkeberg sind ehrgeizig“, schildert Planer Hoffmann, „Gewerbe und Wissenschaft sollen sich ansiedeln, Wohn- und Freizeitanlagen sollen entwickelt werden, zusätzlich soll die geschichtliche Bedeutung des Funkebergs, von dem aus am 22. Dezember 1920 erstmals per Rundfunk Sprache und Musik in einer Sendung ausgestrahlt wurden, künftig stärker als bisher herausgestellt werden.“

Bis zur Wende war der Funkeberg militärisches Sperrgebiet, die technische Infrastruktur war nach wie vor nicht erschlossen. In einem gemeinsam von Stadt und Märkischem Abwasser- und Wasserzweckverband beschlossenen Bauprojekt sollten sowohl der

Straßenbelag als auch der Regen- und Schmutzwasserkanal, die Trinkwasserleitung und die Straßenbeleuchtungsanlage erneuert werden.

Wenig Raum und starkes Gefälle

Zu den besonderen Herausforderungen zählten vor allem ungeordnete Verhältnisse im Baugrund. Der ehemalige Eigentümer des Geländes, die Deutsche Telekom AG, hatte zahlreiche Leerrohre verlegt, ein extremes Gefälle von bis zu 8 % stellte eine zusätzliche Herausforderung dar. „Zudem waren die Verhältnisse vor Ort äußerst beengt“, so Hoffmann. Dementsprechend wenig Raum hätte Baufahrzeugen zum Rangieren zur Verfügung gestanden, die man für den Transport schwerer Betonrohre benötigt.

Funke-Fachberater Schmidt empfahl dem Kunden deshalb, die komplette Regenwasser-Kanalisation mit CONNEX-Kanalrohren in Nennweiten DN/OD 315 und DN/OD 400 auszuführen: „Die 3 m langen, leichten Rohre waren eine Alternative, die das Handling auf der Baustelle vereinfacht haben“, so das Fazit von Hoffmann. Insgesamt wurden am Funkeberg ca. 400 m CONNEX-Kanalrohre verlegt, zusätzlich wurden auf dem etwa 400 m langen Anstieg zwei Absturzschächte integriert, die als Energiewandlungsschächte fungieren. □

Wilo-Wassertage in Adlersberg:

Aspekte der Wasserwirtschaft

Zahlreiche namhafte und anerkannte Referenten aus Wasser- und Abwasserwirtschaft, Forschung und Umweltpolitik versorgten bei den Wilo-Wassertagen in Adlersberg bei Regensburg knapp 350 Teilnehmer aus ganz Deutschland mit neuesten Informationen zu den Möglichkeiten und Perspektiven wirtschaftlicher und nachhaltiger Trinkwasserversorgung, Abwassertransport und Abwasserbehandlung. Organisiert wurde das Fachsymposium von der WILO SE und Wilo EMU Anlagenbau, Hof.

Franz Herrler (Zweckverband der Wasserversorgungsgruppe Laaber Naab) verdeutlichte anhand verschiedener Arbeitsbeispiele, zu denen auch die Einführung von Energiemanagementsystemen nach DIN EN ISO 50001 zählte, wie anspruchsvoll bereits heute die Aufgabe ist, infrastrukturell grundlegende Funktionen wie die Wasserver- und -entsorgung auf gewohnt hohem Niveau abzusichern. Michael Reißnecker (Ing.-Büro Reißnecker & Eberhardt) wiederum beschrieb am Beispiel des Zweckverbandes Ruhstorfer Gruppe ganz konkret die praktische Umsetzung eines solchen Energiemanagementsystems und gab wertvolle Tipps, wie solche Implementierungen schneller und reibungsloser auszugestalten sind.

Lösungsansatz

Doch wie lassen sich die Versorgungs- und Entsorgungsprozesse letztlich energetisch tatsächlich technisch, im Detail optimieren? Den Stand der Technik im Sinne einer „energetisch und funktional optimalen Wasserversorgung der Zukunft“ vertrat hier Mario Hübner (Manager System - Engineering Sales Region D-A-CH, WILO SE). Einer seiner Lösungsansätze: der Einsatz von Frequenzumformern, der Austausch von Pumpen und Motoren durch solche mit höheren Energieeffizienzklassen und die Verwendung neuer, optimal ausgelegter Pumpensysteme.

Ein weiteres drängendes Branchenthema ist jedoch neben der Energieeffizienz die Trinkwasserbereitstellung. Dipl.-Ing. Harald Kienlein vom Ingenieurbüro Hausmann + Rieger stellte in diesem Zusammenhang die Bestandserhaltung der Infrastruktur, speziell die Sanierung von Trinkwasserspeichern aus den 1960er, 70er und 80er Jahren

in den Mittelpunkt. Unter Berücksichtigung verschiedener Sanierungsvarianten beschrieb Kienlein vor allem den Weg von der Schadensfeststellung bis hin zur Instandsetzungsplanung.

Abwasserbeseitigung

Ganz im Zeichen der „Kehrseite des Wasserverbrauchs“, der Abwasserbeseitigung, stand der zweite Veranstaltungstag. Hier hat der Klimawandel bereits für deutliche Spuren gesorgt: Immer häufiger auftretende Starkregen machen beispielsweise dringend Anpassungsmaßnahmen zur Kanaldimensionierung notwendig. Prof. Dr.-Ing. F. Wolfgang Günther von der Universität der Bundeswehr München forderte daher zeitnah den Einsatz ausreichender Mittel zur Instandhaltung der Kläranlagen und öffentlichen Kanäle in Deutschland. Gleichzeitig ist, wie Professor Dr.-Ing. Paul-Uwe Thamsen (TU Berlin) erläuterte, auch aus technischer Sicht deutlich stärker als bisher eine ganzheitliche Vorgehensweise notwendig, um den Herausforderungen der Abwasserentsorgung künftig nicht nur bedarfsgerecht, sondern letztlich noch finanzierbar begegnen zu können.

Wie verborgen die Thematik ist, zeigt der Umstand, dass die Abwasserbehandlung auch in den meisten Fällen der größte Energieverbraucher einer Kommune ist. Entsprechend drängend stellt sich für die Entscheider die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz von Kläranlagen dar. Anhand praktischer Beispiele zeigten Claudia Schamagl (U.T.E. Ingenieur GmbH) sowie Mario Hübner (WILO SE), wie durch effiziente Abwasserreinigung und den Einsatz effizienter Aggregate beträchtliche Einsparpotenziale realisiert werden können. **DK**

Wasserwirtschaftliche Jahrestagung in Berlin:

Modernisierung und Effizienzsteigerung

Über aktuelle politische Entwicklungen und zukünftige Herausforderungen diskutierten knapp 120 Teilnehmer mit Spitzenvertretern aus Politik und Branche bei der 13. Wasserwirtschaftlichen Jahrestagung des BDEW in Berlin. In zahlreichen Kurzvorträgen und Gesprächsrunden wurden Themen wie Gewässerschutz, neue Düngeverordnung, Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) sowie Klärschlammverordnung und Benchmarking teilweise kontrovers diskutiert.

Laut Jörg Simon, BDEW-Vizepräsident Wasser/Abwasser, hat sich die Politik in den vergangenen Jahren klar für eine Kontrolle von Wasserpreisen und -gebühren durch Kartellämter bzw. Kommunalaufsichtsbehörden und gegen eine Regulierung der Wasserwirtschaft ausgesprochen. Aus dieser inhaltlichen Übereinstimmung zwischen Politik und Branche erwachse für die Wasserwirtschaft aber auch die Verpflichtung, die Anstrengungen für noch mehr Transparenz bei den Wasserpreisen voranzutreiben und freiwillige Benchmarking-Projekte weiter auszubauen. Die Branche sei gefordert, durch eine rege Teilnahme an den freiwilligen Benchmarking-Projekten Politik und Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass der Weg der Modernisierung und Effizienzsteigerung konsequent weitergegangen wird, so Simon.

Neben dem derzeitigen Stillstand bei der Novellierung der Düngeverordnung kritisierte der Vizepräsident Vorschläge, die eine Verlegung von Breitbandkabeln auch in Abwasserkanälen vorsehen. Simon zufolge sind Abwasserkanäle für die Verlegung von Kabeln grundsätzlich nicht geeignet. Unvermeidbar wären demnach chemische Reaktionsprozesse an den Kabeln: Durch die Abwasserinhaltsstoffe könnten Korrosionen oder andere Defekte an den Kabeln auftreten, die letztlich imstande seien, den störungslosen Breitband-Betrieb zu verhindern. Völlig ungeklärt sei die Frage, wie eine Kanalsanierung ohne Be-

einträchtigung der Breitbandkabel durchgeführt werden könnte. Das ständig anfallende Abwasser müsse jederzeit auch im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung sicher entsorgt werden können. „Der BDEW fordert daher, Abwasserregelungen zu geplanten Zwangsausbauelementen zum Breitbandausbau auszunehmen“, erklärte Simon.

Einen Überblick über neueste Entwicklungen im Benchmarking gab Hermann Löhner, Werkleiter Fernwasserversorgung Franken. Einheitliche Branchenkennzahlen sollen nach seinen Angaben zukünftig die Leistungsfähigkeit der Wasserversorgung in Deutschland darstellen. Einheitliche Hauptkennzahlen stünden dann der Landes-Benchmarking-Projekten zur Auswahl/Integration zur Verfügung. Zudem dienten Strukturmerkmale der Darstellung wesentlicher Unterscheidungsmerkmale von Wasserversorgungsunternehmen und deren Wertschöpfungsstufen.

Insgesamt müsse das Augenmerk darauf gelegt werden, einen objektiven Maßstab im Rahmen von Wasserpreisvergleichen zu schaffen sowie die Leistungsfähigkeit der deutschen Wasserversorgung darzustellen und zu kommunizieren, betonte Löhner. Hierzu müssten u. a. die Teilnehmerzahlen in den Landes-Benchmarking-Projekten gesteigert und die erarbeiteten Branchen- und Hauptkennzahlen sowie Strukturmerkmale im Jahr 2015 veröffentlicht werden. **DK**

Abwasser-Innovationspreis 2014 in München

280.000 Euro für High-Tech-Abwasserentsorgung in Nürnberg und Landkreis Bayreuth

„Kläranlagen können neben dem Schutz der Gewässer auch einen wichtigen Beitrag für den Ressourcen- und Klimaschutz leisten. Auch um die Energieeffizienz bei der Abwasserbeseitigung weiter zu steigern, zeichnet der Freistaat innovative Projekte aus.“ Dies betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf anlässlich der Verleihung des „Abwasser-Innovationspreises 2014“ in München.

Scharf zufolge ist Abwasser bares Geld: „Abwasser ist eine Wärme- und Energiequelle, die künftig immer mehr an Bedeutung gewinnen wird. Wer effizient arbeitet und Energie spart, kann gleichzeitig die Bevölkerung entlasten. Unser Ziel ist es, zukunftsweisende Technologien und innovative Ideen in die Fläche zu bringen. High-Tech-Kläranlagen reinigen nicht nur nach höchsten Umweltstandards. Sie vereinen den Schutz unserer Gewässer mit den Herausforderungen von Energiewende und Klimaschutz.“

Mit der Preisverleihung ist eine Zusage für eine finanzielle Förderung der Projekte durch das Bayerische Umweltministerium verbunden.

In diesem Jahr hat das Umweltministerium den „Abwasser-Innovationspreis“ an die Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg sowie die VG Betzenstein/Landkreis Bayreuth verliehen. In Nürnberg wird ein Regenrückhaltebecken umgebaut. Ziel ist eine qualitativ hochwertige Reinigung von belastetem Regenwasser aus dem städtischen Bereich. Insbesondere sollen damit Nährstoffe, vor allem Phosphor, ausgefiltert werden. In einem bayernweit ein-

zigartigen Verfahren wird dazu die Regenwasserbehandlung (Sedimentation) in das Regenrückhaltebecken integriert. Dafür stellt der Freistaat rund 250.000 Euro zur Verfügung.

Im Landkreis Bayreuth wird ein innovatives Verfahren zur Energiegewinnung aus gereinigtem Abwasser und Regenwasser umgesetzt. Durch den Umbau des vorhandenen Schönungssteichs wird der Ablauf der Kläranlage zwischengespeichert und über eine Turbine Strom erzeugt. In einem zweiten Schritt ist die energetische Nutzung der Entlastungswassermengen der Regenbecken geplant. Die VG Betzenstein erhält dafür 30.000 Euro vom Bayerischen Umweltministerium.

Mit dem Abwasser-Innovationspreis zeichnet das Bayerische Umweltministerium seit dem Jahr 2012 herausragende Verfahren beispielsweise der weitergehenden Abwasserreinigung, der Kanalsanierung oder der Energiegewinnung aus Abwasser aus. Die Ergebnisse der Projekte werden anderen bayerischen Kommunen als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe bei Investitionen in die Abwasserentsorgung zur Verfügung gestellt. □

Messeauftritt zwischen Tradition und Innovation

Kompetenz-Zentrum Leitungsbau auf der WATER BERLIN INTERNATIONAL 2015

Vom 24. bis 27. März 2015 können sich Fachbesucher auf der WATER BERLIN INTERNATIONAL über aktuelle Entwicklungen in der Wasserwirtschaft und in der Leitungsbaubranche informieren. Auch in diesem Jahr zeigt der Rohrleitungsbauverband e.V. (rbv) Flagge und trägt die Botschaften des Leitungsbauverbandes e.V. (AGFW), dem Verband Güteschutz Horizontalbohrungen e.V. (DCA), der Gütegemeinschaft Leitungsbau e.V. (GLT), der German Society for Trenchless Technology e.V. (GSTT) sowie dem Rohrleitungssanierungsverband e.V. (RSV) in die Fachöffentlichkeit.

Auf dem Firmengemeinschaftsstand des Kompetenz-Zentrums Leitungsbau mit dabei sind 16 Mitgliedsunternehmen des Verbandes. Um der Bedeutung des gemeinsamen Auftritts angemessen Rechnung zu tragen, wurde der Messestand (Stand-Nr. 217) in der Leitungsbauhalle 1.2 neu konzipiert. Eine in diesem Jahr vom rbv zum ersten Mal organisierte Posterausstellung mit interessanten Leitungsbaumaßnahmen ergänzt das Standgeschehen und lädt zum Verweilen ein.

Tradition hingegen hat der so genannte Pipe Brunch, zu dem das Kompetenz-Zentrum Leitungsbau in diesem Jahr am 25. März auf seinen Stand zum Erfahrungsaustausch in angenehmer Atmosphäre einlädt. Ein weiteres Highlight im Bereich Leitungsbau ist das am 24. und 25. März in unmittelbarer Nähe des Kompetenz-Zentrums Leitungsbau (Halle 1.2) veranstaltete Internationale Leitungsbau-symposium in Verbindung mit der NO DIG Berlin.

Wiederum neu ist die in diesem Jahr erstmalig ausgetragene „Lei-

tungsbau Challenge Berlin“. Die von rbv und DVGW ins Leben gerufene und gemeinsam organisierte Maßnahme soll eine regionale Plattform für die Nachwuchsgewinnung in der Leitungsbaubranche schaffen.

Im Rahmen eines öffentlichen Wettbewerbs von Auszubildenden-Teams soll den Besuchern der Fachmesse und insbesondere den von der Berufswahl stehenden Jugendlichen praxisnah deutlich gemacht werden, wie fachliches Können, moderne Materialien und innovative Verlegetechnik auf einander abgestimmt sein können.

Fachkundig bewertet, sollen die aus bis zu drei Auszubildenden bestehenden Teams Aufgaben aus den Bereichen der Gas- und Wasserversorgung regelwerkskonform umsetzen. Die Teams aus dem Bereich Wasser werden am 25. März zum Wettstreit antreten, die Mannschaften aus dem Bereich Gas werden sich am Folgetag miteinander messen. Die Gewinner der Challenge dürfen sich über einen attraktiven Preis freuen. □

Effektiver Hochwasserschutz im Landkreis Dillingen:

Enge Zusammenarbeit betroffener Kommunen

Einen effektiven „Hochwasserschutz für unsere Heimat“ streben die von den vier geplanten Flutpoldern an der Donau massiv betroffenen Gemeinden und der Landkreis Dillingen an. Unterstützung erfahren die Gebietskörperschaften dabei vom Stimmkreisabgeordneten Georg Winter und seinem Donau-Rieser Kollegen Wolfgang Fackler.

Auf Initiative von Georg Winter verständigten sich Landrat Leo Schrell und die Bürgermeister der Städte Lauingen, Dillingen und Höchstädt sowie der Gemeinden Blindheim, Schwenningen und Tapfheim auf eine enge Zusammenarbeit zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen und Belange. Für wichtig erachtet Abgeordneter Georg Winter dazu eine wissenschaftliche Begleitung. „Gemeinsam wollen wir einen Hochwasserschutz für alle erreichen, der gleichzeitig den berechtigten Belangen der Gemeinden, der Bevölkerung im Kreis Dillingen und der Gemeinde Tapfheim und vor allem der massiv betroffenen

Landwirtschaft gerecht wird“, betont Winter.

Die Studie der TU München, die Grundlage der aktuellen Planung zur Schaffung von insgesamt zwölf Flutpoldern an der Donau, davon allein vier im Landkreis Dillingen, ist, wirft nicht nur offene Fragen auf, sondern enthält nach Aussage von Landrat Leo Schrell auch offensichtliche Fehler. Mit einer Gesamtfläche von 1.780 Hektar und einem Flutpoldervolumen von 36 Millionen m³ sieht Schrell den Landkreis Dillingen zudem unverhältnismäßig hoch belastet. „Dadurch werden unsere Gemeinden weit über das erträgliche Maß hinaus in ihrer

Entwicklung eingeschränkt“, sieht der Landrat die derzeitigen Planungen kritisch. Auch werden Belastungen der Landwirtschaft und der Fischerei teilweise massiv beeinträchtigt.

Dialogveranstaltung

Einigkeit besteht deshalb unter den Gemeinden, dass mit der vorläufigen Sicherung der Flutpoldergebiete unter allen Umständen solange abgewartet werden muss, bis beispielsweise offensichtliche Fehler in der Studie zu Fragen der Topografie oder der Wirkungsweise der Flutpolder geklärt sind. Diese Forderung wollen die Bürgermeister bis zur Dialogveranstaltung mit der bayerischen Umweltministerin Ulrike Scharf am 5. Februar 2015 in Dillingen schriftlich formulieren und der Ministerin übergeben. Vor allem wollen die

Bürgermeister einfordern, dass sich das Umweltministerium selbst kritisch nochmals mit der Studie auseinandersetzt, bevor weitere Verfahrensschritte zur vorläufigen Sicherung eingeleitet werden.

„Es gibt eine Reihe von fachlichen Bedenken, die zwangsläufig zu einer Reduzierung der Flutpolderflächen führen müssen“, ist sich Oberbürgermeister Frank Kunz sicher. So müssen der Schutz des Trinkwassers und vorhandener Wohnbebauung höchste Priorität genießen. Unterstützung erfährt Kunz von Bürgermeister Stefan Lenz, der im Bereich der Stadt Höchstädt Probleme im Zusammenhang mit einem veränderten Grundwasserspiegel sieht. 3. Bürgermeister Michael Bregel sprach sich für die Gemeinde Blindheim ebenfalls dafür aus, gemeinsame Anliegen auch gemeinsam zu vertreten.

Tapfheims Bürgermeister Karl Malz nennt daneben die Bewahrung der Schutzgebiete mit einzigartiger Fauna und Flora ebenso als gemeinsames Ziel wie die Förderung des dezentralen Hochwasserschutzes. Auch für ihn seien verträgliche Poldergrößen, die im Konsens mit den Kommunen und unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und der Verträglichkeit festzulegen sind, eine zentrale Forderung.

Schwenningens Bürgermeister Reinhold Schilling bezeichnet eine fachliche Überprüfung der Studie der TU München anhand der tatsächlichen topografischen Verhältnisse als unumgänglich. So sei im geplanten Poldergebiet Schwenningen ein natürlicher Abfluss nach einer Flutung keinesfalls gewährleistet. „Solche elementaren Fakten müssen Einfluss in die Studie und Planung finden, bevor eine vorläufige Sicherung erfolgt“, fordert Schilling. □

Landkreis Regen:

Modernste Anlage für flüssige, gefährliche Abfälle in Niederbayern

Ölhaltige Flüssigkeiten – wie zum Beispiel Bodenschlämme aus Tanks, Kühlschmierstoff- und Wasch-Emulsionen sowie Inhalte von Öl- und Fettabseparatoren – gelten als gefährliche Abfälle. Ihre fachgerechte Entsorgung erfolgt in chemisch-physikalischen Behandlungsanlagen. Eine der modernsten Anlagen dieser Art in Europa steht jetzt in Niederbayern, in der Gemeinde Geiersthal, im Landkreis Regen.

Stolze 1,6 Mio. Euro hat die Firma RESTOIL in ihre neue, nach BImSchG genehmigte Anlage investiert. Die Hightech-Anlage ist ausgelegt für die Aufbereitung von 20.000 Tonnen im Jahr. Das bedeutet zum einen, dass nun aus ganz Niederbayern und dem gesamten süddeutschen Raum ölhaltige Flüssigkeiten gesammelt und angeliefert werden können.

Komplexe Techniken

Das bedeutet zum anderen aber auch, dass die Firma RESTOIL in Geiersthal ebenfalls in der Lage ist, auf Havarien zu reagieren. Denn pro Tag können Mengen von mehr als 400 qm Flüssigkeit aufgenommen und sicher verarbeitet werden.

Die Behandlung der ölhaltigen Flüssigkeiten – etwa aus Ölabscheidern von Autowerkstätten, Bauhöfen, Feuerwehren oder aus der Metallverarbeitenden Industrie – erfolgt durch komplexe Verfahrenstechniken. Diese werden exakt definiert, nach mehrstufigen Analysen im hauseigenen, angeschlossenen Labor. Dadurch können die umweltbelastenden Schadstoff-

fe umgewandelt oder eliminiert, und die gereinigten Rohstoffe in den Stoffkreislauf zurückgeführt werden.

Anfallende Rückstände werden direkt einer geordneten Nachentsorgung zugeführt; das zurückgewonnene Wasser ist so sauber, dass es in die Kanalisation eingeleitet werden darf. Die im Prozess abgetrennten Mineralölbestandteile aus den Flüssigkeiten bedeuten eine nachhaltige Gewinnung von fossilen Brennstoffen bei gleichzeitiger Reduzierung der CO₂-Belastung.

Erfahrene Spezialisten

Dafür verantwortlich ist ein 9-köpfiges Team mit erfahrenen Entsorgungsspezialisten, die mit der chemisch-physikalischen Behandlung von Abscheiderinhalten und Emulsionen aus der Metallverarbeitung langjährig vertraut sind.

Das Entsorgungsunternehmen RESTOIL, das zur Kuchler Service-Unternehmensgruppe gehört, ist nach § 52 KrWG als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert und Montags bis Freitags von 6 bis 22 Uhr offen für Lösungen. □

Kommunale Schwimmbäder:

Synergieeffekte nutzen

„Wir brauchen in Deutschland eine Infrastrukturoffensive und dazu gehört auch die Sanierung vieler Schwimmbäder“, unterstreicht der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) in einem soeben vorgelegten Positionspapier. In Deutschland gebe es eine historisch gewachsene, ausgeprägte Kultur öffentlicher Schwimmbäder. Sie machten das Sport- und Freizeitangebot einer kommunalen Infrastruktur attraktiv. Über 80 % der Bevölkerung hielten Bäder für unverzichtbar. Nach Radfahren und Laufen sei Schwimmen die beliebteste Sportart, heißt es.

Umso alarmierender sei es, dass immer weniger Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Grundschule schwimmen können. Etwa 50 % der Grundschüler gelten mittlerweile als keine sicheren Schwimmer. Die Zunahme der Freizeitbäder ohne Lehrbecken erschwere das Schulschwimmen.

Schwimmbäder, die sich zu 80 Prozent in kommunaler Trägerschaft befinden, sind nach Darstellung des DStGB ein wichtiger Bestandteil der örtlichen Daseinsvorsorge. Das bedeute allerdings nicht, dass jede Gemeinde ein eigenes Schwimmbad haben muss. „Das kann schon deshalb nicht funktionieren, weil die Unterhaltung von Schwimmbädern oder Hallenbädern eine erhebliche finanzielle Belastung für die Kommunen darstellt, denn jeder Schwimmbetrieb ist zugleich ein Zuschussbetrieb. Umgerechnet auf den einzelnen Besucher der Badeanstalt liegen die Zuschüsse zwischen 5 und 10 Euro pro Person. Die Unterhaltung eines Schwimmbades ist kostendeckend nicht möglich.“

Die Kostendeckungsgrade schwanken laut DStGB zwischen 27,2 % in Freibädern, 31 % in Hallenbädern und bis zu 83 % in Freizeitbädern. „Das allein ist sicherlich kein Argument gegen Frei- und Hallenbäder, zumal man sicherlich bedenken muss, dass bei Kultureinrichtungen wie Opern und Festspielhäuser der Fehlbeitrag pro Besucher teilweise noch wesentlich höher ist. Der Konsolidierungsdruck ist insoweit enorm und hat zur Folge, dass natürlich auch der Unterhalt und Betrieb von Schwimmbädern in der Kommunalpolitik jeweils zur Diskussion gestellt wird. Deshalb sind zusätzliche Landes-, aber auch Bundesmittel unverzichtbar.“

Gleichzeitig müssten die Kommunen alle Synergieeffekte nutzen, um einerseits die Schwimmkompetenz zu fördern und andererseits sicherzustellen, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. So sei es denkbar, dass eine Gemeinde das sanierungsbedürftige Schwimmbad schließt, die andere es saniert und dafür ein unentgeltlicher Schwimmbadbus zwischen den Gemeinden pendelt.

Neben dem gemeinsamen Betrieb eines Schwimmbades durch zwei Gemeinden (sog. interkommunale Kooperationen) seien auch Kooperationen mit Erlebnisbädern (soweit diese ein Lehrbecken haben) denkbar, so dass zu bestimmten Zeiten Schwimmunterricht zugunsten der Schulen dort stattfinden kann.

Auch sei gerade im Schwimmbereich die Bereitschaft der Menschen, durch bürgerschaftliches Engagement eine solche Einrichtung weiter zu betreiben, groß, heißt es weiter. Gute Erfahrungen hätten die Kommunen z. B. damit gemacht, dass man ganz oder teilweise den Betrieb eines Schwimmbades einem Förderverein überlässt und die Stadt sich auf einen Zuschuss beschränkt.

Zudem gebe es funktionierende Bäder in Form von Genossenschaften. Schließlich sei auch das Potential von Modellen Öffentlich-Privater-Partnerschaften (ÖPP) bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Beim Bau und der Sanierung der Schwimmbäder könnten sich die jeweiligen Aufgabenträger und Betreiber verstärkt die Kosten teilen. Wichtig sei allerdings eine flexible Ausgestaltung der Modelle.

Kosten optimieren

„Darüber hinaus sind die Städte und Gemeinden bemüht, die Kosten eines Schwimmbadbetriebes zu optimieren“, so der DStGB. Über die stärkere Ausrichtung der Nutzungszeiten am Bedarf, die Optimierung von Öffentlichkeitsarbeit und Werbung sowie der Einnahmen aus Nebenbetrieben wie Gastronomie, Sauna bzw. Sonderveranstaltungen oder die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch bauliche Maßnahmen könne Potential gehoben werden. So könnten zu groß dimensionierte Flächen z. B. in Sauna-Badelandchaften, Solarien oder Wellnessbereiche umfunktionierte werden. Denkbar seien auch Eltern-Kind-Bereiche, Abenteuer- oder Erlebnisbecken. Das steigere gleichzeitig die Attraktivität des Schwimmbades. „Dabei sollte aber immer ein Konzept erarbeitet werden, dass die Nutzung eines Bades als

Schul- und Vereinsbad, sportorientiertes Bad, aber auch als Bad mit Freizeitwerten beinhaltet.“

Vor diesem Hintergrund erachtet es der Deutsche Städte- und Gemeindebund allerdings die Entscheidung der Finanzminister von Bund und Ländern, zum 1. Juli 2015 den ermäßigten Umsatzsteuersatz für Saunabesuche zu streichen, als problematisch. Denn hiermit werde den Städten und Gemeinden ein Instrument der Kostenoptimierung beschnitten und stattdessen der Kostendruck für die etwa 1.000 öffentlichen Bäderbetriebe mit Saunangeboten vor dem Hintergrund hoher Personal- und Betriebskosten weiter erhöht.

Ein nach wie vor ungelöstes Problem sei der Sanierungsstau bei den Schwimmbädern. Viele Schwimmbäder (schätzungsweise 30 bis 40 Prozent) stammten aus den 1960er und 70er Jahren. Deutschlandweit geht man von einem Sanierungsstau von bis zu 14 Mrd. Euro aus. Hinzu komme, dass vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch Maßnahmen z. B. hinsichtlich der Zugänglichkeit (Barrierefreiheit) ergriffen werden müssen.

Fazit: „Wir werden uns mittelfristig darauf einstellen müssen, dass die Kommune, aber auch der Staat insgesamt, nicht alles, was wünschenswert ist, in dem erforderlichen Umfang finanzieren und gewährleisten kann. Denn so wichtig die Aufrechterhaltung des derzeitigen Angebotes an Schwimmbädern ist, sie zählen zu den freiwilligen Aufgaben mit der Folge, dass auch eine Schließung möglich ist. Wichtig ist, dass die Städte und Gemeinden frühzeitig in den Dialog mit den Bürgern, den Sportvereinen, anderer Partner wie der DLRG und den Medien eintreten, damit in einem transparenten Verfahren die Argumente abgewogen und auch verschiedene Alternativen erörtert werden können.“

Dem DStGB zufolge „wäre es sicher hilfreich, auf Landesebene eine Plattform zu schaffen unter dem Motto: Schwimmen ermöglichen, Bäder erhalten“. Hier könnten die verschiedenen Initiativen von Land, Kommunen, aber auch Vereinen und Elterninitiativen koordiniert werden. Ein gutes Schwimmangebot stelle immer auch einen wichtigen Standortvorteil für eine Stadt oder Gemeinde dar. Auf der kommunalen Ebene sollten die Schwimmbäder weiterhin Bestandteil der Sportentwicklungsplanung sein. DK



Für ein lebendiges Bayern.

Wir machen uns stark für die Menschen in der Region und engagieren uns für Gesellschaft, Kultur und Ökologie.

www.bayernwerk.de

bayernwerk

Schwäbischer Bezirkstag verabschiedet Haushalt für 2015

Noch kurz vor Weihnachten hatte der schwäbische Bezirkstag eine gute Nachricht an die Umlagezahler: Trotz schwieriger Rahmenbedingungen bleibt die Bezirksumlage unverändert bei 22,9 Prozentpunkten. Dies beschloss das Schwabenparlament bei seiner letzten Sitzung dieses Jahres. In Kloster Irsee verabschiedeten die Bezirksrätinnen und Bezirksräte einen Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 650.332.280 Euro.

„Erstmals überschreiten wir diese Marke“, verdeutlichte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert. „Wenn nicht bald die Entlastung durch das geplante Bundesteilhabegesetz kommt, werden wir den Umlagesatz in den kommenden Jahren nicht mehr stabil halten können.“ Vor allem die Bundesregierung mahnte der Bezirkstagspräsident in seiner Haushaltsrede an: „Der Bund muss sich schnell und umfassend an den stetig steigenden Kosten für die notwendigen Leistungen für Menschen mit Behinderung und an den weiteren Sozialausgaben beteiligen.“ Es ginge nicht an, dass man auf politischer Ebene Inklusionsziele formuliere, die kommunalen Kostenträger jedoch mit der finanziellen Beteiligung seit Jahren alleine lasse.

Allein im Bezirk Schwaben mache der Anteil der sozialen Hilfen im Verwaltungshaushalt seit Jahren den Löwenanteil aus, 2015 steigt er erstmals auf 96,03 Prozent. Hintergrund sind die steigende Zahl der Hilfeempfänger, vor allem in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, Tarifanpassungen und verbesserte Stellenschlüssel in der Hilfe zur Pflege, für die auch der Bezirk zur Verbesserung der Qualität eintrat. „Das sind Faktoren, die wir nicht beeinflussen können“, betonte Reichert. Dazu kämen jedoch auch politisch offene Fragen - so die immer noch nicht gelöste Aus-

einandersetzung mit dem bayerischen Kultusministerium, wer die Finanzierung für die sogenannte Schulbegleitung übernehme. „Eines der Beispiele, in denen auf Landesebene ein durchaus zu begrüßendes Gesetz - nämlich zur Inklusion im Schulwesen - erlassen wird, die Kosten aber von anderen bezahlt werden müssen“, so Reichert. Einerseits gebe es offene Forderungen an Bundes- und Landesebene, andererseits dagegen ein positives Miteinander innerhalb der kommunalen Familie in Schwaben.

„Die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden waren geprägt von Vertrauen und Verständnis für die Belange des Bezirks und dessen Aufgaben“, führte Reichert in seiner Haushaltsrede aus. Zumal auch die Landkreise, die kreisfreien Städte und die Kommunen unter der Last steigender Sozialausgaben ächzen, hier dürfe man sich nicht auseinanderrufen lassen, so Reichert.

Den Bezirkshaushalt wertete er positiv: „Es ist uns, trotz einer äußerst schwachen Steuerkraft, gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt auf den Weg zu bringen.“ Wichtig sei das Signal an die schwäbischen Kommunen, dass trotz der steigenden Pflichtaufgaben im Sozialbereich, die auf die Bezirke entfallen, keine Umlagesteigerung auf die Landkreise und kreisfreien Städte komme. Birgit Böllinger

Neuer Leitfaden:

„Schulverweigerndes Verhalten“

Um Fällen von Schulverweigerung und einer damit oftmals verbundenen sozialen Ausgrenzung junger Menschen möglichst frühzeitig gegensteuern zu können, haben das Staatliche Schulamt Dillingen, das Kreisjugendamt, die St. Gregor Kinder, Jugend- und Familienhilfe und die Theresia-Haselmayr-Schule (Regens Wagner) einen Leitfaden „Schulverweigerndes Verhalten“ herausgegeben.

Bei der Vorstellung des Leitfadens betonte Landrat Leo Schrell, dass junge Menschen den Anschluss an das Schulleben nicht verlieren dürfen, weil Bildung heutzutage eine elementare Voraussetzung ist, um eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten und infolgedessen ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben führen zu können. Schrell dankte deshalb allen an der Erstellung des Leitfadens beteiligten Institutionen.

Der Landrat äußerte gegenüber den anwesenden Vertretern der Schulen im Landkreis die Bitte, den Leitfaden verbindlich an der jeweiligen Bildungseinrichtung einzuführen, um eine einheitliche Vorgehensweise im Landkreis sicherzustellen.

Bei der Vorstellung des Leitfadens erläuterten Beate Sigl (St. Gregor Jugendhilfe) und Schulrat Markus Wörle, dass zwischen der aktiven und passiven Schulverweigerung zu unterscheiden sei. So liegt eine aktive Schulverweigerung vor, wenn der Schüler wiederholt oder über einen längeren Zeitraum hinweg unentschuldig der Schule fern bleibt oder zwar physisch anwesend ist, den Unterricht jedoch durch Störungen aktiv verweigert. Eine passive Schulverweigerung hingegen ist dadurch gekennzeichnet, dass die Schülerinnen und Schüler zwar im Unterricht anwesend sind, sich jedoch nicht am

Unterrichtsgeschehen beteiligen und kein Interesse zeigen. Passive Verweigerung liegt zudem vor, wenn die Kinder und Jugendlichen der Schule entschuldig fernbleiben, jedoch in einem Maße, welches inhaltlich nicht nachvollziehbar ist.

Checkliste

Um eine Schulverweigerung möglichst frühzeitig zu erkennen, enthält der Leitfaden u. a. eine Checkliste „Formen der Schulverweigerung“. Anhand mehrerer Indikatoren zum Verhalten der Schüler und deren schulischen Interaktionen, zu Fehlzeiten, zum Leistungsabfall und schulrechtlichen Auffälligkeiten sollen Rückschlüsse auf eine schulverweigernde Haltung gezogen werden können.

Der Leitfaden ist u. a. Ausfluss des vom Kreisjugendamt bereits vor Jahren angeregten und von der St. Gregor Jugendhilfe entwickelten Projektes „Fließband – Flexible individuelle Betreuung und Beschulung“. Auf der Grundlage des nun erarbeiteten Leitfadens wird eine enge Zusammenarbeit von Schulleitungen, Beratungslehrern, Schulpsychologen, Fachkräften der Jugendsozialarbeit an Schulen, Mitarbeitern des allgemeinen sozialen Dienstes und Trägern der freien Jugendhilfe angestrebt. □



Die Oberbürgermeister Christian Schuchardt (links) und Sebastian Remelé mit ihren Gattinnen Asa Petersson (rechts) und Monika Remelé. Bild: Georg Wagenbrenner

Schweinfurt und Würzburg:

Auf dem Weg zu einer starken Region

Für eine stärkere regionale wie auch interkommunale Zusammenarbeit plädierte Oberbürgermeister Christian Schuchardt beim Neujahrsempfang der Stadt Würzburg. Und so waren unter den rund 600 Bürgerinnen und Bürgern auch viele Vertreter aus der Region Mainfranken im Ratssaal anwesend.

Zu Beginn des Empfangs ging Schuchardt auf die Ereignisse in Paris in den vergangenen Wochen ein. „Die Anschläge in Paris haben auch uns gegolten. Sie haben sich über die konkreten Ziele hinaus gegen elementare Menschenrechte und tragende Pfeiler unserer freiheitlichen Demokratie gerichtet“, so der Würzburger OB, der zugleich der Gewalt eine klare Absage erteilt. „Wir werden nicht vor denen zurückweichen, die mit Gewalt die Freiheit einschränken oder abschaffen wollen. Und wir werden es nicht zulassen, dass der islamistische Terror unsere Gesellschaft spaltet, denn wir wissen: Die überwältigende Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime lehnt Gewalt ab, befürwortet Meinungs- und Religionsfreiheit und steht zur Demokratie.“

70 Jahre Kriegsende und Zerstörung Würzburgs im Jahr 2015 jahren sich zum 70. Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges wie auch die Zerstörung Würzburgs. „Wir sind alle aufgerufen, entschlossen gegen die Geisteshaltungen anzugehen, die damals zum Krieg geführt haben und heute wieder den Frieden bedrohen. Wir sind aufgerufen, dem Nationalismus die Völkerverständigung entgegenzusetzen, dem Rassismus die uneingeschränkte Achtung der Menschenwürde und dem politischen Extremismus die Wahrung von Recht und Freiheit“, so Schuchardt. „Wir wollen eine offene und tolerante Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und Religion gut leben können.“

Bündelung der Kräfte

Im Mittelpunkt des Neujahrsempfangs stand die regionale und interkommunale Zusammenarbeit. „Heute konkurrieren weniger Städte, sondern vielmehr Regionen miteinander“, betont der Würzburger Oberbürgermeister, der für ein selbstbewusstes Mainfranken plädiert. „Dazu ist es notwendig, dass wir unsere Kräfte bündeln, wie es in der Region Mainfranken GmbH geschieht“. In diesem Prozess kämen Schweinfurt und Würzburg eine Schlüsselrolle zu. Sie sind die beiden größten Städte in der Region und die beiden regionalen Oberzentren. Sie seien damit geborene Partner für die regionale Kooperation und ergänzen sich in wichtigen Bereichen.

Würzburg und Schweinfurt werden deshalb künftig häufiger gemeinsam agieren. Gastredner Sebastian Remelé gab zunächst einen Überblick über die gemeinsamen Wurzeln und die doch geteilte Geschichte der beiden Städte. Dass Schweinfurt im Zuge der Gegenreformation die evangelisch gewordenen Würzburger aufgenommen hatte, habe zur wirtschaft-

lichen Entwicklung Schweinfurts beigetragen, betonte Remelé.

Im 30-jährigen Krieg waren sich die beiden Städte in verfeindeten Lagern gegenüber gestanden. Gemeinsam wurden Würzburg und Schweinfurt in das Königreich Bayern annektiert und verloren damit im Jahr 1813 ihre Eigenständigkeit. „Würzburg gelang es, seine Stellung als geistiges Zentrum Unterfrankens zu bewahren und auszubauen. Schweinfurt hingegen wurde Provinzstadt“, bedauerte Remelé.

Doch Schweinfurt gelang der Durchbruch zu einem der bedeutendsten Industriestandorte Nordbayerns mit Erfindung der Kugelschleifmaschine am Ende des 19. Jahrhunderts. Heute hat Schweinfurt seine einstmalige Verschuldung auf praktisch Null zurückgeführt und kann auf eine üppige Rücklage von 40 Millionen Euro blicken.

In Zukunft wird auch in Schweinfurt die große Aufgabe der Konversion anstehen. Hier müssen rund 100 Hektar Militärgelände in städtischen Raum gewandelt werden. Im Sommer wird dort eine Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen. Auf dem i-Campus auf dem Gelände der ehemaligen Ledward Barracks werden deutsche wie ausländische Studenten der gemeinsamen Schweinfurter und Würzburger Hochschule für angewandte Wissenschaften komplett in englischer Sprache unterrichtet.

Nur gemeinsam sind wir stark

„Ich bin Oberbürgermeister Christian Schuchardt und sämtlichen Mitgliedern der Region Mainfranken dankbar“, so Remelé, „dass sie dieses Projekt als Leuchtturmvorhaben für die nächsten Jahre in Mainfranken definiert haben und ihre volle politische Unterstützung zusagten.“ Damit erfülle die Region Mainfranken einer ihrer zentralsten Rollen: Die Gesamtregion zu stärken, die Kräfte zu bündeln und gegenüber München mit einer Stimme zu artikulieren. Remelé rief dazu auf, einen gemeinsamen Ballungsraum Würzburg-Schweinfurt zu bilden.

„Weder Würzburg und erst recht nicht Schweinfurt sind auf sich allein gestellt in der Lage, diese Sogwirkung zu entfalten. Nur beiden Städten gemeinsam mit den sie umgebenden Landkreisen kann diese Herkulesaufgabe gelingen.“ Weg vom Kirchturndenken hin zu einer starken, gemeinsam agierenden Region ist das neue Motto für die Region Mainfranken, getragen sowohl von Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt als auch Schweinfurts Oberbürgermeister Sebastian Remelé. □

Regionaler Planungsverband Regensburg:

Landrat Willibald Gailler neuer Vorsitzender

Der Regionale Planungsverband Regensburg hat sich im Rahmen seiner 25. Sitzung neu konstituiert. Nach zwölf Jahren im Amt wurde der bisherige Vorsitzende, Regensburgs ehemaliger Landrat Herbert Mirbeth, verabschiedet. Seine Nachfolge tritt der Neumarkter Landrat Willibald Gailler an – er wurde mit 97,8 % der Stimmen gewählt. Zum ersten Stellvertreter wurde Landrat Dr. Hubert Faltermeier (Kelheim) bestimmt, weitere drei Stellvertreter sind die Landräte Tanja Schweiger (Regensburg) und Franz Löffler (Cham) sowie der Regensburger Oberbürgermeister Joachim Wolbergs.

Die Verbandsversammlung beschäftigte sich außerdem mit Forderungen aus der Änderung der Bayerischen Bauordnung zur Steuerung der Windkraftnutzung, die dem neu besetzten Planungsausschuss im ersten Quartal 2015 zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Wie dargelegt wurde, erfolge durch „10H“ faktisch bereits eine räumliche Lenkung der Windkraftnutzung für den überwiegenden Teil des Regionsgebietes. Regionalplanerische Vorrang-, Vorbehalts- und Ausschlussgebiete für Windkraftanlagen (WKA) hätten nur noch außerhalb der 10H-Radien einen „steuernden Mehrwert“ im Sinne einer Begrenzung von WKA. Ein Steuerungskonzept, das nur diese Gebiete behandelt, sei gegebenenfalls problematisch, da der Raum außerhalb der 10H-Radien nicht bestimmbar ist, weil „10 H“ keine metrische Größe darstellt und gemäß § 35 Abs.1 BauGB weiterhin „substanzialer Raum“ für Windkraftanlagen verbleiben muss.

Innerhalb der 10H-Radien hätten regionalplanerische Vorranggebiete lediglich noch die Funktion einer Flächensicherung für Windkraft (Abwehr von Nutzungen, die mit Windkraftanlagen konkurrieren). Eine letztliche planerische Umsetzung von WKA sei somit erst durch die „Aktivierung“ mit einem Bebauungsplan möglich. Vorranggebiete entsprächen damit eher dem Charakter von Vorbehaltsgebieten. Eine Unterschreitung von 10H mittels Bebauungsplan wäre innerhalb verbindlicher regionalplanerischer Ausschlussgebiete nicht mehr zulässig.

Insgesamt gebe es nach Inkrafttreten der „10H-Regelung“ zahlreiche ungeklärte Fragen zu den rechtlichen Anforderungen und die geeignete Vorgehensweise für regionalplanerische Windkraftsteuerungskonzepte. Jedoch bestehe gemäß Landesentwicklungsprogramm für die Regionalen Planungsverbände weiterhin die Pflicht zur Ausweisung von Vorranggebieten für WKA.

„Mit der Heimatstrategie keine zwei Geschwindigkeiten zwischen Stadt und Land“ lautete der Titel des Vortrags von Heimatstaatssekretär Albert Füracker MdL. Ziel dabei ist es nach Fürackers Worten, den Weg in die Zukunft für ganz Bayern mit einem finanziell soliden und strukturell umsetzbaren Programm zu realisieren. Dies soll in enger Abstimmung mit der kommunalen Familie erfolgen. Damit werde auch dem Verfassungsauftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern herzustellen, Rechnung getragen.

Grundsätzlich gelte es, stärkere Dynamiken in den strukturschwachen Regionen zu schaffen und diese für junge Menschen attraktiver zu gestalten. Die Heimatstrategie bestehe aus den fünf tragenden Säulen kommunaler Finanzausgleich, Strukturentwicklung, Digitale Revolution, Nordbayern-Initiative sowie Behördenverlagerungen.

Der Rekordwert des kommunalen Finanzausgleichs, den Füracker für 2015 mit 8,3 Mrd. Euro bezifferte, solle dazu beitragen, den ländlichen Raum gegenüber den Metropolregionen München und Nürnberg zu stärken. Basierend auf Erkenntnissen einer neu gegründeten Arbeitsgruppe soll ab

2016 auch eine gerechtere Verteilung dieses Geldes erfolgen, kündigte Füracker an.

Darüber hinaus werde es Stabilitätshilfen für schwächere Kommunen geben, so der Staatssekretär und nannte mit Blick auf die Region 11 des Planungsverbandes Regensburg vor allem Gemeinden aus dem Landkreis Cham. Dieser werde auch davon profitieren, dass man im touristischen wie wirtschaftlichen Bereich die Zusammenarbeit mit Tschechien und Oberösterreich vorantreiben wolle.

Zudem kündigte Füracker unter anderem an, die Ansiedlung von Gewerbebetrieben zu erleichtern. Hierzu wolle man vom bisher geltenden Anbindegebot abweichen und insbesondere seitens des Planungsverbandes mehr mit den betreffenden Gemeinden kooperieren. DK

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Robmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltene Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Kreis- und Stadtparkasse Dillingen
IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566
BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG
IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320
BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse
GmbH. Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird
Recycling-Papier verwendet.

Schwäbischer Integrationspreis:

Initiativen mit Vorbildcharakter

Bereits zum 7. Mal verlieh die Regierung von Schwaben den Integrationspreis. Regierungspräsident Karl Michael Scheufele und Sozialministerin Emilia Müller ehrten dabei fünf unterschiedliche schwäbische Initiativen, die für erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet der Integration von Migrantinnen und Migranten stehen. Jedes ausgezeichnete Projekt wurde mit einem vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zur Verfügung gestellten Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro bedacht.

Erster Preisträger ist der 2009 vom Diakonischen Werk in Leipzig gegründete „Kinderzirkus MiMa“, der seitdem unter der Federführung des Mehrgenerationenhauses läuft. Kinder zwischen sechs und 14 Jahren treffen sich einmal pro Woche mit dem ehrenamtlichen Leiter Eugen Baummeister. Die kleinen Artisten ver-

Kleingärtner e.V.“. Wie Regierungspräsident Scheufele in seiner Laudatio anmerkte, produziert jede Kultur ihre eigene Gartenkultur. In deutschen Kleingärtenanlagen setzen auch Bürger mit Migrationshintergrund Akzente bei Anlage und Gestaltung der einzelnen Parzellen und sorgen damit für Abwechslung und Viel-

engagierte Bürger der Stadt. In den Räumlichkeiten des Stadtjugendzentrums werden jungen Migranten gezielt Möglichkeiten geboten, sich zwanglos mit anderen Jugendlichen auszutauschen. Den Rahmen des Projekts bieten unterschiedliche Veranstaltungen, der Betrieb einer Cafeteria, Holz- und Töpferwerkstatt, Spiele, Workshops usw.

Durch den Umgang mit Gleichaltrigen erhalten junge Menschen aus anderen Ländern die Chance, in ihrer neuen Umgebung anzukommen und Anschluss zu finden. Im Zuge der gemeinsamen Freizeitgestaltung verbessern sie ihre Sprachkenntnisse und lernen auch den Alltag Kaufbeurer Jugendlicher kennen. Auf Wunsch werden zudem Kontakte zu Vereinen und Verbänden hergestellt und begleitet. Die einheimischen Jugendlichen lernen bei dieser Gelegenheit den respektvollen und toleranten Umgang mit Menschen aus anderen Kulturkreisen.

Gewürdigt wurde darüber hinaus die „Arbeit von Ehrenamtlichen in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Kempten“. Unter dem Dach des Diakonischen Werkes wird dort seit vielen Jahren ehrenamtliche Integrationsarbeit geleistet. Es finden Deutschkurse, Nachhilfestunden, Kommunikationstrainings und Diskussionsrunden zu aktuellen Tagesthematen statt. Außerdem gibt es Kinderbetreuung, Ausflüge und Kinobesuche.

falt. Diese Anlagen seien heute auch optischer Spiegel einer modernen Stadtgesellschaft. Die Kleingärtnerbewegung sei offen für Mitglieder aus allen Kulturkreisen und leiste damit einen wichtigen Beitrag für gelingende Integration.

Begegnungswerkstatt Kaufbeuren

Das Projekt „Begegnungswerkstatt Kaufbeuren“ (Träger: Stadtjugendring) wiederum richtet sich an junge Migranten sowie Jugendliche aus Kaufbeuren und

Insgesamt gibt es jetzt schon ein 22-köpfiges Team, das von Klaus Hackenberg und Kerstin Goldberg begleitet wird. „Es gibt verschiedene Wege, sich als Unterstützer einzubringen“, berichtet Goldberg. Egal ob in den Sprachvermittlungsguppen, als Hausaufgabenhelfer oder als „Kultur-Paten“ bei der Eingewöhnung in die Lebensweisen in Kempten – nach wie vor sei es wichtig, dass die Freiwilligen vorab über die rechtliche Situation der Asylsuchenden informiert werden. „Die Möglichkeiten und Grenzen der Freiwilligen müssen genau abgesprochen werden und die Rahmenbedingungen wie Versicherungsschutz und Kostenersatzung mitgeteilt werden“, so Hackenberg.

Auch der Asylkreis Affing-Anwalting unterstützt mit ehrenamtlichen Helfern Asylbewerber in vielfacher Art und Weise. Dabei reicht die Bandbreite von Fahrdiensten, Hausaufgabenhilfe, Deutschkursen, Begleitung zu Behördengängen, Arztbesuchen und Workshops, bis hin zur Organisation der Freizeitgestaltung. Ehrenamtlich organisierte Helferkreise leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Betreuung von Flüchtlingen, die in kleineren Orten mit wenigen Einkaufsmöglichkeiten oder eingeschränktem Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr leben. **DK**

nellen Handwerksberufe der Holz- und Glasverarbeitung im Vordergrund.

Was den Bayerischen Wald einst weltweit berühmt machte, nämlich Glas, wird im 1. Stock sichtbar. Exponate aus Glashütten und von der Zwiesel Glasfachschule erzählen von der aufwändigen Kunst des Glasmachens. Zu den Raritäten gehört auch das raumfüllende Miniatur-Glasmacherdorf, das Ende der 1960er Jahre mit viel Liebe zum Detail von einem heimischen Schnitzer gefertigt wurde. Eindrucksvoll ist außerdem die Ausstattung der drittältesten Apotheke im Bayerischen Wald. Auch dem Schnupftabak ist eine eigene Abteilung gewidmet. Eine Abteilung im Dachgeschoss beschäftigt sich schließlich mit der Zwiesel Stadtgeschichte. **DK**



Staatsministerin Emilia Müller (2. von rechts) und Schwabens Regierungspräsident Karl Michael Scheufele (rechts) überreichen den Integrationspreis der Regierung von Schwaben unter anderem an den Mitmachzirkus des Mehrgenerationenhauses Leipzig. Bild: StMAS

schiedener Nationen lernen nicht nur Einrad fahren, jonglieren, Zauberkünste, Akrobatik und Clown-Nummern, sondern auch Selbstbewusstsein, Konzentration und Verantwortung. Sie bringen sich Kunststücke gegenseitig bei und zeigen sie auch regelmäßig vor Publikum auf Festen und Veranstaltungen. Doch nicht nur die Kleinen bringen sich in der Manege ein: Erwachsene helfen zum Beispiel beim Bau von Kulissen, beim Nähen von Kostümen und bei der Betreuung der Kinder.

Ebenso ausgezeichnet wurde der „Stadtverband Augsburg der

Neugestaltetes Waldmuseum in Zwiesel:

Zu Gast im Infopoint München

Ende Juni 2014 wurde das Waldmuseum in Zwiesel nach einer vollständigen Neugestaltung und an einem neuen Ort wieder eröffnet. Das traditionsreiche Museum, das der Kultur- und Naturgeschichte des Bayerischen Waldes gewidmet ist, gab kürzlich in seiner Präsentation im „Infopoint – Museen und Schlösser“ in München Auskunft über die neue Konzeption, Ausstellungen und Projekte.

Über 60.000 Besucher nutzen jedes Jahr diese zentrale Anlaufstelle, die von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern getragen wird, um sich über Sehenswürdigkeiten und aktuelle Ausstellungen in München und in ganz Bayern zu informieren. Bei der Eröffnung der Präsentation wurde Zwiesel durch Bürgermeister Franz Xaver Steininger, Kulturreferent Eberhard Kreuzer und Museumsleiterin Dr. Astrid Fick vertreten.

Das Waldmuseum kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Seit 1904 trugen Zwieseler Bürger vielfältige Sachzeugnisse zusammen, um die Historie ihrer Stadt und der Region zu bewahren. Mitte der 1960er Jahre veränderte sich der thematische Schwerpunkt und es gelang die Einrichtung des ersten Waldmuseums in Deutschland.

Das neugestaltete Waldmuseum in Zwiesel nimmt seine Be-

sucher mit auf eine Reise durch die Geschichte des Bayerischen Waldes. Auf moderne Art wird der Wald als Lebensraum für Mensch und Tier präsentiert. 18 moderne interaktive Medienstationen liefern beispielsweise historisches Film-, Foto- und Tonmaterial. Ein eindrucksvolles Urwald-Diorama mit originalen Baumrissen und präparierten Tieren gewährt Einblick in die heimische Tier- und Pflanzenwelt. Weiter geht es durch das Reich der Pilze und den Lebensraum von Wiesen-, Wald- und Hecktieren.

Wie Waldhirten früher gelebt haben, kann man in einer begehbaren kleinen Waldhütte hautnah erleben. Dies entspricht ganz dem neuen Museumskonzept: Dinge unmittelbar begreifbar und erlebbar zu machen. Abwechslungsreiche naturkundliche und volkskundliche Sammlungen spiegeln Leben und Arbeiten der Menschen in und mit dem Wald wider. Hier stehen die traditio-

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Na, Sabrina, in was legen Sie jetzt Ihr Geld an? Unser Sparkassendirektor meinte sarkastisch, er investiere sein Geld in Steuern, nur da würden die Erträge noch steigen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hielt ratlos die Wirtschaftssteile zweier großer überregionaler Zeitungen in Händen.

Für einen Augenblick war ich versucht ihm zu antworten, eine Frau könne mit Klamotten und Kosmetik immer sinnvoll Geld ausgeben, verkniff mir diesen politisch unkorrekten Scherz aber, nachdem ich seine echte Ratlosigkeit bemerkte. Es stimmt, wenn man die Zeitungen aufschlägt und Wirtschaftsnachrichten liest, ist man als Laie vollkommen ratlos. Da freut man sich zum Beispiel als Autofahrerin oder Mieterin am fallenden Ölpreis. An der Tankstelle gibt es endlich wieder Rückgeld und die saftige Heizkostennach-

schaft studiert hätten. Und Mario Draghi scheint als Europas Alleinherrscher, der ohne jede Kontrolle Geld drucken kann, wie es ihm passt. Keiner erklärt wirklich, warum im Euro-Raum das nicht funktionieren soll, was in den USA und Großbritannien ausweislich der dort erreichten Wachstumszahlen schon funktioniert hat.

Vor allem fällt auf, dass die schlechte Stimmung, die uns vermittelt wird, so gar nicht zur Lage im Lande passen will. Nie hatten mehr Menschen bei uns einen Job, nie war die Arbeitslosigkeit niedriger. Die Firmen verdienen prächtig und die Steuereinnahmen sprudeln. Da wo es hakt, bei der Gewerbesteuer, ist nicht die schlechte Lage der Unternehmen schuld, sondern riesige Investitionen, die die Firmen in der Hoffnung auf bessere Geschäfte machen. Für die Exportwirtschaft ist der niedrige Euro-Kurs zum Dollar ein Segen und die negative Kehrseite, nämlich steigende Einfuhrpreise für in Dollar bezahlte Rohstoffe wie Öl und Gas merken wir nicht.

Haben wir es nun mit dem typisch deutschen Phänomen zu tun, dass wir immer irgendwo ein Haar in der Suppe sehen müssen? Aber warum sehen wir dann nicht die Bündel von Haaren, die von unserem eigenen Kopf fallen, wie den Mindestlohn, die flankierend ersonnene Überwachungsbürokratie, die neue Arbeitsstättenverordnung, die familienfreundliche Arbeitsplätze reihenweise vernichten wird, unsere Unfähigkeit, junge Migranten sinnvoll in den Erwerbsprozess einzugliedern oder zu wenig Geld für die berufliche Bildung? Das wären die Felder für den Aufschrei der Wirtschaftspresse.

Mein Chef, der Bürgermeister, schaute mich nachdenklich an. Wirtschaft und ihre Gesetzmäßigkeiten – das ist halt kompliziert. Er sehnt sich nach Männern wie Ludwig Erhard, Otto Graf Lambsdorff oder Theo Waigel, die wirtschaftliche Zusammenhänge zwar vielleicht nicht immer verständlich erklären konnten, aber Vertrauen ausströmten, dass es doch in die richtige Richtung geht. Hoffen wir darauf, dass es weiter wirtschaftlich bergauf geht und erinnern uns an Ludwig Erhard und seine Bemerkung: „Wenn's besser kommt als vorausgesagt, verzehrt man sogar dem falschen Propheten.“

the Sabrina

Falsche Propheten verderben die Stimmung

zahlung vom vorigen Jahr wird sich heuer in eine Rückerstattung verwandeln. Alles gut? Nein, sagen Experten, der Verfall der Rohstoffpreise sei eine Gefahr für die Weltwirtschaft und außerdem würde bei fallendem Ölpreis keine Inflation importiert und das wäre schlecht.

Überhaupt das mit der Deflation. Ich habe schon von meinen Großeltern quasi als kleines ökonomisches Einmaleins des deutschen Mittelstandes gelernt, dass Inflation etwas Gefährliches und Unerfreuliches ist. Und jetzt ist man erschreckt, dass die Preise stabil sind. Verkehrte Welt! Das gleiche mit den Zinsen. Jeder jammert, der deutsche Sparer würde durch niedrige Zinsen enteignet. Klar, die Zinsen sind niedrig, so zwischen 0,75 und 1,25 Prozent bekommt man, wenn man die Spargroschen nicht unbedingt aufs Sparbuch legt. Aber bei einer Geldentwertung zwischen 0,2 und 0,6 Prozent macht man doch noch kein Minus, oder? Anders herum, was nutzen mir Zinsen von 6 Prozent bei 5,5 Prozent Inflation?

Nächster Fall die EZB. Die deutschen Zeitungen überschlagen sich mit hämischen und wunden Kommentaren zu deren Geldpolitik, gerade so, als wäre im EZB-Tower nur eine Schar wildgewordener Idioten zu Gange, die bei Alexis Tsipras und Silvio Berlusconi Volkswirt-

Kommunen und Wirtschaft für eine erfolgreiche Zukunft

Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands München (RPV) tagte in der IHK Akademie München

Die Zukunft der Region München und ihre erfolgreiche Gestaltung in den nächsten 15 Jahren waren beherrschendes Thema der 61. Verbandsversammlung des RPV. Der Fokus lag dabei auf dem prognostizierten Bevölkerungszuwachs in der Planungsregion München, dem Fachkräftemangel bedingt durch hohe Nachfrage und demografischen Wandel sowie dem steigenden Verkehrs- und Pendleraufkommen. Dabei waren sich alle einig: bezahlbaren Wohnraum schaffen, die Infrastruktur ausbauen und die Wirtschaftskraft sichern, geht nur mit den vereinten Kräften von Kommunen, Wirtschaft und Politik – auch über die Grenzen der Region München hinaus.

Peter Kammerer, Stellvertreter der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, plädierte in seinem Vortrag für eine intensivere Zusammenarbeit in der Region und den Dialog mit Kommunen, Wirtschaft und Politik als Partner sowie eine aktivere Politikgestaltung. „Wir müssen enger kooperieren, und was wir erwarten, breiter nach draußen tragen“, betonte Kammerer. So bliebe die Region wettbewerbsfähig und das Wirtschaftswachstum ausbaufähig. „Wir sollten nicht darauf warten, dass eine höhere Macht das für uns regelt“, meinte Kammerer. Ausdrücklich bot er eine engere Kooperation der IHK mit dem RPV an.

Mehr als nur Blaupausen

der Landeshauptstadt München. Er rief dazu auf, endlich konkrete Projekte auf den Weg zu bringen und diese auch umzusetzen. Dazu gehöre auch der lange überfällige Bau der 2. Stammstrecke. „Die Bürger wollen nicht länger warten“, betonte Reiter. Als erklärter Befürworter fordere er von Bund und Land, die Finanzierung endlich unter Dach und Fach zu bringen. Die Stadt stehe zu ihrem Finanzierungsbeitrag.

Weiter lud Reiter zu einer Konferenz am 18. März 2015 ein. Ein regionales Bündnis für Wohnungsbau und Infrastruktur soll die regionale Zusammenarbeit verbessern und über die im RPV München zusammengeschlossenen Kommunen hinaus weitere Akteure etwa aus der Wirtschaft mit einbinden.

Geschäftsführer Christian Breu berichtete über die laufende Regionalplanfortschreibung. Er forderte mehr Investitionen vom Staat in den Infrastrukturausbau in

der Region München. „Nur so kann der hohe Finanzierungsanteil der Region für ganz Bayern dauerhaft erhalten bleiben“, unterstrich Breu abschließend. □

Landkreis Günzburg begrüßt weiterhin alle Neugeborenen

Bereits seit sechs Jahren heißt der Landkreis Günzburg alle Neugeborenen ganz herzlich in der Familien- und Kinderregion willkommen. Die Eltern erhalten automatisch nach der Geburt den Willkommensgruß des Landkreises.

Als kleine Starthilfe für die Zukunft sind der neue Babyschlafsack mit den Landkreismaskottchen Mona Mindel, Kalle Kammel und Gustel Günz, passend ab dem 6. Lebensmonat, mit dabei. Praktische Tipps und Hinweise zu Ernährung, Pflege, Gesundheit und Informationen über die vielfältigen Angebote für die junge Familie im Landkreis Günzburg ergänzen den Willkommensgruß. Auch der Familientaler, ein „Bildungsgutschein“ im Wert von 40 Euro, den junge Eltern bei vielen Partnern im Landkreis einlösen können, liegt bei. **hj**

Kraftwerk Rothenfels am Main:

Die Investitionsentscheidung ist gefallen

Rhein-Main-Donau AG investiert rund 13 Millionen Euro in energetische und ökologische Verbesserungen

Im Mai 2011 wurde das Projekt erstmals den Bürgerinnen und Bürgern von Rothenfels, der kleinsten Stadt Bayerns, vorgestellt. Am 5. Juni dieses Jahres erteilte dann das zuständige Landratsamt Main-Spessart die amtliche Genehmigung zum Bau der Anlage, so dass anschließend das Ausschreibungsverfahren für die einzelnen Baulose starten konnte.

Jetzt ist auch die positive Investitionsentscheidung gefallen: Die Rhein-Main-Donau AG (RMD), München, wird ab kommenden Frühsommer in den nächsten zwei Jahren ihr Wasserkraftwerk Rothenfels für rund 13 Millionen Euro um eine hochmoderne, unterirdische Rohrturbine erweitern und zusätzlich das Kraftwerk mit einer modernen Fischaufstiegsanlage sowie der Möglichkeit eines Fischabstiegs ökologisch aufwerten. Die Projektleitung für das Bauvorhaben liegt beim bewährten Betriebsführer der RMD-Mainkraftwerke, der E.ON Kraftwerke GmbH.

Beitrag zur Energiewende

„Wir freuen uns, dass wir nach der Investitionsentscheidung nun den Ausbau des Wasserkraftwerks Rothenfels ange-

hen können und damit einen wertvollen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende in Bayern leisten werden“, erklärte RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich.

Doppelter Nutzen

„Parallel zur besseren Nutzung des noch ausreichend vorhandenen regenerativen Wasserkraftpotenzials am Main entsteht auch eine dem neuesten Stand der Technik entsprechende Fischaufstiegsanlage. Wir erzielen also einen doppelten Nutzen: Unterstützung der Energiewende in Bayern und weitere Verbesserung der Gewässerdurchgängigkeit beim Mainkraftwerk Rothenfels“, so Thomas Leitl, bei E.ON verantwortlich für die Wasserkraft.

Die Rhein-Main-Donau AG erweitert die seit 1939 mit zwei

Turbinen arbeitende Kraftwerksanlage um eine hochmoderne, unterirdische Rohrturbine. Dieses sogenannte Triebwerk wird eine Leistung von 2.100 Kilowatt (2,1 Megawatt) haben, so dass am Standort pro Jahr zusätzlich rund 7,4 Millionen Kilowattstunden (kWh) - wetter- und tageszeitunabhängig - sauberer Grundlaststrom ins Netz eingespeist werden kann. Das entspricht dem Strombedarf von 2.260 Durchschnittshaushalten oder mehr als dem Viereinhalbfachen der Einwohner der Stadt Rothenfels.

Kaplanturbine

Der Betrieb der unterirdischen, horizontal gelagerten Kaplanturbine wird das Klima zuverlässig jährlich um über 5,1 Millionen Kilogramm Kohlendioxid (CO2) entlasten. Die im Herbst 2012 modernisierte vollautomatisch arbeitende High-Tech-Rechenreinigungsmaschine ist bereits für die Erweiterung des Kraftwerks ausgelegt.

Fischschutz hat hohe Priorität

Die Rhein-Main-Donau AG erreicht mit dem Ersatz der 1937 gebauten alten Fischtrepe auf der Schleusenseite des Mains eine spürbare ökologische Verbesserung, indem sie auf über 230 Metern eine dem aktuellen Stand der Technik entsprechende technische Fisch-

aufstiegshilfe mit 52 Betonbeckenstufen auf der kraftwerksseitigen rechten Uferseite baut.

Wissenschaftliches Monitoring vorgesehen

Sie wird mit bis zu 1.800 Liter Mainwasser pro Sekunde (12 Badewannen pro Sekunde) beaufschlagt. Um eine belastbare Datenbasis für die als ausreichend angesehene Wassermenge in der FAA zu erlangen, ist ein den Betrieb begleitendes wissenschaftliches Monitoring der neuen Anlage vorgesehen. Dessen Ergebnisse sollen zur Bewertung der Funktionsfähigkeit der geplanten Fischaufstiegsanlage dienen. Sie werden eine wichtige Grundlage für die Bemessung der Wassermengen von künftigen Fischaufstiegsanlagen entlang der Bundeswasserstraße „Main“ bilden.

Da sich Fische während ihrer Wanderbewegungen flussaufwärts an einer ausreichend spürbaren Lockströmung orientieren, ist die Wassermenge, die am Ende der Fischaufstiegsanlage in das Fließgewässer austritt, einer der Erfolgsfaktoren für das Funktionieren der FAA.

Ökologische Maßnahme

Zusätzlich wird auch eine oberflächennahe Fischabstiegsanlage für Lachs- und Jungfische seitlich neben dem Turbinenschutzrechen in Form einer Überlaufschwelle mit daran anschließendem Sammelbecken und einer Ableitung ins Unterwasser geschaffen. Vom Sammelbecken aus werden die flussabwärts wandernden Fische mittels eines Rohres bis zum untersten Becken der Fischaufstiegsanlage geführt, von wo aus sie dann weiterwandern können. Über die Fischabstiegsanlage fließen bis zu 400 Liter pro Sekunde Mainwasser ab.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage des Landesinnungsverbands des bayerischen Zimmerhandwerks bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



In den vergangenen 75 Jahren hat der regenerative Dauerläufer Rothenfels über 1,8 Milliarden Kilowattstunden Strom geliefert. Damit hat das Kraftwerk im Vergleich zum deutschen Energiemix (695 g CO2/kWh) das Klima insgesamt um knapp 1,3 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO2) oder fast 17.100 Tonnen CO2 pro Jahr entlastet. □

Auch diese ökologische Fischschutzmaßnahme wird wissenschaftlich begleitet. Die bestehende Aalabstiegsanlage (sog. Zick-Zack-Rohr) beim jetzigen Kraftwerk Rothenfels wird im Rahmen der Erweiterungsmaßnahme auf die neue Turbine ausgeweitet und bietet Aalen weiterhin die Möglichkeit des gefahrlosen Abstiegs um das Kraftwerk herum.

32 Mio. kWh Strom

Sowohl die Fischtrepe als auch das Triebwerk werden zwischen der Staatsstraße 2315 (Marktheidenfeld-Lohr) und dem bestehenden Kraftwerksgebäude errichtet. Baubeginn zu dem mehrjährigen Projekt soll

im kommenden Frühsommer sein. In diesem Zusammenhang betonte Schleich: „Unser Ziel ist es, die Eingriffe in die Umgebung und Beschränkungen während der Bauzeit so gering wie möglich zu halten. Wir bitten um Verständnis, dass es während der Bauzeit aus Sicherheitsgründen leider unvermeidlich sein wird, den beliebten Übergang vom Kraftwerk auf das Ostufer des Mains für den öffentlichen Personenverkehr zu sperren.“

Nach Fertigstellung der Kraftwerkserweiterung kann die Rothenfelder RMD-Anlage dann durchschnittlich rund 32 Millionen Kilowattstunden regenerativen grundlastfähigen Strom pro Jahr erzeugen. □

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4, die am 12. Februar 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT
- Kommunikationstechnologie · Breitband · Mobilfunk
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Umweltschutz · Luftreinhaltung · Lärmschutz
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke —
von Entwurf zu Umsetzung und mehr. *The experts for networks.*
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energiendienstleister
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen
und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/890 668-900 • www.green-city-energy.de/keb
peter.keller@green-city-energy.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de



23. April 2015
2. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de Bayern Labo

25. Juni 2015
7. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Stadt Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Präsente

www.bayern-laden.de
Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden,
Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.
Tel.: 06766 - 93 98 66
Email: upenner@t-online.de

Wärme-Contracting

Wärme-Contracting.
Weniger Kosten. Mehr Service. www.baywa-edl.de
Energie BayWa
Heizanlage + Brennstoff + Service = Wärme-Contracting

Herbst 2015
2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
 www.facebook.com/GZaktuell

Januar 2015



Foto: Paul Ehemreich

MUT

ENERGIEWENDE

GEMEINWOHLNUTZEN

CO₂-BONUS

KOSTENWAHRHEIT

CO₂-VERMEIDUNGSKOSTEN

KLIMASCHUTZ

STOP CO₂

LEBENSZYKLUS

WEITBLICK

GRAUE ENERGIE

VERANTWORTUNG

CO₂-BILANZ

EFFIZIENZ

ENTSCHLOSSENHEIT
HOLZBAUKULTUR

MUT

Woran unser Klimaschutz krankt

Dass unsere CO₂-Emissionen nicht sinken, liegt an der Ineffizienz der Klimaschutzmaßnahmen, behauptet der Journalist **Alexander Neubacher**.

Herr Neubacher, woran krankt unsere Klimaschutzpolitik?

Das Kernproblem beim Umweltschutz ist generell, dass natürliche Ressourcen wie Luft oder Wasser nichts kosten. Jeder glaubt, sie nutzen und verschmutzen zu dürfen, ohne dafür zu bezahlen. Für Schäden muss die Allgemeinheit aufkommen. Der Preis, der in einer Marktwirtschaft sonst alle wichtigen Informationen über Knappheit, Angebot und Nachfrage widerspiegelt, ist deshalb fundamental falsch. Zwar weiß jeder Einzelne, dass sein gieriges Verhalten der Umwelt schadet, aber keiner will der Dumme sein, der sich bescheiden zurückhält, während andere hemmungslos zugreifen. Die Rationalität des Einzelnen steht im Widerspruch zur Rationalität der Gemeinschaft, betriebswirtschaftliches Kalkül im Widerspruch zu volkswirtschaftlichem Kalkül. Dieses Problem lässt sich nur lösen, indem der Staat entschlossen eingreift und klare Regeln festlegt. Regeln, die verhin-

dern, dass das Eigennutzstreben das Gemeinwohl ruiniert. Das tut der Staat aber nicht – zumindest nicht ausreichend. Wir haben zwar eine Überfülle an Einzelmaßnahmen, die durch Gesetze, Verordnungen, Normen und Förderprogramme definiert sind, doch die ergeben noch kein schlüssiges Gesamtkonzept. Unsere Klimaschutzpolitik ist geprägt von einem tiefen Misstrauen gegenüber den Prinzipien der Marktwirtschaft. Und das führt dazu, dass sie sehr ineffizient ist.

Unsere Klimaschutzpolitik ist ineffizient, weil sie die CO₂-Bilanzen nicht zum maßgeblichen Kriterium macht



Foto: Gina Saneis/Fotolia

„Kaum etwas ist besser dafür geeignet, CO₂ aus der Atmosphäre zu holen und zu binden, als Bäume.“

Warum ist unsere derzeitige Klimaschutzpolitik ineffizient?

Weil sie die Preise recht willkürlich verzerrt und somit falsche Verhaltensanreize schafft. Nehmen wir als Beispiel die Gebäudemodernisierung – plakativ vereinfacht: Vier Häuser, jedes weist andere Schwächen auf, und jeder Hausbesitzer hat den gleichen Geldbetrag zur Verfügung. Bei Haus 1 lässt sich die größte CO₂-Einsparung mit einer Wärmedämmung erzielen, bei Haus 2 mit besseren Fenstern, bei Haus 3 mit einem neuen Heizungssystem und bei Haus 4 mit einer Photovoltaikanlage. Wenn jetzt aber die Photovoltaikanlage deutlich mehr gefördert wird als die anderen Maßnahmen, dann verführt das alle vier Hausbesitzer dazu, ihr Geld in eine Photovoltaikanlage zu investieren. Und das schadet dem Klima, weil dadurch eben weniger CO₂ eingespart wird, als eigentlich möglich wäre.

Es wäre also am sinnvollsten, die eingesparte CO₂-Menge statt bestimmter Technologien zu fördern?

Ja genau, das wäre der effizienteste und damit sinnvollste Weg. Wir sollten entweder jede eingesparte Tonne CO₂ mit einem immer gleichen Förderbetrag belohnen – oder jede Tonne freigesetztes CO₂ mit einer CO₂-Steuer oder einem konsequenten CO₂-Zertifikatehandel zu einem spürbaren Kostenfaktor machen. Der Staat muss nur dafür sorgen, dass es einen ausreichenden Anreiz gibt, CO₂ einzusparen. Wie das dann am effizientesten geschieht, das sollte jeder Bürger und jedes Unternehmen für sich selbst herausfinden und entscheiden. Das wäre Marktwirtschaft. Das würde dazu führen, dass jeweils da in die CO₂-Vermeidung investiert würde, wo die CO₂-Ver-

meidungskosten gering sind, also die Klimaschutzleistung pro investiertem Euro hoch ist. Märkte wirken der Verschwendung entgegen. Und sie befreien zudem die Politik von der Überforderung, genau wissen zu müssen, wie sich die Zukunft entwickeln wird. Momentan verschwenden wir aber Milliardenbeträge für eine oft wirkungslose Ökosymbolik. Von Effizienz kann keine Rede sein.

Wäre ein ausreichender Anreiz zum Einsparen von CO₂ vorhanden, welche Maßnahmen würden sich dann durchsetzen?

Das lässt sich schwer voraussagen, weil unsere Welt viel zu komplex ist, um alles zu durchschauen, vorher-

zusehen und exakt zu planen. Die Photovoltaik beispielsweise würde dann im sonnenarmen Deutschland eher nicht mehr boomen, weil die CO₂-Einsparung pro investiertem Euro relativ gering ist. Eine CO₂-orientierte Politik würde auch nicht zwangsweise zu großen technischen Innovationen führen, sondern zunächst einmal zu ganz banalen, unspektakulären Maßnahmen wie einer guten Wärmedämmung bei Gebäuden. Oder zu einer Ausweitung von Waldflächen und einer Intensivierung nachhaltiger Forstwirtschaft, denn kaum etwas ist besser dafür geeignet, klimaschädliches CO₂ aus der Atmosphäre zu holen und langfristig zu binden, als Bäume. ■



Alexander Neubacher ist seit 1999 Wirtschaftsredakteur im Berliner Hauptstadtbüro des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“. Er hat Volkswirtschaftslehre studiert, die Kölner Journalistenschule besucht und dann zunächst bei der „Wochenpost“ und „Bizz Capital“ gearbeitet. Für seine Veröffentlichungen erhielt er u.a. den „Helmut-Schmidt-Journalistenpreis“ und den „Medienpreis der deutschen Kinder- und Jugendärzte“. 2012 erschien sein Buch „Ökofimmel“, das sich kritisch mit der deutschen Umweltpolitik auseinandersetzt.
// www.twitter.com/Alex_Neubacher

Warum **Holzbau** Klimaschutz ist

Verblüffende Zahlen über die Klimaschutzeffekte der Forst- und Holzwirtschaft errechnete für eine Studie der Wissenschaftler **Hubert Röder**.

Foto: Bayerische Staatsforsten/ProHöb, Bayern



Herr Prof. Röder, wie hoch ist das Klimaschutzpotenzial des Bauens mit Holz?

Es ist sehr viel höher, als man im Allgemeinen denkt. Den 75 Mio. Tonnen CO₂, die in Bayern aktuell pro Jahr zur Erzeugung von Energie freigesetzt werden, stehen 13 Mio. Tonnen CO₂ gegenüber, die durch die stoffliche Nutzung von Holz gespeichert werden. Hinzu kommen weitere 10 Mio. Tonnen CO₂, die die Wälder bei ihrem Wachsen zusätzlich binden, sowie 22 Mio. Tonnen CO₂ durch die Substitution fossiler und energieintensiver Rohstoffe. So wird heute schon über die Hälfte der energiebedingten CO₂-Emissionen in Bayern vermieden oder kompensiert. Und das lässt sich noch deutlich steigern, denn der Anteil der Holzbauten am gesamten Bau-geschehen – die sogenannte „Holzbauquote“ – liegt derzeit in Bayern erst bei 20 Prozent. Wenn wir sie kontinuierlich erhöhen und gleichzeitig die energiebedingten CO₂-Emissionen konsequent senken, dann könnte Bayern schon in absehbarer Zeit klimaneutral sein. Das Bauen mit Holz sorgt dabei nicht

nur dafür, dass große Mengen CO₂ langfristig gebunden bleiben, sondern senkt auch die energiebedingten CO₂-Emissionen, denn Holz wird im Gegensatz zu Baumaterialien wie Ziegel, Zement und Stahl nicht mit hohem Energieaufwand und hohen CO₂-Emissionen künstlich hergestellt, sondern wächst auf natürliche Art und Weise. Die Energie, die es dabei braucht, kommt zu 100 Prozent von der Sonne.

Ist für den Klimaschutz die stoffliche oder die energetische Nutzung von Holz besser?

Die energetische Nutzung von Holz setzt nur die CO₂-Menge frei, die der Baum vorher im Lauf seines Lebens gebunden hatte und die ein gerade wachsender Baum wieder bindet. In der Summe ist dies eine nahezu ausgeglichene Bilanz. Das Ansteigen des CO₂-Gehalts unserer Atmosphäre sollte allerdings sofort gestoppt werden, um den Klimawandel aufzuhalten. Und noch besser wäre, das in der Atmosphäre vorhandene CO₂ zu reduzieren, was ja durchaus möglich ist. Bei





Wälder sind große CO₂-Speicher, deren Klimaschutzleistung sich durch die stoffliche Holznutzung vervielfacht

jedem geernteten Baum stellt sich deshalb die Frage, ob das in ihm gespeicherte CO₂ schon nach ein bis zwei Jahren frei werden soll, wie das bei der energetischen Holznutzung der Fall ist, oder erst nach Jahrzehnten bis Jahrhunderten, wie das bei der stofflichen Holznutzung der Fall ist. Allerdings lässt sich nicht der gesamte Baum stofflich nutzen. Was übrig bleibt, das können wir energetisch nutzen, denn beim Verbrennen wird ja nur die Menge CO₂ frei, die auch bei seinem Verrotten frei würde. Wir ersetzen dadurch aber fossile Energieträger und verbessern so die CO₂-Bilanz.

Prof. Dr. Hubert Röder leitet seit 2013 das Fachgebiet „Betriebswirtschaftslehre Nachwachsender Rohstoffe“ der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf am Wissenschaftszentrum Straubing. Er hat Forstwissenschaft studiert, promoviert und war anschließend europaweit in verschiedenen Führungspositionen der Forst- und Holzwirtschaft und als Unternehmensberater für die Bereiche Bioenergie und Biomaterialien tätig. 2014 veröffentlichte er eine Forschungsstudie zu den Klimaschutzeffekten der Forst- und Holzwirtschaft in Bayern.

// www.wz-straubing.de

„Unsere Wälder sich selbst zu überlassen wäre aus Sicht des Klimaschutzes kontraproduktiv.“

Was ist für den Klimaschutz besser: unsere Wälder konsequent zu bewirtschaften oder sie sich selbst zu überlassen?

Unsere Wälder sich selbst zu überlassen wäre aus Sicht des Klimaschutzes kontraproduktiv. Denn bald hätten sie ein CO₂-Speicher-Optimum erreicht und dann würde sich in ihnen ein Gleichgewicht einstellen: Die CO₂-Menge, die wachsende Bäume neu binden, wäre genauso groß wie die CO₂-Menge, die tote Bäume beim Verrotten freisetzen – ein Nullsummenspiel. Aus Sicht des Klimaschutzes ist es deutlich besser, dem Wald nachhaltig Bäume zu entnehmen und deren Holz stofflich zu nutzen. Denn durch das Ernten von Bäumen können die verbleibenden Bäume besser nachwachsen und größere Mengen CO₂ neu binden. Und durch die stoffliche Nutzung bleibt das im Holz gebundene CO₂ für weitere Jahrzehnte bis Jahrhunderte gebunden – und wird eben nicht gleich wieder freigesetzt, wie das bei seinem Verrotten oder Verbrennen der Fall wäre. Die Klimaschutzleistung von bewirtschafteten Wäldern war deshalb schon in den letzten Jahren um ein Vielfaches höher als die von nicht bewirtschafteten Wäldern.

Wie hoch lässt sich die Holzbauquote steigern?

Wir könnten in Bayern derzeit ca. 6,5 Mio. m³ Nadelholz mehr ernten, als wir es momentan tun – und hätten immer noch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, es würde genauso viel Holz nachwachsen, wie entnommen wird. Diese zusätzliche Holzmenge würde ausreichen, sämtliche bayerischen Neubauten – alle Wohn-, Gewerbe- und sonstigen Gebäude – in Holzbauweise zu errichten. Deshalb sollte das Bauen mit Holz zum Standard werden und dürften die vorhin genannten konventionellen Baustoffe nur noch in begründeten Ausnahmefällen zum Einsatz kommen. Wir brauchen eine richtige Holzbaukultur. ■

Wie viel CO₂-Vermeidung kostet

Die Baukosten und die CO₂-Bilanzen bis zur Fertigstellung bei verschiedenen Bauweisen errechnete für fünf Gebäude der Architekt **Holger König**.

Wovon hängt das ab?

Das hängt vom Verhältnis der hölzernen zu den nicht-hölzernen Bauteilen ab. Holzgebäude bestehen ja nicht ausschließlich aus Holz. Fenster bestehen immer aus Glas, Bodenplatten immer aus Stahlbeton, Treppenhäuser aus Brandschutzgründen oft aus Stahlbeton. Beim Innenausbau kommen vielfältige Materialien zum Einsatz. Und die Gebäudetechnik besteht vor allem aus Metall und aus Kunststoffen.

Herr König, Sie haben für fünf Holzgebäude die CO₂-Bilanzen bis zu deren Fertigstellung errechnet. Was kam dabei heraus?

Die Ergebnisse waren recht unterschiedlich. Manche Holzgebäude hatten eine negative, manche eine positive CO₂-Bilanz. Das heißt: Bei manchen war die Herstellung ihrer Baumaterialien, Bauprodukte und Bauteile insgesamt so energieintensiv, dass unterm Strich mehr CO₂ freigesetzt wurde, als in ihrem Holz gebunden ist. Und bei manchen Gebäuden war das nicht der Fall.

Sie errechneten auch, wie die CO₂-Bilanz ausgesehen hätte, wenn die Gebäude in Standardbauweise errichtet worden wären. Mit welchen Ergebnissen?

Beim „schlechtesten“ Holzgebäude beträgt seine CO₂-Bilanz 1/17 dessen, was bei einer Ausführung in Standardbauweisen der Fall gewesen wäre. Beim „zweitschlechtesten“ Gebäude 1/90, beim „drittschlechtesten“ 1/150. Bei den beiden „besten“ Holzgebäuden lässt sich so eine Aussage gar nicht treffen, weil das Dividieren von positiven und negativen Werten zu verwirrenden Ergebnissen führen würde.

Sie haben auch die Baukosten errechnet. Lässt sich da eine Aussage zu den CO₂-Vermeidungskosten treffen?

Das ist eher schwierig, weil bei vier der fünf Gebäude die Kosten für die Holzbauweise niedriger waren als für die Standardbauweise.

Beim Gemeindezentrum Ludesch waren die CO₂-Vermeidungskosten halb so hoch wie bei Windkraftanlagen



Foto: Birno Kschiflar

Wie kann das sein? Der Holzbau gilt doch als etwas teurer.

Das ist ein Gerücht, das sich hartnäckig hält, weil sich niemand die Mühe macht, Gebäude mit verschiedenen Bauweisen durchzuplanen, die Kosten zu berechnen oder eine Ausschreibung durchzuführen. In den vergangenen Jahren hat vor allem die industriell-technische Entwicklung der Holzbauunternehmen zur Senkung der Baupreise geführt. Ich habe meine Berechnungen auf der Basis der aktuellen sirAdos-Daten erstellt, also mit sehr realistischen Preisen. Bei anderen Berechnungen werden oft „Äpfel mit Birnen“ verglichen: EnEV- mit Niedrigenergiestandard. Ich habe bei meinen Berechnungen den guten Energiestandard der Holzgebäude auch für die Standardbauweise angesetzt.

„Bauen mit Holz ist die wohl effizienteste Methode, um CO₂-Emissionen zu vermeiden.“



Holger König ist Geschäftsführer der LEGEP Software GmbH. Mit der von ihm seit 2001 entwickelten integralen Bau- software und Baudatenbank lassen sich komplexe Lebenszyklusbetrachtungen erstellen. Der gelernte Architekt befasst sich schon seit den 1980er-Jahren intensiv mit dem Thema „Nachhaltigkeit“, führt dazu Forschungsprojekte durch, veröffentlicht zahlreiche Fachartikel und wirkt in fachlichen und politischen Gremien mit, darunter seit 2004 im europäischen Normen-Ausschuss TC 350 „Nachhaltigkeit von Bauwerken“.
// www.koenig-holger.de
// www.legep.de

Wie sehen die CO₂-Vermeidungskosten bei dem Gebäude aus, das in Holzbauweise etwas teurer ist?

Die liegen hier bei 69 Euro pro Tonne. Zum Vergleich: Die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) gibt als CO₂-Vermeidungskosten für die Umstellung auf Erneuerbare Energien 124 Euro pro Tonne bei Windkraft und 846 Euro pro Tonne bei Photovoltaik an. Auch wenn diese Zahlen seit Veröffentlichung der Studie gesunken sind – vor allem die für Photovoltaik –, wird klar, dass Bauen mit Holz die wohl effizienteste Methode ist, um CO₂-Emissionen zu vermeiden: Für einen bestimmten Betrag erzielt man die größte CO₂-Einsparung – und das sofort, nicht erst über einen langen Zeitraum wie beim Senken des Heizenergiebedarfs. Die 69 Euro pro Tonne waren ja bei meinen Berechnungen die Ausnahme. Bei den vier anderen Gebäuden war die Holzbauweise preisgünstiger als die Standardbauweise. Da kostet die CO₂-Vermeidung also gar nichts, sondern wirft sogar einen Gewinn ab. Wo gibt es das sonst noch?

Warum spielen CO₂-Bilanzen in der Baupraxis bisher keine Rolle?

Lebenszyklusbetrachtungen sind sehr komplex und aufwendig. Dafür braucht es Spezialisten – egal ob es um die Baukosten oder um Ökobilanzen geht. Es gilt, eine Vielzahl verschiedener Aspekte zu berücksichtigen. Normalerweise betrachten wir ja auch nicht nur die Phase bis zur Fertigstellung, sondern die gesamte Lebensdauer eines Gebäudes inklusive Abriss und Entsorgung der Baumaterialien. Da wird die Ökobilanz für Holz übrigens noch besser, weil es sich einfach recyceln oder thermisch verwerten lässt. Je weiter wir in die Zukunft blicken, desto „spekulativer“ werden unsere Aussagen aber. Wir wissen ja nicht, wie die Welt in 50 Jahren aussehen wird. Aus diesen Gründen stößt das Thema „CO₂-Bilanz“ bisher auf große Widerstände und wird lieber abgeblockt und ausgeblendet. Das ist aber kurzsichtig und nicht zielführend. ■



Foto: Lichtblau Architekten

**Lebenshilfe
Lindenberg**

Bauweise

Baukosten

Holz

1.054
Euro/m²

Standard

1.109
Euro/m²



Foto: Michael Heinrich/Reinhard Bauer Architekten

**Finanzamt
Garmisch-Partenkirchen**

Holz

1.419
Euro/m²

Standard

1.657
Euro/m²



Foto: Bruno Klomfar

**Gemeindezentrum
Ludesch**

Holz

1.370
Euro/m²

Standard

1.340
Euro/m²



Foto: SFS-Architekten

**Mehrfamilienhaus
Samer Mösl, Salzburg**

Holz

963
Euro/m²

Standard

1.110
Euro/m²



Foto: Bruno Klomfar

**Campus Kuchl,
FH Salzburg**

Holz

920
Euro/m²

Standard

939
Euro/m²

Anmerkungen

Berechnungen: Holger König, www.legep.de
Gebäudemodellierung: ab Unterkante Bodenplatte Erdgeschoss
Bezugsgröße: Bruttogeschossfläche, ohne Untergeschoss

Baukosten: Kostengruppen 3 und 4 (nach sirAdos 2014, ohne MwSt.)
CO₂-Bilanz = CO₂-Speicherung – CO₂-Freisetzung (Herstellungsphase, nach Ökobau.dat 2009)
CO₂-Vermeidungskosten = Differenz Baukosten / Differenz CO₂-Bilanz

Differenz

-55
Euro/m²

CO₂-Bilanz

-21
kg/m²

Differenz

+328
kg/m²

CO₂-Vermeidungskosten

-168
Euro/t

-349
kg/m²

-238
Euro/m²

-3
kg/m²

+444
kg/m²

-536
Euro/t

-447
kg/m²

+30
Euro/m²

+47
kg/m²

+434
kg/m²

+69
Euro/t

-387
kg/m²

-147
Euro/m²

-5
kg/m²

+433
kg/m²

-339
Euro/t

-438
kg/m²

-19
Euro/m²

+120
kg/m²

+432
kg/m²

-44
Euro/t

-312
kg/m²

Fazit Baukosten

Ofť ist die Holzbauweise
etwas gũntiger als
die Standardbauweise.

Fazit CO₂-Bilanz

Immer ist die Holzbauweise
deutlich besser als
die Standardbauweise.

Fazit CO₂-Vermeidung

Immer ist das Bauen mit Holz
deutlich kostengũntiger
als Windkraft und Photovoltaik.

Wieso ein CO₂-Bonus klug ist

Baumaterialien, die CO₂ binden, fördert bisher nur die Stadt München. Zuständig dafür ist

Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt.

„CO₂-Bilanzen erstellen ist anspruchsvoll. Unser CO₂-Bonus ist eine praktikable Kompromisslösung.“

Herr Lorenz, Ihr Referat unterstützt das Bauen und Sanieren mit nachwachsenden Baustoffen durch einen sogenannten „CO₂-Bonus“. Warum?

Joachim Lorenz: Der CO₂-Bonus ist Teil unseres Förderprogramms Energieeinsparung (FES), das der Stadtrat zur Umsetzung der städtischen Klimaschutzziele beschlossen hat. Der CO₂-Bonus prämiert den Einsatz nachwachsender, Kohlenstoff speichernder Baustoffe bei Neubau- und Sanierungsvorhaben, denn CO₂ wird nicht nur durch das Heizen mit fossilen Brennstoffen oder mit Holz freigesetzt, sondern auch schon durch das Bauen selbst, vor allem durch die Herstellung der Baumaterialien und Bauprodukte. Hier gibt es

allerdings beachtliche Unterschiede: Die meisten Baustoffe werden unter Einsatz großer Mengen Energie industriell hergestellt und setzen dabei erhebliche Mengen CO₂ frei. Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen dagegen setzen beim Wachsen kein CO₂ frei, sondern binden es. Und für den Klimaschutz ist eben immer die CO₂-Bilanz entscheidend. Deshalb fördern wir das Bauen und Sanieren mit Baumaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen, die regional geerntet oder zertifiziert sind, mit 30 Cent pro Kilogramm.

Worauf bezieht sich das Gewicht?

Auf das langfristig im Gebäude verbaute Baumaterial. Planerinnen und Planer sowie Handwerkerinnen und Handwerker denken zugegebenermaßen nicht in Gewicht, sondern in Querschnitt, Materialstärke und Fläche, aber darüber lassen sich die Volumina ausrechnen und, multipliziert mit der spezifischen Dichte, die entsprechenden Gewichte. Hierfür stellt unser Referat ein „Formblatt zur Berechnung der Förderhöhe



Joachim Lorenz war von 1993 bis 1998 Umweltschutzreferent und ist seit 1998 Referent für Gesundheit und Umwelt der Stadt München. Studiert hat er Geographie, Volkswirtschaft und Städtebau, anschließend arbeitete er bis 1993 als Stadt- und Raumplaner beim Planungsverband München. Als Referent ist er in zahlreichen überregionalen Gremien aktiv, unter anderem als Mitglied im Umweltausschuss des Bayerischen Städtetags, als Vorsitzender im Umweltausschuss des Deutschen Städtetags und als Vorsitzender des Europäischen Klima-Bündnisses.

// www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung

// www.bauzentrum-muenchen.de



Foto: Simon Katzer/GBW AG/Ambros Erlebnis Holzhaus

Das Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen zu fördern ist eine simple, aber sehr wirksame Maßnahme zum Klimaschutz

CO₂-Bonus“ auf der Webseite des Bauzentrums München zur Verfügung. Dort gibt die Antragstellerin oder der Antragsteller in den entsprechenden Eingabefeldern das Volumen der verbauten Hölzer, Holzwerkstoffe und Dämmstoffe ein – und am Ende erscheinen automatisch die Fördersumme und die gebundene CO₂-Menge.

Die Energieeinsparverordnung (EnEV) und die KfW-Förderprogramme betrachten bei ihren Anforderungen lediglich den Wärmebedarf eines Gebäudes.

Das finde ich in der Tat etwas irritierend. Die Energie, die zum Errichten eines Gebäudes aufgewendet wird, ist oft so hoch wie die, die benötigt wird, um es mehrere Jahrzehnte zu heizen. Je besser ein Gebäude gedämmt ist, je weniger Heizenergie es braucht, desto paradoxer wird

dieses Verhältnis. Wenn wir die Energie- wende wirklich ernst nehmen, müssen wir den Energieverbrauch über den gesamten Lebenszyklus betrachten: von der Herstellung der Baumaterialien über die Instandhaltung, die Lebensdauer bis hin zum Abriss und zur Entsorgung. So eine Betrachtung wird bisher nur von einzelnen Bauherren freiwillig gemacht, vom Gesetzgeber aber noch völlig ausgeblendet.

Eine Energiebilanz fordert das FES aber auch nicht?

Nein, das liegt daran, dass deren Erstellung recht kompliziert und somit aufwendig und kostspielig ist. Für den Klimaschutz ist allerdings gar nicht die Energiebilanz entscheidend, sondern die CO₂-Bilanz. Aber deren Erstellung ist natürlich genauso anspruchsvoll. Mit unserem CO₂-Bonus haben wir jedoch eine praktikable Kompromisslösung gefunden, die zwar nicht den kompletten Lebenszyklus abbildet, dafür aber die CO₂-Bindung im Baumaterial. Das ist zwar nur ein Teil der CO₂-Bilanz, aber deutlich besser als gar nichts.

Wieso beträgt der CO₂-Bonus gerade 30 Cent pro Kilogramm verbauten Materials?

Das Netzwerk Holzbau München untersuchte vor ein paar Jahren, wie hoch bei unserem Förderprogramm das Verhältnis von Förderhöhe und damit erreichter CO₂-Einsparung beim Heizen ist. Diese CO₂-Vermeidungskosten haben wir dann auf die Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen übertragen.

Wäre auch ein höherer Förderbetrag denkbar?

Durchaus. Die ökologischen Folgekosten aufgrund des Klimawandels sind in den allgemein üblichen Berechnungen meist ungenügend abgebildet. Gäbe es eine „ökologische Kostenwahrheit“, dann würde sich vieles sofort ändern und es könnte ein kreativer CO₂-Einsparungswettbewerb auf dem Markt entstehen. Momentan geschieht das Gegenteil: Die energieintensive Herstellung von Baustoffen wird durch die Befreiung von der EEG-Umlage subventioniert. Da ist ein hoher CO₂-Bonus für nachwachsende Baustoffe mehr als gerechtfertigt. ■



Foto: Rainer Zenserv/Holzbau Deutschland

IMPRESSUM

Herausgeber

Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks
Eisenacher Straße 17 · 80804 München · Telefon 089 36085-0 · www.zimmerer-bayern.com

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)

Alexander Habla, Hauptgeschäftsführer

Redaktion

Günther Hartmann, Referent für Presse und Kommunikation

Gestaltung

Popp Medien
Herrenbachstraße 17 · 86161 Augsburg · Telefon 0821 5675111 · www.poppmedien.de

Druckerei

Firmengruppe APPL · sellier druck GmbH
Angerstraße 54 · 85354 Freising · Telefon 08161/187-14 · www.appl.de



Das Papier ist PEFC-zertifiziert, stammt also aus nachhaltig
bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.
www.pefc.de

Der Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks
ist ein Partner in der Bayerischen Klima-Allianz.
www.klimaallianz.bayern.de